

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 1,20 M. monatlich, 1,10 M. vierteljährlich, 3,50 M. halbjährlich, 6,50 M. jährlich. Einzelhefte 5 Pf. Sonntagshefte 10 Pf. Postgebühren sind in den Preisen inbegriffen. In den Postämtern sind die Abonnementslisten zu bestellen. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 26. Juli 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Interfions-Gebühr
 Beträgt für die schlaggedruckte Kolonelle ober deren Raum 20 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigebriefe für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Eine Militärvorlage als Wahlparole?

Bei der zweiten Lesung des Militäretats hat einer der sozialdemokratischen Fraktionsredner darauf hingewiesen, daß eine neue Militärvorlage bereits fix und fertig sei, und daß es sich nach seinen Informationen darum handele, ein neues Armeekorps vollständig und für ein weiteres Armeekorps die Stäbe aufzustellen. Kriegsminister v. Heeringen glaubte diese Auslassungen damit abtun zu können, daß er bemerkte, ihm sei von einer neuen Militärvorlage nichts bekannt, sonach müsse der sozialdemokratische Redner mehr wissen als wie er selbst. Aus den sozialdemokratischen Banken wurde damals dem Kriegsminister zugerufen, daß das allerdings möglich sei. Und in der Tat liegt die Sache ja auch so, daß Heeresvermehrungen nicht im Kriegsministerium, sondern im Militärkabinett des Kaisers beschlossen und vorbereitet werden. Auf dieses Militärkabinett hat aber der Kriegsminister nicht den mindesten Einfluß, er hat einfach auszuführen und zu verantworten, was dort verfügt wird. Will er das nicht, so steht es ihm frei, zu gehen.

Einige Monate später wurde in der militärfrommen Presse die Frage erörtert, was nach dem Ablauf des gegenwärtigen Quinquennats zu geschehen habe. Das Quinquennat läuft am 31. März 1911 ab. Zunächst war es schon verdächtig, daß nicht einfach eine glatte Erneuerung des Quinquennats empfohlen wurde, sondern nur die Verlängerung um ein Jahr bis zum 31. März 1912. Man konnte daraus deutlich erkennen, daß eine große Militärvorlage geplant sei, die aber dem Reichstag nicht mehr zugehen sollte, im Hinblick auf die bevorstehenden Neuwahlen. Nicht mit Unrecht mag man in maßgebenden Kreisen erwogen haben, daß die durch den Steuerraubzug im Volk entstandene Verbitterung nur neue Nahrung bekommen müsse, wenn unmittelbar vor den Reichstagswahlen abermals enorme Summen für den Militarismus verlangt würden. Während noch die Diskussion über den Gedanken der Verlängerung des Quinquennats in konservativen und liberalen Blättern andauerte, machten sich einige höhere inaktive Offiziere an die Untersuchung der Frage heran, ob Deutschland seine Wehrkraft bei der Zunahme der deutschen Bevölkerung auch in genügendem Maße ausnütze. Die Voraussetzung war, kam man zu einer Verneinung dieser Frage. Die Klage ging dahin, daß jedes Jahr Laufende von kriegstauglichen jungen Leuten der Ersatzreserve überwiesen und ohne Ausbildung gelassen würden, lediglich weil in der Armee kein Platz für sie vorhanden sei und im Budget keine Übungsgelder flüssig gemacht werden könnten. Dabei bediente man sich auch wieder des alten Kniffes, darauf hinzuweisen, daß in Frankreich jeder Militärtaugliche auch wirklich zum Dienst mit der Waffe herangezogen werde. Verschwiegen wurde dabei nur, daß die Bevölkerungszunahme in Frankreich eine nur minimale ist, und daß insbesondere auch die Anforderungen an die Tauglichkeit der Militärpflichtigen erheblich geringer sind als in Deutschland. Wenn das stehende Heer in Deutschland dem französischen prozentual gleichgestellt werden sollte, so müßte es auf einen Bestand von 850 000 Mann gebracht werden, das wäre ein Zuwachs von rund 230 000 Mann! Ein solches Verlangen stellt die militaristische Presse allerdings nicht, weil sie sich darüber nicht im unklaren sein kann, daß eine so enorme Heeresvermehrung an der finanziellen Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes scheitern müßte.

Man hat sich deshalb darauf „beschränkt“, zu fordern, daß nur die Lücken der gegenwärtigen Heeresorganisation ausgefüllt werden müßten. Es kamen dann in Frage: 33 Bataillone Infanterie, etwa 10 Schwadronen Kavallerie und 23 Batterien Artillerie. Dazu kommen dann noch erhebliche Forderungen für den weiteren Ausbau der technischen Truppenformationen und einer Reugliederung des Trains. Es besteht aber Grund zu der Annahme, daß es mit der „Ausfüllung der Lücken“ nicht sein Bewenden haben wird, sondern daß auch noch weitere neue Truppenteile aufgestellt werden. So unübersichtlich wie der Heeresetat an sich ist, so wenig übersichtlich waren auch stets die Militärvorlagen. Als die Halb-Bataillone geschaffen wurden, die angeblich zur Durchführung der zweijährigen Dienstzeit eine dringende Notwendigkeit sein sollten, wurde von sozialdemokratischer Seite sofort betont, daß die Ergänzung dieser Halb-Bataillone nicht lange auf sich warten lassen werde. In der Tat sind denn auch diese Halb-Bataillone wieder beseitigt und aus ihnen Regimenter mit zwei Bataillonen gebildet worden. Seit Jahr und Tag wird nun immer und immer darauf hingewiesen, daß diese Regimenter im Heeresorganismus störend wirken, weil ihnen die dritten Bataillone fehlen. Die Forderung einer Bewilligung der dritten Bataillone wird also das mindeste sein, was die Heeresverwaltung vom Reichstag verlangen wird. Dazu kommen nun eine Anzahl Kavallerie-Regimenter, die statt fünf nur drei resp. vier Schwadronen haben und ebenfalls auf den vollen Bestand gebracht werden sollen. Es ist auch schon mehrfach von einer gründlichen Umgestaltung der Artillerie die Rede gewesen, insofern, als die Batterien künftig statt sechs nur noch vier Geschütze umfassen sollen. Wenn man auch auf den ersten Augenblick glauben könnte, daß eine solche Aenderung mit finanziellen Lasten

nicht verknüpft sei, so liegen die Dinge doch so, daß todtsicher darauf gerechnet werden kann, daß es nicht übermäßig lange Zeit dauern würde, bis man zu der Ueberzeugung gelangt, daß diese kleinen Batterien ihren Zweck nicht erfüllen und deshalb wieder Batterien zu 6 Geschützen eine Notwendigkeit seien. Selbstverständlich wird in einem solchen Falle die Heeresverwaltung nicht daran denken, etwa aus 3 Batterien zu 4 Geschützen nun 2 Batterien zu 6 Geschützen zu machen, vielmehr wird man einfach die Erhöhung der vorhandenen Batterien auf 6 Geschütze verlangen, was bedeutet, daß die Artillerie in absehbarer Zeit um volle 33 Proz. vermehrt würde.

Die Militärverwaltung selbst hat sich bisher in Still-schweigen gehüllt, soweit Umfang und Kosten der neuen Militärvorlage in Frage kommen. Sie verfolgt damit lediglich eine alte Taktik. Stets wenn eine Militärvorlage in Aussicht stand, ließ man zunächst der Kombination völlig freien Lauf. Immer wurden die verschiedensten Summen genannt, oft solche von geradezu schwindelnder Höhe, und wenn sich erst die Öffentlichkeit einigermaßen an die Summen gewöhnt hatte, wenn vor allen Dingen in der bürgerlichen Presse kein Streit mehr über die Notwendigkeit der Heeresvermehrung bestand, erst dann rückte die Militärverwaltung mit den richtigen Zahlen heraus und dem deutschen Spießbürger fiel dann in der Regel ein Stein vom Herzen, wenn statt der in der Presse angekündigten 150 oder 200 Millionen Mark, nur deren 120 verlangt wurden. Dasselbe gerissene, durchsichtige Spiel erleben wir auch heute wieder. So wird die angegebene Summe von 40 bis 50 Millionen Mark als zu hoch gegriffen bezeichnet mit der Einschränkung, daß im ersten Jahr des neuen Quinquennats eine solche hohe Ausgabe durchaus nicht beabsichtigt sei; man hütet sich aber wohlweislich nun auch anzugeben, welche Summen denn eigentlich in Frage kommen.

An der Tatsache, daß die neue Militärvorlage kommt und daß die Kosten ganz erhebliche sein werden, ist heute nicht mehr zu zweifeln. Die Heeresverwaltung wird wahrscheinlich nach dem Muster des Flottengesetzes die Ausgaben auf etwa fünf Jahre verteilen, womit sie natürlich weder geringer, noch weniger fühlbar werden. Unterdessen scheint man aber an maßgebender Stelle über den Zeitpunkt der Einbringung der Militärvorlage anderer Meinung geworden zu sein. Einem Provisorium von einem Jahre würde der Reichstag in seiner Wehrheit ohne Zweifel kein Hindernis in den Weg legen. Man kann aber nicht wissen, wie der neue Reichstag zusammengesetzt sein wird und ob nicht dann Zentrum und Sozialdemokraten die absolute Mehrheit haben werden. In diesem Falle wäre, da von einer Zustimmung der Sozialdemokraten natürlich gar nicht die Rede sein kann, die Regierung auf Gnade und Ungnade dem Zentrum überliefert. Aus alter Erfahrung weiß die Regierung, daß das Zentrum, wenn es den Ausschlag zu geben hat, in der Regel ziemlich hohe Kompensationen verlangt. Nach einer solchen Situation scheint weder der Kriegsminister, noch Herr v. Bethmann Hollweg auch nur die mindeste Sehnsucht zu empfinden. Deshalb hält man es offenbar für am geratensten, die Militärvorlage noch diesem Reichstag zur Verabschiedung zu unterbreiten.

Dem Zentrum ist das furchtbar unangenehm. Es hat sich schon mit den Steuerfunden und Wahlrechtsveränderungen beladen und soll nun auch noch mit einer hohen Militärbewilligung belastet in den Wahlkampf ziehen! Das Zentrum käme damit auf alle Fälle in eine verzweifelte Lage, um so mehr, als eine neue Militärvorlage selbstredend neue Steuern im Gefolge haben muß. Daraus erklärt es sich, daß der Führer der ultramontanen Reichstagsfraktion, Freiherr v. Hertling, in der bayerischen Reichsratskammer die aufsehenerregende Rede hielt, in der er das Prinzip der größten Sparfamkeit im Reich betonte, unter gleichzeitigem Hinweis darauf, daß dem Reichstag eine neue Mehrbelastung unter keinen Umständen zugemutet werden könne. Dieser Wink war deutlich, scheint aber doch in Berlin nicht die erhoffte Wirkung gezeitigt zu haben. Deshalb hat es nunmehr der Abgeordnete Erzberger übernommen, die Regierung von dem großen Fehler zu überzeugen, den sie machen würde, wenn sie dem scheidenden Reichstag eine Militärvorlage unterbreiten wollte. Natürlich ist der Abg. Erzberger, den man hier sehr wohl als das Sprachrohr des Zentrums betrachten kann, einer Heeresvermehrung nicht abgeneigt, nur jetzt vor den Neuwahlen soll sie nicht kommen. Denn wie Herr Erzberger behauptet, wird das Deutsche Reich im Jahre 1912 förmlich im Golde schwimmen — es bedarf natürlich gar keines besonderen Hinweises darauf, daß diese Zentrumsprophezierung glatter Humbug ist. Das Deutsche Reich wird im Jahre 1912 in derselben Klemme sitzen, in der es sich heute befindet, denn kein vernünftiger Mensch wird im Ernst glauben, daß die Marineringungen nach dem Jahre 1912 etwa geringer werden.

Trotz alledem scheint die Regierung daran festzuhalten, diesem Reichstage noch die Militärvorlage zu unterbreiten. Viel an Ansehen hat dieser Reichstag nicht mehr zu verlieren. Er ist mit den Steuerfunden belastet, er hat die Verantwortung für die Volkswirtschaft zu tragen, und seine Mehrheit kann in den Augen der Wähler auch dadurch nicht mehr tiefer

senken, daß noch obendrein eine Militärvorlage angenommen wird. Nun steht die Situation aber so, daß das Zentrum schwerlich bereit sein wird, in diesen sauren Apfel zu beißen. Die Zentrumsdiplomaten dürften der Regierung einfach die Verlängerung des Quinquennats auf 1 Jahr vorschlagen, und wenn die Regierung damit nicht einverstanden ist, dann dürfte ihr nichts weiter übrig bleiben, als den Reichstag aufzulösen. Fast scheint es so, als ob Herr v. Bethmann Hollweg auf dieses Ziel hinarbeitet. Man braucht ja für die Neuwahl eine zugkräftige Wahlparole. Was liegt nun näher, als eine Militärvorlage zum Mittelpunkt des Wahlkampfes zu machen! Ein kleiner Konflikt mit irgend einer anderen Militärmacht wird sich sehr leicht vom Zaune brechen lassen, und der Nachweis, daß das „Vaterland in Gefahr“ ist, ist dann für die regierungsfremden Wahlmacher eine Kleinigkeit. Bis jetzt hat zudem die Regierung immer Glück gehabt, wenn sie den Reichstag wegen Militärforderungen aufgelöst hat. Und Bethmann Hollweg wird sich sagen, was Bismarck gelang, das könnte ihm vielleicht auch gelingen. Sind erst die Wahlen vorbei, dann kann die Regierung der Hilfe des Zentrums sicher sein und schließlich riskiert sie nichts, denn das Wahlergebnis wird im Falle einer Auflösung jedenfalls auch nicht schlimmer für sie ausfallen, als wenn sie erst im Herbst des nächsten Jahres die Wahlen zum Reichstag vornehmen läßt. Jedenfalls hat das deutsche Volk Anlaß, die Augen offen zu halten, um gegen eine Ueberrumpelung nach dem Muster des Kolonialschwindels von 1906 gesichert zu sein.

Die englische Zivilliste.

London, 23. Juli. (Fig. Ver.)

Die Konjunktur ist dem englischen König nicht günstig gewesen. Er hat es nicht vermocht, wie sein Vetter von Preußen den Vorwand der steigenden Lebenshaltung vorzuschützen, um eine Erhöhung seiner Einnahmen zu erzielen. Nach wie vor erhält er seine 470 000 Pfund Sterling jährlich. Zwar ist die gesamte Zivilliste durch die der Königin-Mutter gewährte Pension um einen mäßigen Betrag gestiegen, aber Georg der Fünfte scheint im Vergleich mit seinem Vater eher etwas schlechter als besser abgekommen zu haben. Im Vergleich mit den ungeheuerlichen Zivillisten der George macht sich die des jetzigen englischen Königs recht bescheiden aus, obwohl sich davon noch recht angenehm leben läßt. Recht deutlich läßt sich in der Gehaltsbenennung der englischen Könige in den letzten zwei Jahrhunderten eine ziemlich steil abfallende Kurve wahrnehmen, die hoffentlich mit der Zeit auf dem Niveau eines gewöhnlichen Präsidenten ankommen wird.

Der Genosse Barnes, der Führer der Arbeiterpartei, hielt gestern bei der Beratung der Zivilliste eine gediegene Rede, in der er, ohne seinen republikanischen Standpunkt zu verleugnen, die Forderungen für den Aufwand der Krone in scharfer und sachlicher Weise kritisierte und dabei in trockener Weise, die allgemeine Heiterkeit auslöste, gewisse Institutionen des Monarchismus bloßstellte. Barnes war Mitglied der Kommission gewesen, die die Höhe der Zivilliste feststellte. In der Kommission hatte er über manche Punkte keine Aufklärung bekommen können und er beeilte sich nun, im Unterhause, den Ministern manche verhängliche Fragen zu stellen. Er hatte auch verschiedene Änderungsanträge eingebracht. So die Forderung, die Zivilliste des Königs von 470 000 Pf. Sterl. auf 385 000 Pf. zu reduzieren, die dem Prinzen von Wales bei seiner Heirat zu zahlende Summe von 10 000 Pfund zu streichen und die den Kindern des Königshauses zu zahlende Beträge nicht für die ganze Dauer der Regierungszeit zu bewilligen. Es fanden sich jedoch bei den verschiedenen Abstimmungen über die Amendements der Arbeiterpartei nur zwischen 19 und 26 Parlamentsmitglieder, die dafür stimmten. Barnes erklärte, er habe nichts gegen eine angemessene Versorgung der Königin-Mutter, deren gute Charaktereigenschaften jedermann anerkennen müsse. Aber was habe man bis jetzt für die Witwen der Armen getan? Man habe nur immer r-n ihnen geredet, im übrigen sie aber stets an das barbarische Armenrecht verwiesen. Er wünsche zu wissen, wie es sich mit dem „Royal bounties“ (königlichen Unterstützungsgeldern) verhalte. Zuerst habe er einfältigen Herzens geglaubt, die von dem König gewährten Pensionen kämen den alten königlichen Dienern zugute. Nachher aber habe er ausfindig gemacht, daß z. B. 1500 Pfund Sterling einem Beamten des verstorbenen Königs bezahlt würden, der denselben Posten wieder unter dem jetzigen König inne habe. Die Zivilliste enthalte viel Pokuspokus. Nach seiner Ansicht seien die Posten für Gehälter und Ausgaben des königlichen Haushalts von Mißbrauch durch und durch durchsetzt und die Posten für Gehälter dede ein Parasitenest, das sich im Schatten der Krone von der Nation mästet. Da sei zum Beispiel der Lord Steward (Haushofmeister), der ein Gehalt von 2000 Pfund Sterling beziehe und seinem ihm untergebenen „Master of the Household“ seine Arbeit überlasse. Um diesen Mann in den Augen der Öffentlichkeit zu rechtfertigen, habe man ihn als einen ausgezeichneten Golfspieler, guten Schützen, als wohlbekannt auf den Rennplätzen und als den am besten gekleideten Mann in London geschildert. Er protestiere dagegen,

Wichtige Versammlungen.

Heute abend nehmen die Wahlkreise Groß-Berlins zum Parteitag in Magdeburg Stellung. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert die Teilnahme jedes Parteigenossen an den heute stattfindenden außerordentlichen Generalversammlungen.

Die Rückkehr zur „Besonnenheit“.

Wiederholt — erst am Sonnabend wieder im Vorkartell „Großblod-Bluffen“ — haben wir darauf hingewiesen, daß es politisch verkehrt sei, der in jungliberalen Blättchen auftauchenden Forderung eines Anschlusses der Nationalliberalen an die links von ihnen stehenden Parteien irgend welche größere Bedeutung beizumessen; denn hinter diesen Blättchen stehe nur ein geringer Teil der in der nationalliberalen Partei maßgebenden Schichten. Nicht bei den jungliberalen, sondern in den großindustriellen und agrarischen Elementen liege das Schwergewicht dieser Partei.

Tatsächlich konzentriert sich denn auch bereits die national-liberale Presse immer mehr rückwärts und zwar in einem recht schnellen Tempo. Selbst Blätter, die noch vor kurzem zwischen dem rechten und linken Flügel der nationalliberalen Partei hin und her pendelten, rücken behende auf die rechte Seite hinüber. So schreibt die „Ndn. Ztg.“:

„Man kann sehr wohl die politischen Vorgänge in Baden verstehen“, die auf praktische Arbeit gehende Politik der Sozialdemokraten unterstützen und das Zusammengehen im badischen Parlament billigen und dennoch sehr scharf betonen, daß an eine Aenderung der Stellung von Liberalismus und Sozialdemokratie nicht gedacht werden kann. Das verbietet sich von selbst, weil man sich nicht mit denen verbünden kann, die sich selbst rühmen, Todfeinde der bürgerlichen Gesellschaft zu sein; das würde selbst dann höchst bedenklich werden, wenn der Revisionismus in den Norden vordränge und einmal im Reich die Macht gewönne. Mit einer Sozialdemokratie, die sich der revisionistischen Taktik bediene und die radikalen Unarten abgelegt hätte, ließ sich gesellschaftlich und parlamentarisch sicher leichter verfahren; politisch aber bliebe der unüberbrückbare Gegensatz zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie.“

Deutlicher noch zeigt die Auffassung des größten Teils der Nationalliberalen folgende Äußerung der „National. Mitteil.“ (Korrespondenz der nationalliberalen Partei in der Provinz Brandenburg):

„Daß die Debatten der letzten Wochen den Charakter unserer Partei als einer Mittelpartei, die jedem Radikalismus, mag er nun rechts oder links stehen, scharf entgegenzutreten hat, deutlich hervorzuheben haben, das kann als eine sehr erfreuliche Wirkung dieser Erörterungen betrachtet werden, umso erfreulicher, als auch Männer des linken Parteiflügels, so Weber und Kolbenhauer, den man wohl nicht mit Unrecht als Vater des Jungliberalismus bezeichnen darf, sich zu dieser Anschauung durchgerungen haben.“

In der Tat, wer auch nur ein wenig die Struktur der nationalliberalen Wählerschaft studiert, wird es für das allein mögliche halten müssen, daß wir noch schärfer wie gegen einen Konservatismus, der sich zu einer agrarischen Interessengruppe umgebildet hat, gegen die Sozialdemokratie Front zu machen haben, wollen wir nicht unsere Wähler verlieren und unseres historischen Charakters, der unsere Lebensberechtigung darstellt, die Vertretung des maßvollen nationalen Liberalismus zu sein, verlustig gehen.

Man studiere doch einmal die Herkunft unserer Abgeordneten; von 50 Reichstagsabgeordneten sind 80 von überwiegend ländlichen Wahlkreisen entsandt, wobei noch Kreise wie Brandenburg-Westhavelland, Frankfurt-Oberh., Dänmarschen als städtische Wahlkreise rechnen; von 64 Abgeordneten der preussischen Landtagsfraktion sind mindestens 80, wenn nicht mehr, Vertreter ländlicher Wählerschaften und außerdem entstammt eine stattliche Anzahl der übrigen aus Kreisen, in denen die Klein- und Mittelstadt überwiegt. Sind das Wählerschaften, die dem Radikalismus zuneigen? In den Großstädten gehört dornehmlich ein Teil der liberalen Berufe und die wohlhabenderen Schichten von Handel und Gewerbe zu uns. Wer da glaubt, diese Schichten der Bevölkerung zu einer Gemeinsamkeit mit der Sozialdemokratie führen zu können, wird sich gar eben täuschen; glücklicherweise mühten sich gar wenig zu uns, andere können es besser und wie würden schließlich immer nur der Sozialdemokratie die Wege zu unseren Wählern ebnen.“

Auch die scharfe, höhrende Weise, mit der die „National-liberale Korresp.“, das offizielle Informationsorgan der Partei, die Vorschläge und Wünsche der Jungliberalen abfertigt, ist bezeichnend dafür, welche Elemente die Oberhand haben. Das Blatt schreibt nämlich:

„Gewiß wäre es verkehrt, wenn man deren Stimmen nicht hören wollte. Aber die Art und Weise, wie sie sich Gehör zu verschaffen suchen, indem sie mit der Eingebildetheit des Besseren Wissens den Weg bereiten, ist entschieden zu verurteilen. Eine Kritik an der bisherigen Taktik und ein Urteil darüber, welcher Weg weiter einzuschlagen ist, möge man in erster Linie der gegebenen Instanz überlassen, wie das in jedem Betriebe üblich und für eine disziplinierte Kampfweise unerlässlich ist.“

Wassermann bleibt.

Die nationalliberale „Königsberger Allg. Ztg.“ bestätigt die Meldung der „Frankf. Ztg.“, daß der Abgeordnete Wassermann jüngst (am 10. Juli) in Berlin beim Reichskanzler weilte und sowohl mit dem Kanzler wie mit dem Staatssekretär Delbück konferierte hat. Herr v. Bethmann Hollweg soll Herrn Wassermann betonen haben, im Reichstag und an der Spitze der nationalliberalen Partei zu verbleiben. Wörtlich heißt es in der „Königsberger Allg. Ztg.“: „Wir halten uns für befugt, diese Meldung ausdrücklich zu bestätigen, wollen aber nicht leugnen, daß auf Grund dieser Verhandlungen Herr Wassermann jetzt eher geneigt sein dürfte, die Leitung der Partei und Reichstagsfraktion weiter in der Hand zu behalten.“

Wie es heißt, ist der im Besitz des Zentrums befindliche badische Wahlkreis Waldkirch dazu anberufen, Herrn Wassermann einen Unterschlupf zu bieten.

Geht Tirpitz?

Auch die „Deutschen Nachrichten“ wollen aus angeblich eingeweihten Kreisen wissen, daß der Staatssekretär v. Tirpitz seine Demission eingereicht hat. Herr v. Tirpitz soll bereits vor längerer Zeit den Kaiser um seine Entsetzung vom Amte gebeten haben, doch hätte es dieser damals verstanden, Herrn v. Tirpitz zu bewegen, einmütlich von seinem Abschied Abstand zu nehmen. Der Staatssekretär hätte aber jetzt sein Gesuch erneuert.

daß man jemandem 2000 Pfund zahle, um unter den Londoner Stügern, den Hahn im Korbe spielen zu können. Es gebe auch noch eine Reihe anderer Personen, die ähnliche „Dienste“ zu erfüllen hätten. Einem gebe man 700 Pfd. Sterl., damit er bei staatlichen Zeremonien die Gäste an ihre Plätze weise. Solcher Phantasiereisender gebe es in großer Menge. Sie hätten absolut nichts zu tun und erhielten ihre Posten nur, weil sie der liberalen oder konservativen Partei Dienste erwiesen hätten. Man halte einmal die diesen Parasiten gezahlten hohen Gehälter den erbärmlichen Löhnen gegenüber, die den unteren Staatsbeamten gezahlt würden. Sein Vorschlag, die Zivilliste zu reduzieren, bedeute nur in der Praxis die Wiederherstellung der Zivilliste, wie sie vor neun Jahren bestand.

Später bei der Beratung des Abänderungsantrags, der darauf zielte, die den Kindern des Königs zu zahlenden Beträge nicht der Kontrolle des Parlaments zu entziehen, entseffelte Keir Gardie einen Entrüstungsturm bei den bürgerlichen Parteien, indem er erklärte, daß der Antrag der Regierung den Mitgliedern der königlichen Familie ein Einkommen sichere, das es ihnen gestatte, ein Leben des Luxus, der Weichlichkeit und der Trägheit zu führen. Erst wollte man den Genossen nicht weiter reden lassen. Keir Gardie blieb jedoch bei seiner Behauptung und wiederholte sie, wenn auch in einer etwas mildernden Fassung. Einen interessanten Beitrag zu dieser Debatte lieferte auch der Arbeiterparteieller Leddon. Er bemerkte, daß die Krone in einem Nachbarstaate vor kurzem eine Gehaltsaufbesserung durchgesetzt und diese mit dem Hinweis auf die hohen Lebensmittelpreise begründet habe. Wollte man jetzt die geforderten Summen für die ganze Regierungsdauer, so hätten die armen königlichen Kinder, falls die Tarifreformer an die Regierung kommen sollten, keine Gelegenheit, die durch die unausbleiblichen Folgen des Schutzzolles verursachten Verluste wett zu machen.

Die englische Monarchie ist in einem Zeitalter, in dem in einem großen Kulturstaate noch die byzantinische Theorie von dem Gottesgnadentum allen Ernstes gepredigt wird, eine eigentümliche Pflanze. Die Zeiten des Gottesgnadentums sind in England schon seit 200 Jahren vorüber. Der liberale und konservative Briten betrachtet seinen König nur mehr als den sichtbaren Zentralpunkt des Staates. Der König ist der Präsident der von der liberalen und konservativen Oligarchie gebildeten Republik. Herr Balfour bemerkte gestern: „Der Staat, soweit diese Insel in Betracht kommt, würde nicht im Chaos versinken, wenn wir eine Republik anstatt einer Monarchie hätten. Aber nach meiner Ansicht würde das britische Weltreich im Chaos versinken.“ Wir sehen hier, welche seichte Gründe selbst ein so geheimer Kopf wie Balfour anführen muß, um eine innerlich längst überlebte Institution zu süßen.

Für die Republik.

London, 25. Juli. Der Sozialistenführer Keir Gardie hielt gestern in Chester the Street eine Rede, in welcher er in heftigen Worten die Existenzberechtigung der Monarchie angriff. „Das war“, so erklärte er, „der Beginn einer politischen Dummheit von Seiten der Nation, als sie die Existenzberechtigung des Königs anerkannte und die Zivilliste, die ein Verbrechen an öffentlichen Geldern ist, bewilligte.“ Der Streik der Angestellten der Nordost-Wienbahn, fügte er hinzu, sei eine der bemerkenswertesten Bewegungen in der Industriegeschichte. Der sozialistische Deputierte beglückwünschte sich, Konstatieren zu können, daß der alte Geist der Revolution noch immer in England lebe.

Ein badischer Genosse über die Budgetbewilligung.

Die „Rannheimer Volksstimme“ veröffentlicht „Stimmen aus Arbeiterkreisen“ über die Budgetbewilligung, darunter folgenden Artikel des Genossen H. Merkel:

Vor zwei Jahren verjagten die Genossen die Frage der Zustimmung oder Ablehnung des Budgets als eine Frage der Taktik hinzustellen und argumentierten, daß es faktisch notwendig war, dem Budget zuzustimmen. Der Parteitag in Nürnberg ist dieser Auffassung nicht gefolgt und hat erklärt, die Genossen haben aus prinzipiellen Gründen stets gegen das Budget zu stimmen. Nachdem so der Parteitag vor zwei Jahren — also nicht etwa vor einem Menschenalter — entschieden hatte, konnte man normalerweise annehmen, daß die Sache erledigt sei. Gewiß hat kein Mensch aus der Erklärung der 67 angenommen, daß diese Erklärung etwas anderes sei, als eine Kundgebung, daß diese Genossen den Beschluß des Parteitages für falsch halten. Es dachte niemand daran, daß diese Genossen nun eine besondere Partei sein wollten, die nicht der Disziplin einer Gesamtpartei unterstände. Wer die Verichterstattung des Genossen Geiß hörte, war hocherfreut, daß die Sache erledigt und die Genossen, deren Meinung nicht siegte, sich mit dem Votum des Parteitages abgefunden hätten. Wir ist nicht erinnerlich, daß auch nur ein Genosse anders dachte und die Resolution, die sich mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden erklärte, wurde einstimmig angenommen. Als in der letzten Monatsversammlung der Genosse Geiß den Gehörgang der diesmaligen Budgetzustimmung erklärte, ließ er daran auch keinen Zweifel, daß die Fraktion der Meinung war, sie müße den Beschluß der Gesamtpartei achten, nur die bekannten Gründe hätten plötzlich die Rücksichtung erfordert. Es war also eine Handlung, die gewissermaßen im Affekt erfolgte. Wer die Genossen persönlich kennt und sich weiter die Situation vergegenwärtigt, in welcher der Beschluß erfolgte, der konnte immehin die Sache nachträglich tadeln, aber die Situation verstehen.

Es ist ja nun außerordentlich peinlich, später zuzugeben, daß man sich gründlich hat verblüffen lassen, aber zweifellos ist es so. Wer unsere Abgeordneten zu Gesicht dafür hält, der lese die Erklärung des Genossen Frank nach. Inzwischen hat aber der Genosse Kolb aus seinem Herzen keine Würdegrube gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die Zustimmung politisch zu rechtfertigen. Das muß nun den stärksten Widerspruch hervorrufen, und wenn wir Wadener jetzt in der gesamten Parteipresse nebst der demokratischen Presse von Württemberg gemacht und sucht von seinem prinzipiellen Standpunkt aus die

Die Stichwahlakt der Freisinnigen.

Die Abendnummer des „Berliner Tageblatts“ vom 22. cr. brachte eine Korrespondenz aus Gera über den Altenburger Kreis, in der es hieß:

Die Wähler haben als hauptsächlichste Geldgeber das große Wort. Nach ihrer Weise muß unbedingt getan werden. Ihr Kompromißkandidat für den Reichstag war 1907 der freikonservative Kommerzienrat Schmidt-Altenburg, der als Scharfmacher einen großen Ruf besitzt. Er wurde auch gewählt, während der Freisinnige und der Sozialdemokrat unterlag.

Zur Illustration dieses famosen Satzes diene folgendes: Es erhielten 1907 in Altenburg Stimmen:

	Sozialdemokrat	Reichspartei	Fortschritt
im ersten Wahlgang	19 092	15 702	7223
in der Stichwahl	19 637	22 563	—

Die nur mit Hilfe des Fortschritts erfolgte Wahl des „Scharfmachers“ Kommerzienrats Schmidt nennt der famose liberale Korrespondent ein Unterliegen des Freisinnigen und der Sozialdemokraten.

Vielleicht stellt auch gelegentlich das „Berliner Tageblatt“ fest, daß mit Hilfe des Fortschritts in folgenden Kreisen konservative und Reichspartei gegen Sozialdemokraten in der Stichwahl siegten: Marienburg-Elbing, Potsdam, Oberbarnim, Ludenwalde, Kottbus, Randow-Greifenhagen, Striegau, Bitterfeld, Querfurt, Garburg, Ebersfeld, Malchin, Güstrow, Strelitz, Altenburg, Schaumburg-Lippe gleich 16.

Ferner wurden Antisemiten mit fortschrittlicher Hilfe gegen Sozialdemokraten gewählt in folgenden Wahlkreisen: Hünfeld, Rassel, Eshwege, Reichen, Weimar, Holzwinden gleich 6.

Die Erfolge des blau-schwarzen Blocks haben wir also in erster Linie der fortschrittlichen Stichwahlpolitik zu danken!

Demonstrationsprozesse.

Am 13. März zogen im Anschluß an eine Straßendemonstration in Frankfurt a. M. einige Tausend Genossen nach dem Frankfurter Stadtwald. Dort hielten die Genossen Quard und Bittig Ansprachen an die versammelte Menge. Sie belamten dafür von der Polizei Strafzettel zugeschildet von 5 bezw. 4 Wochen Haft. Das Schöffengericht hat Montag (25. Juli) diese Strafmandate aufgehoben und erklärt, daß durch diese Ansprachen noch nicht die Tatbestandsmerkmale für eine nicht genehmigte Versammlung unter freiem Himmel gegeben seien. Die Kosten trägt die Staatskasse.

Dagegen wurde ein Gärtner Matthäus Fleischmann zu sechs Wochen Haft verurteilt. An demselben Tage (13. März) hatten Kinder von Parteigenossen einen Demonstrationszug mit roten Fähnchen veranstaltet. Als der Leiter dieses Umzuges wurde der Gärtner Fleischmann angesehen und deshalb zu sechs Wochen Haft verurteilt.

Sogar ein General!

In einer konservativen Wählerversammlung in Frankfurt a. O. sprach auch der General der Infanterie z. D. v. Ruffow und sagte nach dem Bericht der „Märkischen Volksstimme“ u. a.:

„Es sei vielleicht gut, wenn man der Sozialdemokratie gegenüber nicht immer so töte, als ob sie das Schrecklichste sei. Wenn man bei der Sozialdemokratie vielleicht einzelne Punkte sähe, die gut seien, so täte man durchaus gut, wenn man diese nicht übersehe. Der Redner nannte als Beispiel dafür das Eintreten der Sozialdemokratie für die Sonntagsruhe und für die Wohnungsfrage. Besonders in letzterer Hinsicht habe auf dem Lande manches im argen gelegen und die Befreiung mühten vielfach erst ausgerüttelt werden. Wenn jetzt ein Mann aus dem Arbeiterstande als Vertreter des Wahlkreises gewählt werde, so möchte er ihm dringend ans Herz legen, daß er für derartige Bestrebungen eintreten solle.“

Das ist zwar noch nicht ganz die „großartige Bewegung“ des Ministers v. Bodman, aber unsere badischen Genossen sehen immerhin, daß die Anerkennung des „Guten“ bei der Sozialdemokratie sogar bei einem preussischen General zu finden ist. Deshalb braucht man doch nicht gleich für das Militärbudget zu stimmen?

Zum Mord getrieben.

Der Minister des Innern hat folgende Verfügung erlassen: Im vergangenen Jahre ist die Mutter eines unehelichen Kindes zum Tode verurteilt worden, weil sie sich desselben durch Ermordung entledigt hatte. Diese Strafe wurde im Gnadenwege in eine Zuchthausstrafe von zehn Jahren umgewandelt, weil die Verurteilte sich durch Maßnahmen einer Polizeiverwaltung und verschiedener Gemeindebehörden in einer Kollage befand. Sie war mit ihrer Bitte, ihr uneheliches Kind in von ihr ausgemittelten Pflegefamilien unterzubringen oder zu belassen, abgewiesen und gezwungen worden, das Kind aus den Bezirken der betreffenden Gemeinden herauszunehmen, trotzdem die Pflegeeltern vor ihr regelmäßig bezahlt worden waren. Ein solches Verfahren verstößt gegen die Vorschriften des § 4 des Freizügigkeitgesetzes vom 1. November 1887.

Der Minister gibt damit ganz unabweisbar zu, daß die intellektuellen Urheber der Verurteilungstat jener Verurteilten die Gemeindevorstände sind, die so brutal gehandelt haben. Aber diese einfache Konstatierung im Kanzleisill genügt nicht. Die betreffenden Gemeindevorstände müssen zur Verantwortung gezogen werden.

Beseftigungskosten für Helgoland.

Helgoland hat eine Größe von 0,63 Quadratkilometer oder 63 Hektaren, ist also etwa den achten Teil so groß, wie das Tempelhofer Feld bei Berlin, das 530 Hektar umfaßt. Aber dieses winzige Stückerl Land kostet ein gleichwohl ein Heidegeld! Um es zu einem Flottenstützpunkt zu machen, werden zunächst, wie in der „Deutschen Tageszeitung“ zu lesen ist, 8 Millionen Mark aufgewendet werden, um durch künstliches Mauerwerk ein weiteres Abbröckeln des Felsenlands zu verhüten. Dann aber soll mit einem Kostenaufwand von weiteren 30 Millionen ein Kriegshafen für Torpedoboote und leichte Kreuzer geschaffen werden.

Diese 33 Millionen sind aber nur der Vorschlag für das Werk, das erst in acht Jahren beendet sein soll. In Wirklichkeit werden die Mauern, die künstlichen Erdaufschüttungen, Waggerungen usw. wohl 40—50 Millionen kosten!

Und das alles zu Ehren unseres Marxismus, unserer abenteurerlichen „Weltpolitik“!

Abgefertigt.

Der dreifachen Audienz der „Köln. Zig.“, daß möglicherweise die von Deutschland nach der Internationalen Landwirtschaftlichen Ausstellung in Buenos Aires geschickten und dort als tuberkulös befundenen 40 Kinder in der argentinischen Quarantäneanstalt angeheilt worden seien, tritt im „Domb. Fremdenbl.“ der Hamburger argentinische Generalkonsul mit der Konstatierung der Tatsache entgegen, daß die zur Ausheilung geschickten Kinder am Tage ihrer Ueberführung in die Quarantäneanstalt mit einem deutschen Präparat, der konzentrierten Koch-Tuberkulinimpfung geimpft worden seien und darauf so stark reagiert haben, daß ihre Zulassung zur Ausheilung verweigert werden mußte. Der General-

konul meint, daß diese unbestreitbare Tatsache genügen müsse, um zu beweisen, daß von einer Infizierung in Brasilien nicht die Rede sein könne.

Frankreich.

Sozialistische Gewinne bei den Generalratswahlen.

Paris, 25. Juli. Bis 7 Uhr früh waren folgende Resultate der Wahlen zu den Generalräten bekannt: Gewählt waren 173 Konservative und Action libérale; 150 Progressisten; 511 Republikaner, der Linken, Radikale, Sozialistisch-Radikale und sozialistische Republikaner; 48 geeinigte Sozialisten. Stichwahlen sind 112 erforderlich. Bis her verlieren die Konservativen 10 und die Progressisten 23 Sitze, während die Radikalen 15 gewinnen und die geeinigten Sozialisten 18.

Die Affaire Rochette.

Paris, 25. Juli. Bezüglich der Angelegenheit Rochette hat der „Matin“ Clemenceau telegraphisch um Darlegung der näheren Umstände ersucht, unter denen am 23. März 1908 die Verhaftung Rochettes erfolgte. Clemenceau hat gestern telegraphisch geantwortet: „Ich habe alles gesagt, was ich weiß.“ Auch der Vertreter des „New York Herald“ hat sich telegraphisch an Clemenceau gewandt, indem er ihn gleichzeitig über die letzten Ereignisse in der Affäre Rochette sowie über die Kommentare der Presse dazu unterrichtete. Clemenceau antwortete, mit seiner Erklärung, daß niemals jemand mit ihm für oder gegen Rochette gesprochen habe, habe er ohne Vorbehalt die unbedingte Wahrheit gesagt. Die einzige Unterredung habe er mit Lépine gehabt, die aber nach seiner Ansicht höchstens fünf Minuten gedauert und durchaus nicht das Ergebnis gehabt habe, daß Rochette verhaftet werden sollte. „Denn das war“, erklärte Clemenceau, „nicht unsere Sache. Das Ergebnis bestand lediglich darin, daß der Gerechtigkeit freier Lauf gelassen werden sollte, unbeeinträchtigt durch irgendwelche Beeinflussungen.“ Hierbei habe er anspielen wollen auf gewisse Politiker, die mit der Affäre Rochette in Verbindung gebracht worden seien und deren Namen die Blätter veröffentlicht hätten. In privaten Unterredungen habe er mehrfach der Regierung den Vorwurf machen hören, sie helfe diesen Politikern, um das Vorgehen der Justiz zu verhindern. Diese wiederholten Beschuldigungen hätten ihn zu der Unterredung mit Lépine veranlaßt.

Italien.

Eine Ersatzwahl.

Rom, 25. Juli. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Ersatzwahl in Rom ergab eine Stichwahl zwischen dem Sozialdemokraten Campanozzi und dem Konservativen Villa. Die Chancen sind für den Sozialisten günstig.

Spanien.

Das Attentat auf Maura.

Madrid, 25. Juli. Der Vater und der Bruder Posa Rocas, der die Revolvergeschüsse auf den ehemaligen Ministerpräsidenten Maura abgegeben hat, sind wieder freigelassen worden.

Rocas selbst hat erklärt, er habe aus eigenem Antriebe gehandelt, er habe keinen Mitschuldigen und er gehöre keiner geheimen Gesellschaft oder Organisation an.

Türkei.

Eine Amnestie.

Konstantinopel, 25. Juli. Den Blättern zufolge hat der Sultan anlässlich des Verfassungstages dreihundert kriegsgerichtlich Verurteilte, darunter Würdenträger des alten Regimes, begnadigt.

Tanin erklärt bezüglich der Gerüchte über eine Beteiligung der früheren Großwesire Kiamil und Ferid an dem Geheimkomplott, daß die bisherige Untersuchung kein auch nur entferntes Anzeichen für eine solche Beteiligung ergeben habe.

Aus der Partei.

Zur Tagesordnung des Parteitag

Schreibt man uns aus dem Parteibureau: „Auf Anfrage sei mitgeteilt, daß der Parteivorstand den Punkt „Reichstagswahlen“ nicht auf die Tagesordnung des Parteitags gesetzt hat, weil für den Fall, daß längere Zeit vor Ablauf der Legislaturperiode Reichstagswahlen stattfinden sollten, ein außerordentlicher Parteitag einberufen werden soll, der sich mit den Reichstagswahlen zu beschäftigen hätte.“

Die Budgetabstimmung der badischen Landtagsfraktion soll nach den Vorschlägen des Parteivorstandes nicht als besonderer Punkt der Tagesordnung, sondern unter Punkt 1: „Vorstandsbericht“ als Abteilung O von einem besonderen Referenten behandelt werden.“

In der „Frankfurter Volksstimme“ lesen wir: „Zur badischen Budgetbewilligung schreibt der Karlsruher „Volksfreund“:

„Ebenso falsch ist die Behauptung, die badische Sozialdemokratie habe wegen der Großblödpolitik darauf verzichtet, eine Volksbewegung für die demokratische Revision der Gemeindeverfassung zu initiieren. Das kann nur jemand behaupten, der keine blasse Ahnung von der Volksbewegung hat, die zwischen August und Oktober v. J. von der badischen Sozialdemokratie inszeniert wurde und ihr den glänzenden Erfolg brachte.“

Hier wird eine Verschiebung der Tatsachen versucht, die wir die badischen Genossen in ihrem eigenen Interesse dringend bitten, zu unterlassen. Der Regierungsentwurf einer neuen badischen Gemeindeordnung ist dem badischen Landtag erst in diesem Frühjahr zugegangen. Er brachte die höchst mangelhafte „Reform“ des Gemeindewahlrechts. Wegen ihn hätten die badischen Genossen in diesem Jahre eine lebhafteste Agitation im Lande richten müssen. Das ist nicht geschehen. Und als Entschuldigung dafür kann doch unmöglich dienen, daß man zwischen August und Oktober vorigen Jahres eine Volksbewegung inszeniert, die sich doch nicht gegen einen noch unbekanntem Gesetzentwurf zu richten vermochte.“

Leichtfertig?

Unter dem Titel „Falsche Berichterstattung“ schreibt die „Mannheimer Volksstimme“ sehr aufgeregt, daß es eine „leichtfertige Unwahrheit“ sei, wenn der „Vorwärts“ behauptet, das badische Votum für das Budget sei nur erfolgt, um die Stellung eines Ministers bei Hofe zu festigen. Unsere Verufung auf die „Mannheimer Volksstimme“ sei falsch, ein solcher „Ansin“ sei nie behauptet worden.

Wir haben die fragliche Bemerkung in einer Polemik gegen einen Artikel des Genossen Frank in der „Mainzer Volkszeitung“ gemacht. Unsere Bezugnahme auf die „Mannheimer Volksstimme“ erfolgte im Hinblick auf die folgende Stelle einer Zuschrift aus Arbeiterkreisen, die das Blatt am 20. Juli zustimmend veröffentlichte:

„Bestgestellt muß jedoch werden, daß der „Vorwärts“ und auch andere Parteiblätter die Begründung, welche von Baden aus gegeben wird, bereits geschrieben und der Abstimmung oft falsch

Notiz unterlegen. Das erste ist, daß sich die Fraktion durch die Worte des Ministers hätte leiten lassen, während es sicher nicht die Worte, sondern die Stellung des Ministers war, welche die Abstimmung mit beeinflusste. Aber nicht allein die Stellung des Ministers war ausschlaggebend, sondern die ganze politische Situation.“

Unsere Absicht war, zu zeigen, daß die badischen Genossen für das Budget gestimmt haben, um die Stellung des Ministers zu festigen. Offen gesagt, wundern es uns, daß die „Mannheimer Volksstimme“ bestreitet, was wirklich nicht zu bestreiten ist. Man lese doch folgende Ausführung des „Karlsruher Volksfreund“:

„Was dem Zentrum in der Zweiten Kammer nicht gelungen war, das wollten die konservativ-merikalen Junker in der Ersten Kammer bewerkstelligen, die Aktionsfähigkeit des Großblocks dadurch unmöglich zu machen, daß sie den Minister, der Anwartschaft hat, zukünftiger Staatsminister zu werden und der dringend verdächtig ist, sich mit dem Großblock abfinden zu wollen, zu fützen.“

Seit Monaten ist es öffentliches Geheimnis, daß die konservativ-konservative Reaktion Herrn v. Bodman daselbstes Schicksal zu bereiten bestrebt ist, dem feinerzeit Minister Schenkel zum Opfer gefallen ist. Die Zentrumspresse hefte hinter ihm her, wie die Jagdhunde hinter einem angeschossenen Wild. In der Ersten Kammer sollte der letzte tödliche Schuß abgefeuert werden. Die anderen Minister hatten alle ihre Gesekentwürfe unter Dach und Fach gebracht. Herr v. Bodman hat dem Landtag die wichtigste Vorlage mit dem Gesetzentwurf betreffend die Reform der Gemeinde- und Städteordnung vorgelegt. Gelingt es ihm nicht, ihn durchzubringen, dann ist seine Ministerlaufbahn ziemlich sicher abgeschlossen.“

Das Blatt gibt dann die bekannten Äußerungen Bodmans wieder und fährt fort:

„Die Ablehnung des Budgets an dem auf diese denkwürdige Auseinandersetzung zwischen dem politischen Minister Bodens und den Vertretern der Reaktion auf der Adelsbank der Ersten Kammer folgenden Tage seitens der Sozialdemokratie hätte nichts mehr und nichts weniger bedeutet, als daß die sozialdemokratische Fraktion dieses politische Glaubensbekenntnis des Ministers v. Bodman, das für die künftige Gestaltung der politischen Verhältnisse Badens von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist, schlechthin ignoriert und damit diesen Minister der Nachsicht der konservativen Junker geopfert hätte. Wer auch nur ein klein wenig Verständnis für diese politische Situation hat, der gegenüber sich die sozialdemokratische Fraktion in diesem Augenblick befindet, wird ihre Zustimmung zum Budget sicher verweigern und zu würdigen wissen. Das war ein historischer Augenblick, der, wenn er verpaßt wurde, auf Jahre hinaus unsere politischen Verhältnisse zugunsten der schwarz-blauen Reaktion beeinflusst hätte. Und das einer völlig nutzlosen Demonstration wegen, die nur die eine praktische Folge gehabt hätte, daß das Zentrum nicht durch eigene Klugheit, sondern durch die Unklugheit seines gefährlichsten Gegners wieder festen Boden gefaßt und seine politischen Chancen dadurch erheblich verbessert hätte.“

Wenn Worte noch einen Sinn haben, so heißt das: Wir haben für das Budget gestimmt, um die Stellung Bodmans zu festigen. Wenn die „Mannheimer Volksstimme“ diese Begründung für „Ansin“ hält, sind wir sehr erstaunt; aber bessere Gründe hat sie bisher auch nicht angegeben.

Die Landeskonferenz der sozialdemokratischen Partei im Rändchen Schwarzburg-Sondershausen tagte am Sonntag, den 24. Juli, in Arnstadt. Aus dem Geschäftsbericht ging hervor, daß die wirtschaftliche Krise, hauptsächlich in der industriellen Oberschicht, die Organisation stark in Mitleidenschaft gezogen hat. In den Verhandlungen der Konferenz wurde das Bedauern über die Vorgänge im badischen Landtag zum Ausdruck gebracht und in einer Resolution die Erwartung ausgesprochen, daß der Parteitag in Magdeburg Mittel und Wege finden wird, um derartigen Disziplinlosigkeit für die Zukunft vorzubeugen.“

Siebenter badischer Reichstagswahlkreis. Die Konferenz, welche am Sonntag in Offenburg tagte, beschloß, von einer Delegation zum Parteitag in Magdeburg abzusehen. Dagegen wurde einstimmig die Budgetbewilligung der Landtagsfraktion verurteilt; die Delegierten zum Landesparteitag erhielten entsprechende Weisung. Der Mangel einer nichtrevisio-

nistischen Presse in Baden wurde als schwerer Fehler bezeichnet. — Als Reichstagskandidat ist einstimmig Genosse Geiler, Arbeitersekretär in Strahburg, aufgestellt worden. — Der Zehnpendel-Wochenbeitrag fand allgemeine Zustimmung.

Im eignen Heim. Die „Arbeiterzeitung“ in Wien, das Zentralorgan der österreichischen Sozialdemokratie, hat am Mittwoch ihr eigenes Heim bezogen. Das neue Haus, das von der Partei errichtet wurde, wird neben dem Arbeiterheim zum Zentralpunkt des Wiener Parteilebens werden. Das Parteisekretariat, die Parteidruckerei, die Redaktion und die Verwaltung des Zentralorgans der Partei und der „Arbeiterinnen-Zeitung“, eine Reihe anderer Parteistellen werden nun hier ihren Sitz haben und auch das Sekretariat der Gewerkschaftskommission wird hier so lange wohnen, bis der Plan eines eigenen Gewerkschaftshauses ausgeführt sein wird. Ein neuer Mittelpunkt für unser Parteileben ist geschaffen, schreibt unser Wiener Bruderblatt, ein stattliches Haus, prunklos und einfach, aber wohllich und hell, eine Arbeitsstätte, würdig der Arbeit, die hier geleistet werden soll, der Arbeit zu Ruh und zum Schutze der Arbeit selbst.

Wir wünschen, daß diese Arbeit im neuen Heim erst recht ersprießlich und erfolgreich sein und reiche Früchte für den Sozialismus tragen möge.

Aus der Frauenbewegung.

Frauen und Militär im Lohnkampf.

Die Direktion der Stiftsbrauerei in Minden, die in Folge der Ablehnung jeder Verhandlung mit den Organisationsvertretern und infolge ihres provokatorischen Verhaltens die Arbeiter des Betriebes am Sonnabend, den 23. Juli, in den Kampf trieb, verfuhrte ihr Heil bei den Frauen der Arbeiter, damit diese ihre Männer zum Streikbruch veranlassen sollten. Sämtliche Frauen erhielten folgendes Schreiben:

„An Frau“

Ihr Mann hat heute Morgen die Arbeit bei uns eingestellt und machen wir Sie darauf aufmerksam, daß derselbe dauernd entlassen ist, falls er nicht bis heute mittag 3 Uhr die Arbeit wieder bei uns aufgenommen hat.

Hochachtungsvoll

Stiftsbrauerei Aktiengesellschaft.

Die Frauen gaben andern Tags, am 24. Juli, Antwort in einer Versammlung, und zwar durch Annahme einer Resolution, in der sie mit aller Entschiedenheit das Vorgehen der Betriebsleitung verurteilten und das Schreiben der Direktion als einen Schandanschlag bezeichneten; jeden Eingriff seitens der Direktion in das Familienleben entschieden zurückwiesen und erklärten, in diesem Kampfe den Männern zur Seite zu stehen.

So abgebildet, verfuhrte die Direktion ihr Glück beim Feld-Attilliereregiment 18. Von dort wurden 3 Mann der 1. Abteilung als Streikbrecher zur Verfügung gestellt. Beschwerde an das Kommando ist sofort abgegangen; Antwort ist noch nicht eingegangen.

Gewerkschaftliches.

In der Falle!

Das einige sozialdemokratische Blätter einen Artikel über die Generalversammlung des zentrumschristlichen Duisburger Metallarbeiterverbandes gebracht haben, hat dem Blättchen des „Christlichen“ Verbandes gar nicht gefallen. Das „Christliche“ Blatt spricht von einem „Hagel von Verleumdungen und Beschimpfungen“, der über die christlichen Gewerkschaften nieder-gehe, von einem „giftgeschwollenen Schmäh- und Schimpf-artikel“. Daß das Duisburger zentrumschristliche Blatt uns wegen der Würdigung der „christlichen“ Tagung seinen Dank abschiessen würde, haben wir allerdings nicht erwartet. Wohl aber könnten die „christlichen“ Drahtzieher es doch ein klein wenig schlaumer anfangen, wenn sie die Dinge anders scheinen lassen wollten, als sie sind. Es macht wenig Spaß, so dumme Leute zu Segnern zu haben. In dem Artikel „Notes Gebelser“ im Duisburger „christlichen“ Metallarbeiterblatt heißt es unter anderem:

„Den Genossen, die sich in maßloser Ueberhebung und An-mahung fälschlich als die „alleinigen“ Vertreter der Arbeiter-interessen“ getieren, ist es ein unerträgliches Gedankes, daß andere Organisationen durch ihre ehrliche Gewerkschaftsarbeit das Ver-trauen der Arbeiter gewinnen könnten, noch unerträglicher ist es ihnen im vorliegenden Falle, daß der christliche Metallarbeiter-verband als erster und mit offensichtlichen Erfolg für den Mit-arbeiterkampf eingetreten ist, während der viel ältere sozialdemo-kratikische Verband untätig war.“

Der Prioritätschwind der „Christen“ wird ja durch keine Wiederholung zur Wahrheit, aber in obigem Satz wird ja klipp und klar eingestanden, daß die Zentrumsge-werkschaften mit dem „christlichen“ Metallarbeiterverband das Vertrauen der Arbeiter zurzeit nicht haben!

Einige Sätze weiter aber schreibt der „Deutsche Metall-arbeiter“ in demselben Artikel:

„Der gegen den „schwarzen Bruder“, gegen den fest im Herzen der Metallarbeiter verankerten christlichen Metallarbeiterverband verippte Geiser erreicht den anständigen Gegner nicht.“

Also hier ist der „christliche“ Verband fest im Herzen der Arbeiter verankert, während einige Zeilen vorher die chris-tlichen Gewerkschaften das Vertrauen der Arbeiter noch gar nicht haben. „Christliche“ Geiere! Wahrscheinlich geht es dem „christlichen“ Zauberkünstler vom „Deutschen Metall-arbeiter“ mit dem verflucht wahrheitsgemäßen Wort, das seinem Mund entflohen, ähnlich, wie es das Schillerwort schildert:

„Doch dem war kaum das Wort entfahren,
Woh! er's im Wuseln gern bewahren!“

Der Hamburger Delegierte Hartmann hatte Grund, auf der Duisburger Tagung vom „Deutschen Metallarbeiter“ mehr Artikel „geistig bildender Natur“ zu verlangen. Aber wenn die Leiter des Blattes selbst so bodenlos ungeschickt und tölpelhaft bei ihren Polemiken gegen die Gegner zu Werke gehen, dann können die „christlichen“ Mitglieder wohl alle Hoffnung auf Besserung fahren lassen.

Berlin und Umgegend.

Der Metallarbeiterverband als „Zerstörer der Religion“.

Die „Post“ brachte unterm 22. d. M. folgende Notiz:

„Religion ist Privatfache.“

„Religion ist Privatfache“ — so lautet eine Hauptformel der Sozialdemokratie. Unter gewissen Einschränkungen könnte man dem Satze beipflichten; aber die Taten der Sozialdemokraten gegenüber ihren Worten in dieser Frage lehren nur das eine, daß die Religion für einen wackeren Mann das durchaus nicht mehr sein soll: Wer an Marx und Lassalle glaubt, braucht nicht mehr an den „lieben Gott“ zu glauben. Freilich offen sagt das noch nicht jeder sozialistische Führer. Aber in diesem Sinne wird gehandelt. Dierfür ein neues Beispiel, und zwar aus der „Stadt der Intelligenz“, aus Berlin. Eine Frau hatte einen Berliner Pfarrer gebeten, am Sarge ihres heimgegangenen Mannes die Leichenrede zu halten; aber der Metallarbeiterverband erlaubte es nicht, wie aus nachstehendem Schreiben hervorgeht, das die arme Witwe an den Pfarrer sandte. Der uns vorliegende Brief lautet wörtlich folgendermaßen:

Hochgeehrter Herr Pfarrer!
Unter dem größten Bedauern sehe ich mich genötigt Euer Hochwürden mitzutellen, daß der Metallarbeiter-Verband Euer Bede nachdrücklich — Vertretung ablehnt. Ich bitte deshalb Euer Hochwürden höflichst um Entschuldigung; Ich möchte mich dem Verband in sofern anschließen, weil ich sonst verschiedener Vorteile entzogen würde.

Mit vorzüglicher Hochachtung
gezeichnet
(folgt die Namensunterschrift).“

Ist hier wirklich die „Religion zur „Privatfache“ geworden? Kennzeichnet diese Handlungsweise des Metallarbeiterverbandes sich nicht als schlimmster sozialdemokratischer Terrorismus? Und um nicht gewisser Vorteile verlustig zu gehen, folgt, muß die arme bedauernswerte Witwe dem Mannspruch der Verächter aller Religion folgen. Man darf gespannt sein, welche Worte des „Reichswachens“ der „Vorwärts“ für diesen Ausbruch von Härte haben wird, der so recht das wahre Wesen, den „Zucht-hauscharakter“ der sozialdemokratischen Partei klarlegt.“

Dierzu schreibt uns der Metallarbeiterverband:

„Wie immer, so ist auch hier wieder die Sache direkt auf den Kopf gestellt. In Wirklichkeit sieht es folgendermaßen:
Nachdem wir seit Jahren die Beobachtung gemacht haben, daß die meisten Prediger eine Begleitung der Leiche und auch eine Grabrede ablehnen, wenn ein Kranz unseres Verbandes, dem Verstorbenen gewidmet, im Leichenzuge getragen wird, stellen wir an Angehörige unserer verstorbenen Mitglieder die Frage, ob beim Begräbnis ein Prediger zugegen sei. Wird diese Frage bejaht, dann unterbleibt die Kranzspende. Es soll damit verhütet werden, daß häßliche Auseinandersetzungen zwischen den Leidtragenden und dem Prediger am offenen Grabe stattfinden, wie das leider früher schon häufig der Fall war. Es ist schon mehrere Male vorgekommen, daß die Prediger am Grabe umkehrten, als sie den Kranz unseres Verbandes bemerkten. Das war für die Leid-tragenden immer sehr peinlich. Und darum unsere Maßnahme, die ja wohl von jedermann, mit Ausnahme der „Post“-redakteure, als korrekt bezeichnet werden wird. Wir wollen aber nicht ver-gessen, noch zu erwähnen, daß einige Prediger tolerant genug waren, trotz unseres Kranzes ihre Grabrede zu halten, aber es waren das nur sehr seltene Fälle.“

Jedem welchen materiellen Schaden haben die Frauen oder sonstige Angehörige verstorbenen Mitglieder nicht, wenn ein Prediger die Leiche begleitet. Da ist eben der oder die Brief-schreiberin im Irrtum. Da wir jährlich etwa 250 bis 270 Sterbe-fälle haben, bemüht sich vielleicht einmal ein „Post“-redakteur, einen Fall ausfindig zu machen, wo eine Hinterbliebenenunter-stützung wegen der Begleitung eines Predigers nicht ausgezahlt wird. Andere Ansprüche aber als Hinterbliebenenunterstützung haben Angehörige unserer verstorbenen Mitglieder nicht.

Wenn nun die „Post“ sich erdreistet, von „Reichswachens“ zu dazwischen, so möchten wir darauf noch bemerken, daß durch die An-gewandlungen der „Post“ wir nicht schmügig geworden sind. Es ist ja bekannt, daß die „Post“ eitel uns belämpfen müssen, und da es nicht anders geht, „arbeiten“ diese Leute eben gewerkschaftlich mit Lüge und Verleumdung.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

erantw. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inseratenteil verantw.: H. Wladt, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt

In der Wäschefabrik J. Becker, Frankfurter Straße 137, haben sämtliche Zuschneider wegen Lohnunterschieden die Kündigung eingereicht; deshalb darf kein Zuschneider dort Arbeit nehmen. Die Ortsverwaltung Berlin III.

Zur Bewegung in den Privatlichographien! Die Firmen M. Schönherr und M. Hartwig sind gesperrt. Die Sperre über die Firma Wilsch. Mertens wird hiermit aufgehoben, da unsere Forderungen anerkannt sind.

Sämtliche Lithographen des Ateliers „Pöhlitz“ (Inhaber J. Stern u. Co., New York) haben am Montag die Arbeit niedergelegt, da unsere Forderungen nicht anerkannt wurden. Stellenangebote sind deshalb abzulehnen. Wir ersuchen die Kollegen um strengste Beachtung des Vorstehenden. Die Verwaltung.

Ächtung, Täscher, Portefeuisse! Die Differenzen in der Taschenfabrik von Bolmer u. Rhode, Prinzenstr. 28, sind beigelegt. Die Sperre ist hiermit aufgehoben.

Die Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Sattler und Portefeuisse.

Ächtung, Fleischergefell! Die Fleischergefell der Firma Kisch haben einmütig beschlossen, heute morgen die Arbeit nieder-zulegen. Die Firma ist für unsere Mitglieder gesperrt und ersuchen wir, auf die Stellvermittlung ein wachsames Auge zu haben.

Zentralverband der Fleischer. Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Unter den Angestellten der Straßenbahn in Hanau gärt es. Es haben wiederholt Versammlungen stattgefunden, in denen die übermäßig lange Arbeitszeit und die geringe Vergütung scharf kri-tisiert wurden. Eine Versammlung, die in der Nacht vom Sonn-abend zum Sonntag stattfand, nahm eine Resolution an, in der mit dem Streik gedroht wird, wenn die Verhältnisse sich nicht bald ändern werden.

Ausland.

Der Kampf der schweizerischen Brauereiarbeiter.

Seit etwa drei Wochen liefern unsere organisierten Kollegen der Schweiz den Brauereiarbeitern ein Treffen, das in der internationalen Brauereiarbeiterbewegung das weiteste Interesse verdient. Wohl selten haben sich je im sozialen Kampfe zwei eben-bürtige Gegner so gerüstet gegenüber gestanden, wie augenblicklich in der Brauereindustrie im Lande der Hirten. Die Brauereiarbeiter kämpfen um einen neuen Tarif. Für das Verständnis der Bewe-gung sind kurz folgende chronologische Daten von Wichtigkeit:

Im Jahre 1896 traten die organisierten Brauereiarbeiter zum ersten Male in einen Kampf. Hauptgegenstand desselben war die Forderung der Anerkennung des Arbeitsnachweises. Schon damals wirkte der von der Arbeiterschaft verhängte Boykott gut, konnte aber nicht einen Sieg der Unternehmer über die damals noch schwache Organisation der Arbeiter verhindern. Der Unternehme-rsieg aber war ein Phirrussteg. Noch einen solchen Sieg und die schweizerische Brauereindustrie wäre damals gehörig unter die Räder gekommen. Denn die durch den Boykott in das Land ge-kommenen deutschen Biere, besonders die Münchener, fingen an, hier heimlich zu werden und sicherten sich großen Absatz. Inzwischen folgten etwa zehn Jahre der Ruhe. Die Arbeiterorganisation kon-solidierte sich und wurde stärker und mächtiger. Auch die Unter-nehmerorganisation wurde unter Anchluss an den internationalen Boykottschubverband eine geschlossene und erbarungslos wüt-ende Kampforganisation gegen die Arbeiterschaft.

Im Jahre 1906 trat die schweizerische Brauereiarbeiterschaft mit der Forderung eines Generalarrestes wieder auf den Plan. Unter anderem wurde wieder die Anerkennung des Arbeitsnachweises gefordert. Die Brauereiarbeiterschaft, durch die Erfahrungen ihres „Siegess“ von 1896 gewarnt, traten in Unterhandlungen ein und unterzeichneten einen Tarif, der die Lohn- und Arbeitsbedin-gungen für das ganze Land einheitlich regelte. Aus Opportuni-tätsgründen nahm die Arbeiterschaft von der Forderung der An-erkennung des Arbeitsnachweises Abstand. Damit war der Friede für längere Zeit gesichert und der Tarif stellte ein schönes Ergebnis der solidarischen Kampfbereitschaft dar. Vom 1. Juni 1908 an galt der Tarif.

Im März dieses Jahres kündigte das Zentralkomitee des Ver-bandes der Lebens- und Genussmittelarbeiter der Schweiz den Tarif zum 1. Oktober an, dem Ablaufstermin.

Gleichzeitig mit der Kündigung des Tarifes zum 1. Oktober wurde dem Unternehmerverband am 8. März ein Entwurf zu einem neuen Tarif übermittelt, mit dem Antrage, dazu baldigst Stellung zu nehmen und Unterhandlungen anzubereiten.

Und nun begann seitens des Unternehmerser-bandes eine unerhörte Verschleppungsmo-die. Ihre Unterhandlungskommission setzten sie zu-nächst aus fünf Advokaten zusammen. Kein einziger Angehöriger des Brauereifaches befand sich darunter. Der Zweck der ganzen Uebung war klar ersichtlich. Man wollte durch Verschleppungstaktik die schweizerische Brauereiarbeiterschaft in eine Falle locken, um sie bis zum Oktober, dem Zeitpunkt des Ablaufes des alten Vertrages, wo naturgemäß ein Kampf der Brauerei-arbeiter infolge der eigenartigen Verhältnisse der Schweiz sehr schwer ist, hinhalten. Unter allerhand nichtigen Einwendungen gingen die Unternehmeradvokaten dem Ansuchen der Arbeiter nach baldigen Verständigungen durch Unterhandlungen aus dem Wege. Erst am 28. April teilten sie folgenden Beschluß der Generalver-sammlung der Brauereibesitzer mit:

„Der Verband schweizerischer Brauereien ist bereit, in Unterhandlungen über eine neue Vereinba-rung betreffend die Anstellungsbedingungen für die Arbeiter der schweizerischen Brauereibetriebe mit Gültigkeit vom 1. Oktober 1910 einzutreten.“

Die Advokaten der Brauereibesitzer aber brachen Schnöde ihr Wort, denn nun folgte eine Mitteilung nach der anderen, worin erklärt wurde, daß man nur dann zu einer Unterhandlung über die Vereinbarung betreffend die Anstellungsbedingungen bereit sei, wenn die Arbeiter die einzige Vertragsposition, die überhaupt von den Anstellungsbedingungen redet, bedingungslos fallen ließen. Und das war der verhängnisvolle Arbeits-nachweis. Der Arbeitsnachweis aber wurde von den Schweizer-kollegen nicht fallen gelassen, denn er ist für die letzteren eine Lebensfrage, die nicht so ohne weiteres durch das Diktum der King-advokaten aus der Welt geschaffen werden kann. Die schweizerische Brauereiarbeiterschaft ist zum allergrößten Teile im Verbands der Lebens- und Genussmittelarbeiter organisiert. Die Unternehmer halten nun jedes Jahr unter derselben eine Musterung ab und werfen erbarungslos die Kollegen auf die Strafe, deren Knochen nicht mehr Rente genug versprechen. Als Ersatz läßt man dann blaue und gelbe Elemente aus Deutschland kommen, weil man hofft, damit allmählich in die Reihen der organisierten Schweizer Arbeiter eine Bresche zu legen. Bedinglich aus Gründen der Selbsterhaltung haben die letzteren also durch den Vertragsentwurf verlornt, daß in Zukunft die Arbeiter durch die Vermittlung des Arbeitsnachweises der Brauereiarbeiter eingestellt werden sollen. Die Brauereibesitzer also, denen in zwischen von Deutschland her durch die dortigen Brauereiarbeiterschaft einerseits, durch das sich christlich und kirch-licher Dundersch nennende Verrätergesindel andererseits der Rücken gestärkt wurde, bröchen ihr Wort und erklärten, daß sie nur dann über den neuen Vertragsentwurf unterhandeln, wenn die Forderung des Arbeitsnachweises mit noch zwei wichtigen Forderungen bedingungslos fallen gelassen werde. Sie lehnten also, nachdem sie vier Monate lang auf die raffinierteste Weise die Verhandlungen verschleppt hatten, eine Erklärung zu den übrigen Vertragsforderungen, Lohn, Arbeitszeit usw. ungewidmet ab. Endlich rief den Arbeitern die Geduld und die Arbeiterunionsen Zürich und Basel verhängten über sechs Brauereien den Boykott, lediglich um die Brauereien zu Unterhand-lungen zu zwingen. Der Unternehmerverband forderte unter

der Drohung, sofort 25 Proz. der organisierten Brauereiarbeiter auszusperren, die sofortige Auf-hebung des Boykottes, und als der Boykott selbstverständlich nicht aufgehoben wurde, kündigte man am Sonnabend, den 2. Juli, 25 Proz. der organisierten Brauer. Als Antwort darauf legten am Montag, den 4. Juli, sämtliche schweize-rischen Brauereiarbeiter die Arbeit nieder. Nur in einigen Brauereien wurde aus tatsächlichen Gründen die Arbeit nicht eingestellt. Ueber beinahe fünfzig Brauereien ist seit der Boykott verhängt und gegen 1800 Arbeiter sind am Streik beteiligt. Der Unternehmerverband setzte seiner Brutalität dadurch die Krone auf, daß er durch sein Advokaten-quintett mitteilen ließ, daß auch die noch arbeitenden Verbands-mitglieder am Montag, den 18. Juli, restlos auf die Straße geworfen würden, wenn bis zu diesem Tage die Boykotts nicht aufgehoben seien.

In dem großen Kampfe der schweizerischen Brauereiarbeiter handelt es sich jetzt nicht mehr um Fragen des Arbeitsnachweises, Lohn- und Arbeitszeitverfügung allein, sondern um Sein oder Nichtsein, um die Existenz der Organi-sation.

Der schmächtige Wortbruch der Unternehmer, die schimpfliche Verschleppung der Unterhandlungen, dann die Ablehnung der Unterhandlungen überhaupt, das brutale Ausschließen der organi-sierten Kollegen durch die Ausspernung, die Verbreitung der lügen-haftesten Schwindelnachrichten in den bürgerlichen Blättern, der schamlose Verrat der christlichen Jubasse, die in deutschen Zeit-ungen offen zum Streikbruch aufforderten, um die Streikbrecher unter tätiger Mithilfe der Hirsch-Dunderschen hundertweise in die Schweiz zu importieren, diese zahllose Reite von Gemeinheiten, die verübt wurden, für die um ihr Recht, für ihre Existenz schwer rin-genden schweizerischen Brauereiarbeiter, hat die größte Erbitterung hervorgerufen und den Kampf mit einer solchen Festigkeit ent-brennen lassen, daß das Ende desselben noch nicht abzusehen ist.

Darum ergeht an die rechtstehende Bevölkerung im Auslande der dringende Ruf, die kämpfenden Brauereiarbeiter der Schweiz die vollste moralische Unterstützung zuteil werden zu lassen. Nicht darauf, daß keine Streikbrechertransporte nach der Schweiz ab-gehen. Es handelt sich darum, den Verzichtungsversuch an der schweizerischen Brauereiarbeiterorganisation durch den Weltfad der internationalen Vierkönige wuchtig und würdig zurückzuweisen. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck ersucht!

Der Ausstand der Dockarbeiter in Bristol und Avonmouth ist heute beigelegt worden.

Die bekannte Manier.

Madrid, 26. Juli. Die Delegierten der Arbeitgeber haben dem Polizeipräsidenten von Bilbao eine Antwort auf die Forderungen der Arbeiter überreicht. Sie weigern sich, die Arbeitszeit zu vermindern. Auch erkennen sie die Syndikatsführer nicht als Vertreter der Arbeiterschaft an, mit denen sie in Unterhandlung treten könnten. Nach ihrer Ansicht hat der Streik politische Beweggründe. Die Forderungen der Arbeiter sind nur „vorgeschoben“. Daher würde die Erfüllung auch „vollkommen nutzlos“ sein, da die politischen Agitatoren sofort mit neuen, gesteigerten Forderungen auf dem Plan erscheinen.

Man sieht, dieselben Vorwände, welche die Unternehmer überall gegen Arbeiterforderungen vorbringen.

Der Generalarrest in Barcelona.

Barcelona, 26. Juli. Eine Massenversammlung von Arbeitern aller Berufsstände beriet gestern nachmittag über den Generalarrest. Sämtliche Redner und Parteiführer mahnten zur Ruhe und Besonnenheit. Sollte bis zum 30. Juli die Forderung der streikenden Minenarbeiter nicht erfüllt sein, dann wird unverzüglich der Sympathiestreik aller Gewerkschaften erklärt werden. Doch Aus-schreitungen sind zu vermeiden. Der Streik soll eine maßvolle Protest-lundgebung werden. Am morgigen Jahrestag der Jubiläumstage von Barcelona wollen gegen 13000 Grubenarbeiter die Tätigkeit ein-stellen. Die Erklärung des Vertreters des Syndikatsverbandes, daß die Ausständigen Barcelonas jederzeit der finanziellen und moralischen Unterstützung der Gewerkschaften sicher sein können, rief großen Jubel hervor. Gehören dem Syndikate doch 118 Gewerkschaften.

Die Arbeiter Barcelonas haben die Absicht, den 28. Juli würdig in Ruhe zu feiern.

Verfammlungen.

Die Budgetfrage in Baden

beschäftigte auch den letzten Jahrmorgen der im 2. Wahlkreis or-ganisierten Genossen. Die Genossen des Jahrmorgens sind aus-schließlich Radikalarbeiter. Durch die Eigenart ihres Berufes sind sie der Möglichkeit beraubt, die Parteiveranstaltungen der einzelnen Kreise, die ja fast ständig an einem Wochentagabend stattfinden, besuchen zu können. Sie kommen daher allmonatlich einmal nach Beendigung ihrer Arbeitszeit an einem Sonntag in aller Frühe zusammen, um sich über Parteivorgänge zu unter-richten und zu den einzelnen Vorkommnissen Stellung zu nehmen. Dies war auch diesmal der Fall. Die Bewilligung des badischen Budgets durch die dortige Landtagsfraktion hat in den Kreisen der Berliner Genossen berechtigigte Entrüstung ausgelöst, die hell zum Durchbruch kam auch bei den Radikalarbeitern, die fast ausschließlich in der Zeitungsbereitstellung beschäftigt sind. Genosse Paul Jobn als Referent übte scharfe Kritik an dem Verhalten der badischen Kammerfraktion und gab am Schluß seines Vortrages der Mei-nung Ausdruck, daß der Magdeburger Parteitag solche schweren Verfehlungen gegen die Einheit der Partei ohne Rücksicht mit dem Ausschluss aus der Partei, mindestens aber mit der Aberkennung der Befähigung zur Bekleidung von Parteiamtern ahnden möge. Stürmischer Beifall bewies, daß der Referent den versammelten Genossen mit seiner Behandlung der Angelegenheit aus der Seele gesprochen hatte. Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referats, nur wurde die letzte Forderung des Referenten nicht von allen Rednern unbedingt unterfüttert. In einer Resolution wurde von den Kreisdelegierten zum Parteitag gefordert, daß sie mit da-für sorgen mögen, daß ähnliche partikularristische Seitenzüge nicht mehr vorkommen können.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die französischen Generalratswahlen.

Paris, 25. Juli. (W. T. B.) Nach den neuesten Fest-stellungen sind 1442 Resultate der Wahlen zu den Genera-l-räten bekannt. Gewählt waren: 194 Konservative, 164 Progressisten, 896 Republikaner der Lin-ken, Radikale, Sozialistisch-Radikale und So-zialistische Republikaner; diese gewinnen 13 Sitze. Es wurden ferner gewählt 142 geeinigte Sozialisten, welche 18 Sitze gewinnen. Bisher verlieren die Konservativen 6 und die Progressisten 25 Sitze. Vier Wahlergebnisse stehen noch aus.

Die Ausspernung aufgehoben.

Brann, 25. Juli. (W. T. B.) Die Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitern wurde heute nachmittag beendet. Sämtliche Firmen haben beschlossen, die Ausspernung aufzuheben. Morgen wird in allen Fabriken die Arbeit wieder aufgenommen.

In der Cholera gestorben.

Amsterdam, 25. Juli. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Auf einem in dem Hafenort Delfzyl ankommanden deutschen Dampfer ist ein Mann an asiatischer Cholera gestorben.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungs-Bl.

Die Taktik im Wahlrechtskampf.

V.

Nach ehe die Antwort der Genossin Luxemburg erfolgte, hatte Genosse Pannetier in vier Artikeln in der „Freier Bürgerzeitung“ die Polemik gegen Kautskys Ausführungen aufgenommen. In dem ersten wendet sich Pannetier zunächst gegen Kautskys Bemerkungen über die Schädlichkeit der Diskussion. Nur wenn die Arbeiterklasse wie eine geschlossene Armee von einem obersten Kriegshauptmann befehligt werden würde, hätte die öffentliche Erörterung der Taktik keinen Zweck und bloß Nachteile. Aber wenn die Masse nicht bloß der Parole von oben gehorcht, sondern selbst die Entscheidung treffen müsse, dann müsse sie auch die günstigen und ungünstigen Umstände kennen, und dazu sei die öffentliche Diskussion durchaus notwendig. Schaden könne sie nicht, weil alle in Betracht kommenden günstigen oder ungünstigen Momente in allgemeinen Massenverhältnissen lägen, woran nichts zu verraten oder zu verheimlichen sei.

Aus der Zustimmung, die die Artikel der Genossin Luxemburg überall bei den Arbeitern gefunden, und aus der jubelnden Begeisterung, die ihre Reden überall ausgelöst hätten, ergebe sich, daß sie nur ausgesprochen habe was in den Herzen der Arbeiter lebe. Der Gedanke der Anwendung des Massenstreiks habe in den Massen tief Wurzel gefaßt, nichts sei ihnen lieber, als eine klare Diskussion über diese Frage. Daher sei es ein törichtes Beginnen von den Zentralorganen der Partei, eine solche Diskussion zu verhindern zu wollen, und es sei ein Mißgriff für die Partei, daß die Provinzpresse sich ihrer Pflicht besser bewußt gezeigt habe.

Dann wendet sich Pannetier gegen die Behauptung Kautskys, daß eine Verquickung des politischen Massenstreiks mit ökonomischen Streiks nicht angängig sei und den politischen Streik schädigen würde. Er sagt dazu unter anderem:

Kautsky denkt sich einen allgemeinen politischen Zwangsstreik, wobei ökonomische Forderungen erhoben werden; die Unternehmergruppen spalten sich durch Gewährung der ökonomischen Forderungen eine Arbeiterkategorie nach der anderen ab, und der Streik ist für die Arbeiter verloren. Um was für einen Streik handelt es sich hier? Man dachte ihn sich nicht mit ökonomischen Forderungen verquickt; dann kann er nur sein Ende finden in der Gewährung des verlangten politischen Rechtes, eines Rechtes, das nicht weniger als die Besitzergreifung der Macht durch das Proletariat, den Sturz der Regierung, die politische Revolution bedeutet. Ja, aber wer glaubt, diese Revolution kann die Wirkung eines einzigen großen politischen Zwangsstreiks sein?

Der Gedanke . . . durch einen großen Zwangsstreik die politische Macht auf einmal zu erobern, ist im Grunde nichts anderes als die alte anarchoistische Generalstreiksidee. Diese Idee steht hinter dem Beispiel, woran die Hinfalligkeit der Ausführungen der Genossin Luxemburg bewiesen werden soll.

Nichts ist wichtiger als die Formen, die in Deutschland eine Massenstreikbewegung im weiteren Verlauf der Entwicklung annehmen wird, einigermaßen klar zu erkennen. Dabei können uns aber die Beispiele aus Westeuropa am wenigsten dienen, denn hier ging es niemals um die ganze Herrschaft der regierenden Klasse. Eher könnte die russische Streikbewegung als Beispiel dienen. Allerdings ist auch dieses Beispiel nicht ohne weiteres zu gebrauchen — nicht aus dem Grunde, wie Kautsky meint, daß in Rußland die Revolution herrschte und hier nicht, denn die russische Revolution bestand gerade in der Massenstreikbewegung, und die deutsche Revolution hat mit dem preussischen Wahlrechtskampf im Grunde schon begonnen. — Sondern der Unterschied liegt in der gewaltigen Organisationsmacht des deutschen Proletariats, wie sie in einem solchen Kampf noch nie gesehen wurde, und die ihm eine ungeheure Macht geben wird. . . .

Der Massenstreik als politisches Zwangsmittel gegen die Regierung kann hier, in dem Kampfe um die Regierung, nicht ein einziger Akt sein, sondern nur ein längerer Prozeß. Er kann nur ein langes, zähes Ringen sein; das kann dann nicht ein langandauernder einziger Streik sein — das hielten die Arbeiter selbst nicht aus —, sondern es muß eine auf- und abfallende kolossale Streikbewegung sein, wobei bald hier, bald dort die Kämpfer pausieren, Atem schöpfen müssen, bevor sie sich wieder in den Kampf stürzen, wobei sie möglichst alle Kräfte zu einem gleichzeitigen Streik vereinigen, bisweilen vielleicht auch sich wieder in Einzelgefechten trennen. Eine solche Bewegung entspricht nun genau dem Typus des Massenstreiks, den wir oben erwähnten, der zugleich politischer und gewerkschaftlicher Natur

ist. In einer solchen Streikbewegung, wie sie notwendig aus dem Zusammenwirken der politischen und wirtschaftlichen Momente entstehen muß, wird die Verbindung von politischen und ökonomischen Forderungen etwas Selbstverständliches sein. Und wenn darin z. B. den Bergarbeitern ihre Forderungen, die dann nicht gering sein können, durch die Fäden zugehängen werden, so ist ein solcher Sieg keine Schwächung der Bewegung, sondern eine Stärkung, die anfeuernd auf andere wirkt, ähnlich wie die ökonomischen Errungenschaften in Rußland die Kraft der politischen Bewegung nicht schwächten, sondern stärkten.

Im 3. Artikel erklärt Pannetier, daß es sich indes in der gegenwärtigen Situation nicht um die Anwendung des Zwangsstreiks zur Erringung der Staatsgewalt handelt, sondern bloß um die Frage des Demonstrationsstreikes, und daß die Diskussion fehlgehen müsse, wenn Kautsky die Absicht derjenigen, die in der heutigen Situation eine politische Streikbewegung für nützlich erachteten, dahin entstelle, als wollten sie eine Kraftprobe, eine Entscheidungsschlacht, eine „Niederwerfungstaktik“ vom Zaune brechen. Solche Demonstrationsstreiks mühten sich von selbst aus dem Fortgang der Bewegung ergeben; denn wenn wichtige politische Entscheidungen fielen, und es auf Tag und Stunde ankomme, dann könne das Proletariat mit der Antwort nicht mehr bis zum nächsten Sonntag warten, sondern müsse die Arbeit verlassen und sofort am Wochentag demonstrieren. Da solche Streiks bloß Demonstrationen seien, könnten sie nicht in dem Sinne fehlschlagen, daß sie nichts erreichten; denn sie wollten nichts erzwingen. Auch sei es ausgeschlossen, daß die Massen der Parole nicht folgen würden, denn sie werde nur gegeben, wenn die Massen selbst dazu drängen. Kautsky begründe seinen Hinweis, daß die Massen verlagern könnten, gar nicht, während die unmittelbare Erfahrung zeige, daß die Arbeitermassen von der größten Begeisterung und starkem Latendrang erfüllt seien und alles auf schärfere Kampfmittel dränge. Ueberhaupt gehe Kautsky über die unmittelbare praktische Frage, ob es notwendig, nützlich oder schädlich sei, die Bewegung durch Demonstrationsstreiks zu steigern, mit Stillschweigen hinweg, und wende sich, an die Worte der Genossin Luxemburg anknüpfend, daß eine solche Aktion sich stetig steigern müsse, ausschließlich gegen den Zwangsstreik, um den es sich gar nicht handele. Wegen die Demonstrationsstreiks führe er nur an, daß sich aus ihnen schwere Kämpfe entwickeln könnten, eine revolutionäre Situation daraus entstehen könne, zu der das Proletariat noch nicht gerüstet sei und worin es eine schwere Niederlage erleiden könnte. Die Furcht vor schwereren Kämpfen sei aber noch nie ein Grund für das Proletariat gewesen, nicht vorwärts zu dringen. Einen Angriff zu unterlassen, weil man sich dann später vielleicht zu weit vorwagen würde, wäre eine übervorsichtige Taktik. Damit hätte man früher auch die Straßendemonstrationen bekämpfen können, weil sie viel leicht zu Demonstrationsstreiks usw. führen würden. Wenn der Demonstrationsstreik einen vorwärts bringe, so müsse man ihn anwenden; was man nachher, in neuen Situationen mache, darüber werde sich dann nach den gegebenen Verhältnissen entscheiden lassen. Die Furcht, es könne eine revolutionäre Situation entstehen, würde für kämpfende Proletariat doch eine sehr sonderbare Gemütsverfassung sein. Wenn etwa ein Krieg ausbräche und eine revolutionäre Situation schaffe, dann müsse das Proletariat einfach den Kampf aufnehmen; wenn diese Situation durch innere Ereignisse hervorgerufen werde, so sei es doch ebensogut und werde dieselben Folgen mit sich bringen. An Organisation, Disziplin, politischer Reife und klarer Einsicht fehle es dem Proletariat nicht, was fehle sei die „revolutionäre Situation“. Diese bestie darin, daß die bisher gleichgültigen Massen aufgerüttelt werden, daß Energie, Tatkraft, Wagemut emporkommen, daß die Autorität der Regierung schwand, daß die Massen sich aus der Beugung der Regierungsgewalt noch immer ausübte, lothreihen, sich ihrer eigenen Kraft bewußt werden und alle Kräfte der Furcht, der Sorge und der Gleichgültigkeit von sich werfen. Der Artikel schließt:

... Sollte sich . . . aus der Steigerung der Aktion der Arbeiter zu Demonstrationsstreiks eine immer gewaltigere Streikbewegung und schließlich eine revolutionäre Situation ergeben, so kann das für das Proletariat keinen Grund abgeben, eine solche Entwicklung zu fürchten und sich dadurch von Aktionen abhalten zu lassen, die es im anderen Falle jetzt seinem Interesse entsprechend beurteilen würde. Umgekehrt: wenn es voraussetzt, daß seine Aktion eine revolutionäre Situation herbeiführen könnte, daß sie jedenfalls die Massen organisiert und mit Kampfesmut und Energie befehle, so wäre das ein weiterer Grund, solchen Aktionen nicht aus dem Wege zu gehen, sondern sie mit Begeisterung aufzunehmen.

Nächst Rubens ist van Dyk am stärksten vertreten: mit 85 Werken. Darunter zwei Kreuzabnahmen aus den Kirchen von Termonde und Gent, das Porträt der Marquise Spinola aus Londoner Privatbesitz, das Porträt der Malerfamilie Snyder (aus Petersburg) die Rympe im Bad (aus Berlin), verschiedene Gemälde aus dem Wiener Hofmuseum, das Doppelporträt Rubens — von Dyk aus Pariser Privatbesitz u. a. m. Teniers ist mit 88 Werken vertreten; von Snyder und seinem Antwerpener Landsmann Blyt sieht man Stillleben und Tierstücke. Auch die „kleineren“ Meister der Zeit sind gut repräsentiert. Man findet außer Crayer und Prouwer einige Dreughel und Porträts der drei Vos, darunter ungemünzte schöne Privatbesitz.

Die Säle wie die Interieurs aus dem XVII. Jahrhundert sind fast stilvoll eingerichtet. Der Parterrefoyer und die Wände im ersten Stock prangen in Schmutz edler, fast verblühter Riesengobelins der Zeit. Werke der Meister von Tournai, Valenciennes usw., die wieder Rubens und Jordans und von Dyk vorzaubern, nach deren Gemälden sie angefertigt sind. Die Ausstellung der belgischen Kunst aus dem XVII. Jahrhundert darf als Krönung des Weltausstellungswerkes gelten!

Theater.

Deutsches Theater (Sommergastspiel): „Dorotheas Rettung“, Schauspiel von Alfred Sütro. Das Stück des englischen Verfassers ist weniger schlimm, als die in Sardou'scher Manier erkügelten, bis zur Väterlichkeit unmöglichen Voraussetzungen, auf denen es sich aufbaut. Mit Dorothea, eine sechszwanzigjährige, also den Unzurechnungsfähigkeiten des Vorklassikers lang entwachsene Dame, begeißtet sich an dem Gedanken, ihren Bruder zu retten. Der sonst sehr nette und anständige junge Mann hat seiner Firma nämlich sechzigtausend Mark unterschlagen und muß nach der Rückkehr zurückschauen, des Obergerichters, auf dessen Konto er das Geld gebucht, die Entdeckung fürchtet. Dorotheas Versuch, ihrem beschuldigten bisherigen Verlobten die Summe abzuborgen, schlägt fehl, also reißt sie nach St. Moritz, wo Zursfeld seine Ferien zubringt, um den betreffenden Herrn blind in sich verliebt zu machen. Nicht etwa, weil sie ihn dann um die Summe bitten will. Dem zart besaiteten Gemüt erscheint das offenbar als nicht genügend deiligt. Hingegen rechnet sie darauf und hält es für ganz natürlich, daß der von ihrer Kofetterie Gelaperte aus lauter Liebe bei der Revision ein Auge zu brücken und so den Chef beschuldigen wird. Dabei ist Dorothea nach den ihr in dem Stücke ausgestellten Attributen beileibe keine hysterisch pathologische Person, noch eine gefühllos erobersüchtige Eule, sondern im letzten Grund ein liebes, herzliches Geschöpf, das nur aus überschwenglich schweftlicher Zärtlichkeit gelegentlich strauchelte.

Indes die Ausnutzung der in der Motivierung total verfehlten Situation ist nicht ohne lächerliche Gefährlichkeit, ja läßt hier und da auch wärmere Töne der Empfindung anklingen. Die Gutmütigkeit, mit der der Autor darauf achtet, daß keiner seiner Leute Schaden nimmt, hat etwas Rührendes. Zursfeld, der in Dorothea

Der vierte beginnt:

„Der Hauptgrund, den Kautsky gegen die Anwendung des Streiks anführt, liegt in den Reichstagswahlen des nächsten Jahres. Hier liegt auch die wirkliche tiefste Ursache, die weite Streife, namentlich unter den führenden Genossen, einer Streikbewegung abgeneigt macht. Erhiens versprechen sie sich dann einen großen Sieg, eine Abrechnung, die uns gefahrlos einen großen Gewinn bringen wird und jede andere Aktion jetzt überflüssig macht. Zweitens fürchten sie, daß dieser Gewinn durch eine jetzt ausbrechende Streikbewegung gefährdet und in Frage gestellt werden wird.“

Pannetier gibt dann zu, daß die nächsten Reichstagswahlen der Sozialdemokratie einen großen Erfolg bringen und für die Gegner ein gewaltiges Strafgericht bedeuten werden. Aber nach dem Siege werde die Sozialdemokratie immer noch eine einflußlose Minorität sein. Die „betroffenen“ bürgerlichen Parteien würden sich gegen die Sozialdemokratie zusammenschließen und verhindern, daß die Sozialdemokratie auch nur den geringsten Schein unmittelbaren Einflusses bekomme, wenn sie natürlich auch mittelbar die ganze Politik beherrsche. Wenn man den Wahlsieg nicht als das ansehe, was er wirklich sei, nämlich eine weitere Etappe auf dem Wege der steigenden Organisation und Bewußtwerdens, der fortschreitenden Schulung und Sammlung des Proletariats, sondern ihn an seinen unmittelbaren Resultaten und Erfolgen messe, dann sei er einfach eine Tonne für Walfische. Das Reichstagswahlrecht wirke heute wie ein Sicherheitsventil, durch das sich die Empörung der Massen entladen könne, ohne den Herrschenden dabei unmittelbaren Schaden zuzufügen. Bei der heutigen Wahlkreisverteilung sei die Erringung der Mehrheit der Mandate ausgeschlossen, auch wenn wir die Mehrheit der Stimmen bekämen. Damit sei ausgeschlossen, daß wir je imstande seien, auf rein parlamentarischem Wege eine wirkliche Bestrafung der Feinde vorzunehmen. Um wirklich entscheidende Vorteile zu erringen, wirklich Abrechnung zu halten, müsse auf die außerparlamentarischen Nachmittel zurückgegriffen werden: auf Demonstrationen und Streiks. Der in Aussicht gestellte Wahlsieg des nächsten Jahres könne also keine entscheidende Bedeutung haben.

Kautsky denke darüber kaum anders; er suche deshalb die Bedeutung der Wahlen darin, daß die herrschenden Klassen durch unseren Sieg so erschreckt würden, daß sie zum Staatsstreik greifen, das Reichstagswahlrecht aufheben würden. Dann sei die revolutionäre Situation da, dann würden die Massen durch Massenstreiks die herrschende Klasse zwingen, davon abzulassen oder sie in einer Entscheidungsschlacht niederzuwerfen.

Das heiße: jetzt nicht angreifen, denn wir seien für einen Entscheidungsschlacht zu schwach, sondern warten, bis wir angegriffen würden. Seien wir dann auf einmal nicht mehr zu schwach? Niemals in der Offensive, immer in der Defensive, das sei die neue und empfohlene taktische Parole. Möglich sei es, daß sich die Entwicklung so abspielen werde, wenn nämlich die Massen nicht in Bewegung kommen wollten, so daß sie erst der Staatsstreik von oben in Bewegung bringen müsse. Aber etwas anderes sei, daß als taktische Methode zu empfehlen und gerade dann, wenn die Massen angreifen vorgehen wollten. Darauf fährt B. fort:

„Wie aber, wenn der Staatsstreik ausbleibt? Kautsky stellt die Alternative: entweder Konzessionen an das Proletariat oder ein Staatsstreik; aber es besteht noch ein drittes, das die größte Wahrscheinlichkeit für sich hat: daß einfach nichts geschieht, daß in der üblichen reaktionären Weise fortgenurrt wird. Die Junker mügen noch so dumm sein, sie wissen so gut wie wir, daß unter dem heutigen Reichstagswahlrecht die Sozialdemokratie nie die Mehrheit bekommen wird. Unser Wachstum wird vor allem die Liberalen und vielleicht das Zentrum, aber am allerwenigsten die Junkerklasse gefährden. Deshalb sollen sie sich dann in die Gefahren eines Staatsstreiks stürzen? Wollen sie förmlichweise das Proletariat zu einer Revolution provozieren und dazu den Staatsstreik inszenieren, so können sie auch jetzt einen Vorwand finden, und haben sie dazu das Resultat der nächsten Reichstagswahlen nicht nötig. Wer von unserer Seite nicht eine angreifende revolutionäre Bewegung wünscht, sondern auf eine Revolution auf Umwegen rechnet, die uns augenblicklich werden soll, der gerät in die größte Gefahr, sich zu verrechnen, indem sie ausbleibt. Es will uns scheinen, daß dies für uns auch viel besser ist. Gehen wir angreifend vor, wie bisher, werfen wir den Feind immer mehr auf seinen Positionen zurück, so wird diese offensive Kriegstaktik wahrscheinlich wirksamer sein und weniger Opfer kosten, als wenn wir uns in die Defensive drängen lassen. Der Angriff ist immer die beste Verteidigung, und so wird der fortgesetzte energische Angriff

Kleines feuilleton.

Die belgische Kunst im XVII. Jahrhundert.

Aus Brüssel wird uns geschrieben:

Wenn auch die Weltausstellung wie jede andere mehr der Realität des Geistes als den Idealen der Kunst zu dienen hat, muß man doch anerkennen, daß sie auch auf diesem Gebiet genug Bemerkenswertes bringt. Der Kunstfreund, dem es vergönnt ist, nur die von der Regierung veranstaltete Ausstellung von Gemälden des XVII. Jahrhunderts zu sehen, wird sich durch diese allein schon überreich belohnt finden.

Die Ausstellung ist ziemlich weit von der Weltausstellung selbst entfernt. Sie ist in dem freundlichen, von Grün durchzogenen Quartier du Cinqcentenaire in einem Neubau des dortigen Ausstellungspalais untergebracht. Aus allen großen Museen Europas wie aus dem Privatbesitz verschiedenster Städte sind hier die Meisterwerke der belgischen Kunst des XVII. Jahrhunderts vereinigt. Alles und alle überstrahlt die Sonne „Rubens“. 110 Gemälde sind von ihm da — darunter eines der herrlichsten und sicher das ergreifendste seiner Selbstbildnisse, das aus dem Wiener Museum, das ihn im schwelgerischen Lebensjahre, wohl ohne das Siegel seiner Jugend zeigt, das aber durch den von Leiden und Lebensstürmen und Arbeit zugehenden Ausdruck die anderen Porträts an Tiefe übertrifft. Auch eine Reihe von berühmten Altargemälden, die sonst im Weichrauch und Dunkel belgischer Kirchen schlummern, sind in den Ausstellungssaal gewandert, so aus der „Kotte Dame“ in Mecheln der „Wunderbare Fischzug“, ein richtiger farbenleuchtender, lebenauffender Rubens; von eben dort, aus der Kirche St. Jean, die wunderbare und viel bewunderte „Anbetung der Weisen“ und aus Mops in Flandern „St. Rochus unter den Pestkranken“. Aus einer Kirche stammt gleichfalls die grandiose „Hochzeit der heiligen Katharina“. Weitere Werke der religiösen Malerei sind aus den Museen von Lille und Valenciennes, sowie von Aassel, Gotsa, Wien usw. und vielfach aus Privatbesitz aus aller Herren Länder da. Die Werke helfen den Eindruck von der einzigartig genialen Fruchtbarkeit dieses Künstlers noch erweitern.

Ein Stern zweiter Größe, aber noch immer von schönem Glanze ist der Antwerpener Jordans, der wie kein anderer die köstliche Frische, die Ungebundenheit, die singende Lebensfreudigkeit des Blümenvolles gemalt hat. Wie leuchten und lachen sie von den Wänden, diese übermütigen, trinkenden Könige, diese Frauen mit den strahlenden Augen, den quellenden Brüsten, den frech-lustigen Mienen. Nicht weniger als drei Darstellungen seines Lieblings-themas: „Der König trinkt“ sind auf der Ausstellung.

Ferner gibt es von ihm dort etliche Variationen von dem nicht minder kraft- und sativoll hingeworfenen: „Satyr und Bauer“, ferner ein wunderbares „Mortuorum der heiligen Apollonia“ und andere Offenbarungen dieses blümlischen Kraftgenies.

das Ideal weiblicher Schönheit und Tugend bewundert, erklärt, sobald er durch die verspätete Beichte des Bruders von der Unterschlagung hört, daß er aus seinen Ersparnissen das Bestehende begleichen werde, nur dürfe Dorothea nichts davon erfahren. Er übertrumpft sich andauernd in Edelmut. Herr Hartau versteht es, diesem kindlich gläubigen Verbrecher eine sehr sympathische persönliche Note zu geben. Das strahlende Hoffnungsglück, die mühsam gebändigte Empörung, als ihm ein Zufall Dorotheas ursprünglichen Plan verrät, die tiefe Depression in seinem Junggefellensein vor dem letzten, alles zum Guten wendenden Theatercoup, lam in schlicht lebendiger Ueberzeugungskraft heraus. Ellen Reustädter setzte ihre bedeutende Kraft in der wenig dankbaren Rolle der Titelfeldin ein. Die Episodenfigur des schrillenhaften alten Chefs und eingetragenen Junggefellens fand in Herrn Herzfeld einen trefflichen Vertreter. Die Aufnahme war freundlich.

Humor und Satire.

Normonen.

Zwanzig Stück — igit, igit —
 Kommen (männlich größtentells)
 Nach Berlin aus Saitlale Litt,
 Predigten das Wort des Heils!
 Ahnten wohl die hiesigen Normen,
 Als der Geist sie sprechwärts trieb,
 Denn Berlin war längst ein Boden
 Für ihr frommes Grundprinzip.
 Doch man nahm sie am Schlafritzen,
 Hemmte das Bekehrungswerk,
 Schickte sie nach Saitlale Litt-chen
 Heimwärts von dem Syree-Begärt.
 Unermüet kam es diesen,
 Wuhnten kaum, wie das geschah . . .
 Zwanzig hat man ausgehiesen —
 Aber viele sind noch da.

(Gottlieb im „Tag“.)

Notizen.

— Zepelin im Eise. Die Studienfahrt der arktischen Zepelingeellschaft nach Spitzbergen, die die zu später geplanten Luftschiffexperimente im hohen Norden vorbereiten sollte, scheint ergebnislos verlaufen zu sein. (Sie ist von Kennen der Arktis von vornherein für eine alademische Spitzfahrt erklärt worden.) Nach Meldungen des in Tromsø (Norwegen) eingetroffenen Torpedobootes „Carman“, das die beiden Expeditionsschiffe in der Grofshav aufsuchte, war das Vordringen durch das Eis erschwert. Die Fahrt nach Grönland ist aufgegeben. Einen Ankerplatz für Luftschiffe hat Zepelin auch nicht gefunden. Die Expedition wird bereits im August zurückkehren. — Die Hergesellen werden die mangelnden Erfolge sicherlich durch verstärkte Reklams für das nationale Unternehmen ersetzen.

auf das Preußenhaus auch der beste Schutz des Reichstagswahlrechts sein."

Endlich sagt B. zu der Anschauung, daß eine Massenstreikbewegung die Erfolge, die uns bei den Wahlen winken, gefährden würde, daß sie allerdings die Kleinbürger abstoßen würde, daß dagegen große Arbeitermassen, die bis jetzt bei den Wahlen, durch starke religiöse oder ideologische Bande gebunden, unsere Gegner wählten, sich bei einer so unruhig-proletarischen Aktion wie einem Massenstreik, durch ihr proletarisches Empfinden leiten lassen, sich an unserem Kampfe beteiligen und damit auch für später gewonnen werden würden.

Der Artikel schließt dann:

„Wer darauf geredet hat, diese Kleinbürgerlichen Scharen bis zu den nächsten Wahlen festzuhalten, um mit ihnen die feindlichen Parteien aufs Haupt zu schlagen, der muß gegen jeden Versuch eines Massenstreiks sein, denn dadurch könnten diese Wähler versucht werden. Das ist, glauben wir, auch der realste Kern des Widerstandes, den der Gedanke des Massenstreiks unter den führenden Politikern findet. Nun ist es schon fraglich, ob sie recht haben, ob wir an Arbeitern nicht gleich viel gewinnen, als wir an Kleinbürgern verlieren. Aber hier liegt jedenfalls die Frage, um die es sich handelt bei der Wahl der Taktik, und nicht in solchen Argumenten, wie z. B. denen, daß die Arbeiter bei einem Massenstreik eine Niederlage erleiden könnten, die sie entmutigen wird, oder daß sie gezwungen wären, gegen ihren eigenen Willen weiterzugehen, als mit Aussicht auf Erfolg möglich ist.“

Wer der Meinung ist, daß die Kraft der politischen Umgestaltung nur bei dem organisierten Proletariat liegt, und daß die schwankende Kleinbürgerliche Masse dabei bedeutungslos ist, für den kann die Wahl nicht zweifelhaft sein. In der Organisation, der Schulung, der Kampfbereitschaft, möglichst großer Proletariermassen liegt allein unsere Zukunft; an sie muß man auch nach den glänzenden Wahlsiegen immer wieder appellieren. Alle Kleinbürgerlichen Wähler helfen dabei nichts. Daher vor allem darf man der noch so glänzenden Aussicht auf einen großen Wahlsieg nicht eine Aktion opfern, die vor allem das Kraftbewußtsein, die Geschlossenheit und die revolutionäre Erfahrung der organisierten Arbeitermassen fördern würde.“

Der Kreiswahlverein für Niederbarnim

hielt seine Generalversammlung am Sonntag im Café Bellevue in Kummelsburg ab. Anwesend waren 85 Delegierte, 24 Bezirksleiter, 18 Vorstandsmitglieder, 1 Vertreter des Zentralvorstandes. Als erster Punkt stand auf der Tagesordnung der

Tätigkeitsbericht des Vorstandes.

Der Kreisvorsitzende B. H. H. bezog sich in seiner Berichterstattung im wesentlichen auf den gedruckt vorliegenden Bericht, dem wir folgende Angaben entnehmen. Der Bericht erstreckt sich auf die Zeit vom 1. Januar 1900 bis 30. Juni 1910. Infolge lebhafter Werbe- und Aufklärungsarbeit hat die Organisation sowie die Verbreitung der Parteipresse einen unerkennbaren Aufschwung genommen. Durch das Anwachsen und den inneren Ausbau der Organisation steigerte sich natürlich die Tätigkeit der Bezirksleitungen und der Kreisleitung. Es wurden abgehalten 31 Vorstandssitzungen, 18 Kreis-Konferenzen, 7 Generalversammlungen des Kreises, 8 Frauen-Konferenzen, 2 Sitzungen der Kolonialkommission, 8 Konferenzen der Obmänner der Landagitationskommission, 1 Gemeindevertreter-Konferenz, an welcher 93 Stadt- und Gemeindevorordnete aus 35 Orten teilnahmen. — Das Parteisekretariat des Kreises wurde am 1. Juli 1909 eröffnet. Jetzt, nach einjähriger Tätigkeit des Bureau kann konstatiert werden, daß die Agitations- und Organisationsarbeit von den Funktionären des Kreises reger unterstützt worden ist und die Verbindungen im Kreise gefestigt und vermehrt wurden. Wenn auch nicht alle an das Sekretariat und den Kreisvorstand gerichteten berechtigten Wünsche erfüllt werden konnten, so steht doch zu erwarten, daß durch ein ferneres, einheitliches Zusammenarbeiten der Bezirks- und Ortsfunktionäre mit der Kreisleitung das gewonnene Terrain zu behaupten und zu erweitern. Der unerkennbare Aufschwung und die Festigung der Parteioorganisation ist neben der eifrigen Agitationsarbeit aller Genossen auch vor allem der Geschlossenheit der Gesamtorganisation zu danken. Die Mitgliederzahl am 1. Januar 1900 betrug 11 105 (10 059 männliche, 1046 weibliche). Aufgenommen sind 6666, abgegangen 3918. Der Bestand am 30. Juni 1910 betrug 12 888 Mitglieder (11 262 männliche, 1626 weibliche). Die Steigerung der Mitgliederzahl beträgt 18 Prozent, nach Berechnung der verlaufenen Vertragsmarken sogar 18 Prozent. An der Zunahme sind alle Bezirke des Kreises beteiligt.

Der Abonnentenstand der Parteipresse hat ebenfalls eine Steigerung erfahren. Die Zahl der „Vorwärts“-Leser stieg von 12 968 auf 15 798, die der „Brandenburger Zeitung“ von 134 auf 157. Die „Gleichheit“ wird in 601, die „Rene Zeit“ in 158, „Wahrer Jakob“, „Postillon“, „Freie Stunden“, „Arbeiterjugend“ zusammen in 3470 Exemplaren abonniert.

Der Agitation dienen 18 öffentliche Frauenversammlungen. Die Agitation für den „Vorwärts“ und den Wahlverein durch Verbreitung einer Sonderausgabe des „Vorwärts“ hatte in fast allen Orten guten Erfolg. Es wurden 788 „Vorwärts“-Abonnenten und 892 Mitglieder gewonnen. — In der Berichtszeit fanden 281 öffentliche und 313 Mitgliederversammlungen statt. 1 137 000 Flugblätter wurden verbreitet. Auf dem Lande verbreitet: Die „Fackel“ in 102 722, der Kalender „Märzlicher Landbote“ in 21 225 und ein polnischer Kalender in 2000 Exemplaren. Von 20 Bezirken wurden 264 Agitationssturen veranstaltet.

Die Stadtverordneten- und Gemeindevorwahlen, die im November 1909 und im März 1910 stattfanden, brachten in drei Städten und 42 Ortschaften eine Beteiligung unserer Genossen durch Aufstellung eigener Kandidaten. Die Zahl der im ganzen Kreise abgegebenen Stimmen stieg von 9804 auf 17 506 und die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevorwähler stieg von 102 auf 132.

Die Jugendbewegung im Kreise hat gute Fortschritte gemacht. In 16 Bezirken bestehen Jugendbildungsvereine. Jugendheime sind errichtet in Tegel, Oberschöneweide, Kummelsburg und Friedrichshagen. In Lichtenberg soll im Oktober ein Jugendheim eröffnet werden.

Dem Bildungsweesen konnte im letzten Jahre leider nicht die notwendige Aufmerksamkeit und Förderung zuteil werden, wie es in ruhigen Zeiten möglich gewesen wäre. Es bestehen im Kreise fünf Bildungsausschüsse. In Orten, wo solche nicht bestehen, werden die Bildungsbestrebungen durch Vortragskurse usw. gepflegt. Im Kreise sind 24 Bibliotheken mit 5865 Bänden vorhanden.

Die Zahl der freien Lokale hat sich trotz der Schwierigkeiten in der Lokalklage nicht verschlechtert. Den Genossen stehen in 16 Orten alle Lokale und in 89 Orten 126 Lokale zur Verfügung.

Einer Fülle von politischen und gerichtlichen Verfolgungen war die Partei und ihre Mitglieder auch im vergangenen Jahre ausgesetzt. Das muß den Genossen ein Ansporn sein, dem Druck von oben den nötigen Widerstand von unten entgegenzusetzen und in der Werbe- und Aufklärungsarbeit nicht zu erlahmen.

Rassenbericht

erhielt der Parteisekretär B. H. H. Die Einnahme betrug 60 527,77 M., die Ausgabe 44 120,09 M., der verbleibende Bestand 6407,75 M. An die Verbandskasse wurden 20 427 M. abgeführt. Extrabeiträge an den Verband konnten nicht geleistet werden, da der Kreis erhebliche Ausgaben für die Landagitation hatte. Es wurden für diesen Zweck rund 7000 M. ausgegeben. Der Redner bemerkte unter anderem, der Kreis Niederbarnim habe von allen Kreisen Groß-Berlins die größten Fortschritte gemacht. Die Genossen müßten darauf bedacht sein, nicht nur neue Mitglieder zu werden, sondern auch die gewonnenen zu erhalten.

Diskussion

wurden wesentliche Ausführungen an der Tätigkeit des Vorstandes nicht erhoben. Der Spizierer wurde entlassen. Dann wurden folgende

Wahlen zur Kreisleitung vollzogen: 1. Vorsitzender B. H. H., 2. Vorsitzender Seidel, 3. Vorsitzender Schriffführer Lorenz, Revident, Revisor Berger, Kummelsburg, Revisorin Krenndorf, Revisorin Tegel, Revisorin Teuber, Revisorin Krenndorf, Revisorin Tegel, Wächter, Kummelsburg, Kolonialkommission Elias, Lichtenberg.

In den Verbandsvorstand wurden gewählt: B. H. H., Lichtenberg (Aktionsausführer), B. H. H., Lichtenberg (Aspirant), Schmidt-Panlow (Pressekommission), Jakobson (Oberstabsweibe (Agitationskommission), Wessel-Stralau (Revisor).

Ferner wurden gewählt: In den Ausschuss der Gemeindevorwähler D. W. L. Lichtenberg, Müller, Kummelsburg, Taubmann, Weihensee. — In den Jugendausschuss Koppenhagen, Lichtenberg.

Nach einem kurzen Referat des Genossen Jakobson über die bevorstehende

Provinzialkonferenz

wurden als Delegierte zu derselben die Genossen Neumann-Französisch-Buchholz, Müller, Karlshorst und Jünemann-Kummelsburg gewählt.

Hierauf nahm die Versammlung

Stellung zum Parteitag.

In seinem einleitenden Referat kam Genosse Stadthagen auch auf die badische Angelegenheit zu sprechen.

In die uns so günstige Situation ist diese Angelegenheit, die mühevolle aufopfernde Arbeit unserer Genossen störend, wie eine Stinkbombe gefallen. Ich gehe nicht darauf ein, daß es für einen Sozialdemokraten nach dem Parteitagbeschlusse selbstverständlich ist, den Etat einer Regierung, die die Regierung eines Klassenstaates ist, abzulehnen. Hier handelt es sich lediglich darum, daß die badischen Genossen einen schweren Disziplinbruch begangen haben. Die Erklärung der 66 auf dem Nürnberger Parteitag kann man als den Ausfluß einer augenblicklichen Erregung ansehen. Davon kann aber bei dem Vorgehen in Baden keine Rede sein. Hier liegt ein bewußter Disziplinbruch, eine bewußte Provokation der Partei vor. — Aus der vor der Abstimmung abgegebenen Erklärung des Genossen Frank sowie den zur Sache gemachten Bemerkungen der badischen Parteipresse wies der Redner nach, daß auch in Baden von einer Anerkennung der Sozialdemokratie durch die Regierung keine Rede sein könne. Ja, selbst aus dem, was zur Rechtfertigung der badischen Fraktion angeführt wurde, gehe deutlich hervor, daß der Minister v. Bodman die Gleichberechtigung der Sozialdemokratie nicht anerkennt. Ein solches Verhalten, wo man sich schlagen läßt und dann die Hand küßt, von der man geschlagen wurde, mag hündisch sein, sozialdemokratisch ist es nicht. Eine schlimmere Provokation der Gesamtpartei kann es nicht geben, als die Ablehnung des Budgets, die der Parteitagbeschlusse verlangt, als eine bloße Demonstration zu bezeichnen und die Zustimmung zum Budget in der Art zu rechtfertigen, wie dies im Landtag geschehen ist. Wenn man glaubt, nicht so stimmen zu können, wie es der Parteitag jedem Genossen zur Pflicht gemacht hat, dann sollte man doch den Mut haben, zu erklären: „Ich lege mein Mandat nieder“, nicht aber meinen, zur Verletzung eines Parteitagbeschlusses gehöre Mut. — Es fragt sich nun, was wir angesichts der badischen Angelegenheit zu tun haben. Es ist das keine speziell badische Frage, sondern eine die Gesamtpartei angehende. Es gibt nur eine Gesamtpartei in ganz Deutschland, von der die badischen Genossen nur ein Teil sind. Baden hat etwas über 2 Millionen Einwohner. 1907 waren 446 817 Wahlberechtigte vorhanden. Von 896 106 abgegebenen Stimmen fielen 93 886 unserer Partei zu. Die Zahl der organisierten Parteigenossen in Baden beträgt nach dem Protokoll vom Vorjahre 13 481. Ich gebe zu, daß dort Verhältnisse herrschen, welche die Organisation schwerer machen als anderswo. Der Wahlkreis Niederbarnim hat über 12 000 Mitglieder, andere Kreise von Groß-Berlin haben die doppelte Zahl. Mit welchem Recht wollen die badischen Genossen eine Sonderstellung in der Partei einnehmen?

Es ist hier eine Resolution des Zentralvorstandes von Groß-Berlin vorgelegt worden. Sie lautet:

„Der Nürnberger Parteitag hat sowohl in prinzipieller als auch in taktischer Beziehung die Richtlinien bestimmt, welche in der Budgetfrage für alle Parteigenossen Deutschlands maßgebend sind. Der Grundfehler der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung und die Vorbedingungen zu ihren Erfolgen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet ist die freiwillige Unterordnung jedes einzelnen Mitgliedes unter Beschlüsse der höchsten Instanz ihrer Organisation. Deshalb müssen wir bei aller Meinungsfreiheit innerhalb der Partei verlangen, daß jedes Parteimitglied geltende Parteitagbeschlüsse unter allen Umständen hochhält.“

Die Berliner Parteigenossen bedauern die Zustimmung der badischen Landtagsfraktion zum Budget, ein Beschluß, welcher eine Lockerung der notwendigen Disziplin und eine arge Schädigung der Einheitslichkeit der Partei bedeutet. Sie mißbilligen daher die Budgetbewilligung und den Disziplinbruch der Mehrheit der badischen Landtagsfraktion auf das allerhöchste.

Die Parteigenossen Groß-Berlins verurteilen weiter die Teilnahme der badischen Landtagsfraktion an höfischen Kundgebungen, welche geeignet ist, den republikanischen Charakter der Partei zu verhallen und das demokratische Gefühl der Genossen zu empören.

Die Groß-Berliner Parteigenossenschaft erwartet vom Magdeburger Parteitag, daß er Vorkehrungen trifft, um in Zukunft Parteitagbeschlüssen unter allen Umständen Geltung zu verschaffen.“

Der letzte Satz dieser Resolution sagt gar nichts. Er läßt uns völlig im Unklaren darüber, was gegenüber dem offensichtlichen Disziplinbruch geschehen soll. Es liegen nur noch zwei Resolutionen aus unserem Kreise vor, welche scharf aussprechen, daß sich das Verhalten der badischen Genossen mit der Parteidisziplin nicht verträgt. Die Resolution von Kummelsburg sagt, daß sich die badischen Genossen durch Verstoß gegen den Nürnberger Parteitagbeschlusse schon tatsächlich außerhalb der Partei stellen und fordert deshalb, daß sie auch formell ausgeschlossen werden. Die Resolution von Panlow fordert, der Parteitag solle mit aller Schärfe zum Ausdruck bringen, daß die schweren Verfehlungen der badischen Abgeordneten gegen Parteitagbeschlüsse, Parteitaggrundzüge und Parteitagtraditionen mit der Verletzung der höchsten Vertrauensämter in der Partei unvereinbar sind. — Ich habe eine Resolution entworfen, welche das Wesentliche aus der Groß-Berliner und der Panlower Resolution zusammenfaßt und ausspricht, wie das Verhältnis der badischen Genossen zu beurteilen ist. Diese Resolution, deren Annahme ich empfehle, lautet:

Die Zustimmung der Mehrheit der badischen sozialdemokratischen Landtagsfraktion zum Budget und die Motivierung dieser Zustimmung ist ein schwerer Verstoß gegen den auf dem Parteitag zu Nürnberg gefassten Parteitagbeschlusse. Die Teilnahme eines Teils der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten an höfischen Kundgebungen ist geeignet, den republikanischen Charakter der Partei zu verhallen und das demokratische Gefühl der Genossen zu empören.

Die Generalversammlung beauftragt deshalb bei dem Parteitag:

zum Ausdruck zu bringen, daß der die Parteibewegung schwer schädigende Disziplinbruch und die offenen Provokationen der Gesamtpartei durch die Mehrheit der badischen Landtagsfraktion insbesondere mit der Verletzung der höchsten Vertrauensämter in der Partei unvereinbar ist.

Wenn wir einen Beschluß fassen, dann müssen wir uns sprechen, was ist, aber nicht wie die Rede um den heißen Brei herumgehen. Worauf es ankommt, ist: Soll für Genossen in Vertrauensämtern die Forderung nicht gelten, daß Disziplin, daß die Parteitagbeschlüsse zu beachten sind? Ich halte die Möglichkeit einer Verständigung mit den badischen Genossen auf dem Parteitage nicht für ausgeschlossen und wünsche eine Verständigung. Sie ist aber nur dann möglich, wenn die badischen Genossen ihr Unrecht offen geben und erklären, daß eine Wiederholung nicht vorkommen soll. Wollen sie das nicht, dann müssen sie erklären: Für und ist kein Platz mehr

in der Partei. Ich hoffe, daß es nicht dazu kommt, sondern daß die badischen Genossen eine Erklärung abgeben, die eine Verständigung ermöglicht. Der Parteitag muß diese Frage lösen und zeigen, daß wir nicht nur gegenüber den Gegnern, sondern auch gegenüber Verfehlern in den eigenen Reihen Männer sind. (Beifall.)

Hierauf wird die Diskussion eröffnet.

Schmidt-Panlow bezeichnet das Vorgehen in Baden als einen wohl vorbereiteten Vorstoß des Revisionismus. Es sei die Betätigung der Gedanken, welche Quessel und Paurenreder in den „Soz. Monatsheften“ vertreten haben, der Politik des Großblods. Wenn nicht gegen die badischen Genossen eingeschritten werde, dann werde der Revisionismus einen Erfolg erlangen und Bresche in die Partei legen. Dem müsse vorgebeugt werden. Die Partei müsse hier vor einem Falle, der mit aller Entschiedenheit erwidert werden müsse. Wenn das auch nach außen hin Aussehen errege, so würden wir doch darüber hinwegkommen.

Brühl trat für die Resolution des Zentralvorstandes ein. Die Resolution Stadthagens sage ja auch nicht, was geschehen solle. Wenn man das sagen wolle, dann müsse man den Ausschluß der badischen Genossen verlangen. Aber wenn hinter ihnen die Revisionisten stehen, dann haben wir nicht nur mit den paar Genossen zu rechnen, die wir ausschließen. Wenn es im vorigen Jahre zur Kraftprobe gekommen wäre, dann würde es sehr fraglich gewesen sein, auf welcher Seite die Mehrheit der Parteigenossen gestanden hätte. Ich bitte, daß wir nur erklären, die Tat ist ein Disziplinbruch, der bestraft werden muß. In welcher Weise er zu bestrafen ist, das hat der Parteitag zu entscheiden. Nehmen Sie die Resolution des Zentralvorstandes an, damit ein einheitlicher Beschluß zustande kommt.

Witte-Kummelsburg: Gehen Sie konsequent vor. Nehmen Sie nicht die Resolution von Groß-Berlin, sondern die von Kummelsburg an, welche den Ausschluß fordert. Anders kann der Disziplinbruch nicht gesühnt werden.

Spizierer-Mann-Lichtenberg: Man muß in dieser Sache nicht nach dem Gefühl urteilen, sondern den Verstand sprechen lassen. Hier ist nicht einer anwesend, der mit dem Verhalten der badischen Fraktion einverstanden wäre. Wir alle beurteilen es ganz entschieden. Aber wir sind nicht hier, um ein Urteil über die betreffenden Genossen zu fällen, sondern um Anklage zu erheben. Hier liegt nun Disziplinbruch vor. Das hat nichts zu tun mit Revisionismus und Radikalismus. Diese Frage scheidet hier aus. Wir sind uns alle darüber klar, daß es in der Partei nicht zweierlei Recht geben kann. Die Handlung der badischen Genossen darf natürlich nicht, weil die Genossen hohe Vertrauensämter bekleiden, mit anderem Maß gemessen werden, wie Verfehle sonstiger Parteigenossen. Dem Genossen Stadthagen möchte ich zu bedenken geben, daß die schwache Organisation in Baden und die starke Organisation in Berlin doch mehr den Verhältnissen als wie den betreffenden Genossen anzuschreiben ist.

Jakobson-Oberschöneweide: Das Urteil über den Disziplinbruch müssen wir dem Parteitag überlassen. Was haben wir davon, wenn er den Ausschluß beschließen sollte? Dann würden sich alle Genossen, welche in Nürnberg die süddeutsche Richtung unterliefen, sich auf die Seite der Ausschließenen stellen und dann hätten wir die Spaltung der Partei. Durch einen Ausschluß würde das Kampffeld verschoben werden. Es würde sich dann nicht mehr allein um die Frage des Disziplinbruches handeln. Ich ersuche um Annahme der Resolution Groß-Berlin.

Liesegang: Wenn wir den Ausschluß verlangen, dann werden hinter den badischen Genossen nicht nur die Süddeutschen, sondern auch eine Menge Delegierte aus Norddeutschland stehen. Dann wird es sich nicht mehr um den Disziplinbruch handeln, sondern um Revisionismus und Radikalismus. Eine solche Verschiebung des Kampffeldes zu veranlassen, dazu haben wir keine Ursache. Wir wollen nicht den Ausschluß verlangen, ehe sich die badischen Genossen auf dem Parteitag rechtfertigen konnten. Nehmen Sie die Resolution von Groß-Berlin an.

Mirus: Ich wundere mich, daß Stadthagen aus seinen Ausführungen nicht die Konsequenz zog, die zur Empfindung der Kummelsburger Resolution führen muß. Es wäre besser gewesen, wenn der Nürnberger Parteitag einen Beschluß gefaßt hätte, der den Genossen in den Landtagen mehr Freiheit läßt. Es handelt sich nicht nur darum, zu konstatieren, daß ein Verstoß gegen den Nürnberger Beschluß begangen worden ist, sondern auch darum, ob ein Beschluß bestehen bleiben soll, der die Abgeordneten des Landtages in solcher Weise bindet. Wenn wir den Genossen in den Gemeindevorstellungen einen möglichst weiten Spielraum lassen, so muß das auch den Landtagsabgeordneten gegenüber geschehen, denn in den verschiedenen Einzelstaaten herrschen doch ganz verschiedene Verhältnisse. Unsere Genossen in Baden haben doch das Schulgesetz und die Gemeindevorwahlreform zu unseren Gunsten beeinflusst. Die Zustimmung zum Budget ist eine Zweckmäßigkeitfrage. Die sozialdemokratischen Grundzüge werden dadurch nicht verletzt. Ich ersuche, von der Annahme jeder Resolution abzusehen.

Schmidt-Stralau: Die Tatsache, daß für die Nürnberger Resolution 258, dagegen aber 119 Genossen stimmten, zeigt uns, daß die vorliegende Frage nicht leicht zu lösen ist. In der Budgetfrage bin ich derselben Meinung wie Mirus. Was den Disziplinbruch betrifft, so müssen wir uns fragen, ob wir uns solche spanischen Stiefeln, wie den Nürnberger Beschluß, anlegen lassen sollen. Was die Hofgängererei anbetrifft, so stehen ja die badischen Genossen nicht allein da. Vieles ist auch in anderen Bundesstaaten vorgekommen. Es sind ja schon manche Resolutionen umgangen worden. Der „Vorwärts“ hat die badische Angelegenheit im großen und ganzen sachlich behandelt. Er ist jetzt genehigter wie vor 3 bis 4 Jahren. Es ist unverständlich, daß der „Vorwärts“ die badischen Genossen als gelehrige Schüler Wilhelm II. hinstellt. Das sind sie nicht. Sie wissen, was sie wollen. Stadthagen hat ja kräftig losgeschlagen, aber er ist inkonsequent. Er predigte zum Schluß die Verständigung, die wir ja alle wollen. Wenn man sich aber verständigen will, dann darf man nicht so los schlagen.

Düwell: Vor der Rede des Genossen Mirus hätte man für alle drei Resolutionen stimmen können. Nachdem Mirus gesprochen hat, ist das nicht mehr möglich. Seine Rede hat bewiesen, daß versucht wird, den Boden des Streitpunktes zu verschieben. Jetzt muß ausdrücklich gesagt werden, worauf es ankommt. Nicht ein Strafgericht haben wir abzuhalten, auch nicht die Genossen, die nach ihrer Ueberzeugung gehandelt haben, zu rügen. Wir konstatieren, was ist. Wir müssen den badischen Genossen sagen: Was Ihr getan habt, das ist etwas, womit Ihr Euch außerhalb der Partei stellt. Es kommt hier nicht auf eine Entscheidung in der Budgetfrage an, sondern darauf, ob sich Parteigenossen auf den Standpunkt stellen dürfen: Wenn uns Parteitagbeschlüsse nicht passen, dann überreteln wir sie einfach.

Liepmann-Berlin (Vertreter des Zentralvorstandes): Die Genossen Mirus und Schmidt haben der Einheitslichkeit Berlins einen schlechten Dienst geleistet. Wir wollen aussprechen, daß es Sache des Parteitages ist, Mittel und Wege zu finden, um der Wiederholung solcher Verfehle gegen seine Beschlüsse vorzubeugen. Wir Berliner wollen nicht diejenige sein, auf die ein Schatten fällt, wenn etwa in der deutschen Sozialdemokratie eine Mainlinie gezogen werden sollte. Für die Beurteilung des Disziplinbruches werden wir eine große Mehrheit haben. Dann werden es sich die Genossen sehr überlegen, ob sie einen solchen Verstoß nochmals begehen sollen. Ein Ausschlußantrag würde viele auf die badische Seite treiben. Ich bitte um Annahme der Resolution Groß-Berlins — die auch am Dienstag allen Berliner Versammlungen vorgelegt wird — damit unsere Delegierten in Magdeburg sagen können: Alle unsere Genossen stehen hinter uns. Halten wir uns daran, daß der Disziplinbruch der badischen Fraktion scharf zu verurteilen ist, dann wird ein einheitlicher Beschluß des Parteitages zustande kommen und der Eindruck eines solchen Beschlusses wird eine moralische Wirkung haben, welche die Wiederkehr derartiger Verfehle verhindert.

Siebold-Waldmannstr. trat für die Resolution Stadthagen ein.

Darauf wurde ein Schlußantrag angenommen. Stadthagen vertrat im Schlußwort nochmals seinen Standpunkt. Zweifellos hat die badische Frage mit Radikalismus und Revisionismus nichts zu tun. Lediglich die Frage des Disziplinbruchs, nicht die der Nichtigkeit der Stellung zum Budget steht zur Frage. Auf gewerkschaftlicher Seite kann Disziplinbruch nicht gebildet werden. Zu erinnern ist an die Haltung des Parteitag in der Frage der Lokalorganisations. Soll in unseren Kreisen zweierlei Recht gelten? Eins für die Menge, ein anderes für die sogenannten Führer? Gewiß ist es richtig, daß nicht wir, sondern der Parteitag ein Urteil abzugeben hat. Er muß doch aber über die Meinung der Genossen informiert werden. Deshalb müssen wir einen Beschluß fassen, der klar ausdrückt, wie wir über den Disziplinbruch denken. Wird die Handlung der badischen Fraktionsmehrheit nicht scharf verurteilt, dann würden ja übrigens die Genossen, welche sich der Abstimmung über das Budget enthalten haben, nicht gerechtfertigt dastehen.

Die Kummelsburger Resolution wurde zurückgezogen, die Resolution des Zentralvorstandes mit schwacher Mehrheit abgelehnt, die Resolution Stadthagen mit einer stärkeren Mehrheit angenommen.

Ferner wurde noch der folgende Antrag zum Parteitag angenommen:

Der Parteitag möge sich mit der Frage der Schaffung einer „Wochenzeitung“ als Beilage zur „Gleichheit“ befassen. Diefelbe soll den Anforderungen der Arbeiterfamilien entsprechen und ihre Einführung eine fakultative sein.

Als

Delegierte

wurden gewählt Maria Trendee-Regel, Bühler-Lichtenberg, Ruth-Oberhöfner, Wihle-Kummelsburg.

Von mehreren Vorträgen, die unter dem Punkt „Bereinsangelegenheiten“ vorlagen, wurde ein Antrag des Bezirks Reindorf-West angenommen. Er lautet:

Erlaß der Beiträge für die weiblichen Mitglieder bei Arbeitslosigkeit des Mannes, der Mitglied des Wahlvereins ist.

Eine längere Debatte rief ein Antrag des Bezirks Lichtenberg hervor, welcher verlangt, daß die Wahl von Delegierten zu Kongressen und Parteitagen durch Urabstimmung in den Jahrländern vorzunehmen ist.

Der Antrag wurde abgelehnt.

Damit war die Tagesordnung erledigt.

Aus Industrie und Handel.

Die Semmeln werden billiger. Hat es auch lange gedauert, bis die Ermäßigung der Weizenmehlpreise ein Herabgehen der Semmelpreise bewirkte, so setzt sich der Preisrückgang nunmehr doch deutlich und allgemein durch. Verfolgen wir die Semmelpreise im ersten Halbjahre dieses Jahres im Vergleich zu 1909, so ergibt sich folgendes Bild. 1 Kilogramm kostete in Pfennigen im Durchschnitt von 50 deutschen Städten:

	Januar	Febr.	März	April	Mai	Juni
1909	50	52	53	54	55	55,8
1910	54	54	54	53	53	51,5
Differenz	+4	+2	+1	-1	-2	-4,3

Der Rückgang im Juni war demnach besonders kräftig und gegenüber dem Stand vom Januar ergibt sich für den Schlussschnitt des ersten Halbjahres eine Ermäßigung um 2,5 Pf., während in der nämlichen Zeit des Vorjahres eine Preissteigerung erfolgt war. Größer als im Durchschnitt aller Städte ist die Ermäßigung des Semmelpreises in Remel und Litzitz mit 5 Pf., in Danzig mit 10 Pf., in Graudenz mit 5 Pf., in Potsdam und Brandenburg, wo sie 7 Pf. beträgt, in Stettin, in 22 Pf. 1 Kilogramm Semmeln kostete hier im Juni d. J. nur 48 Pf. gegen 70 Pf. im vergangenen Jahr. Auch Altona (6), Kiel (7), Hamburg a. C. (11), Stade (6), Embden (6), Bielefeld (6), Dortmund (6), Düsseldorf (6) und Aachen (6 Pf.) weisen eine über dem Durchschnitt stehende Ermäßigung auf.

Gerichts-Zeitung.

Beeinträchtigung des Wahlrechts.

Die gelehrten Richter kommen zu der wunderlichsten Auffassung, wenn es sich um Anklagen handelt, die unter dem Deckmantel der äußeren Heiligung der Sonn- und Feiertage, in Wahrheit aber die politische Tendenz des Angeklagten verfolgen. Wiederholt haben wir Fälle registrieren müssen, in denen Verfolgungen wegen Verteilung von Flugblättern am Sonntag erfolgten. Es sollte dadurch eine der berühmten Verstromungsordnungen verletzt sein, die eine öffentlich bemerkbare „Arbeit“ in dem Tragen der Flugblätter erblickt. In den übermeisten Fällen erfolgte Freisprechung und Aufhebung auch der Verteilungskosten auf die Staatskasse. Es ist ja in der Tat unerfindlich, daß das Tragen eines Paars Flugblätter — wohlverstanden nur sozialdemokratischer — eine Arbeit, aber das Tragen weit schwererer Akten, Koffer, Gebet- und Gesangbücher, Marktaschen, Kuchfäden oder eines Gewehrs keine Arbeit sein soll. Indessen das Kammergericht hat eine Formel gefunden, deren Anwendung offensichtlich ungerechte Verstrafungen mit dem Schein des Rechts umgibt. Es hat die Formel aufgestellt: „eine öffentlich bemerkbare Arbeit sei eine jede mit einer gewissen Anstrengung verbundene Tätigkeit“. Wendet ein Landgericht diese Formel an und „stellt fest“, solche Tätigkeit habe vorgelegen, so verwirft es die Revision, weil Verstöße gegen die Logik oder den gesunden Menschenverstand keine Verstöße gegen Rechtsnormen sind, aber nur die letzteren der Prüfung des Kammergerichts unterliegen. Bekanntlich hat ja auch die Strafprozesskommission es abgelehnt Urteile deshalb, weil sie gegen Grundsätze der Logik verstoßen, für revisibel zu halten. Eine Staatsanwaltschaft, die das Tragen sozialdemokratischer Flugblätter für strafbar hält, nicht aber das Tragen anderer Flugblätter oder Druckschriften, beispielsweise das Tragen eines Gebetbuchs, verstößt auch gegen die elementarsten Grundsätze der Physik, über die Schwere. Denn es schätzt die Schwere des Flugblattes nach seinem Inhalt. Bekanntlich ist zurzeit die Staatsanwaltschaft noch verpflichtet, wegen jeder strafbaren Handlung einzuschreiten — die Klaffenjustiz zum Gesetz zu erheben, ist zurzeit nur ein Vorschlag in der Strafprozessordnung. Sie müssen also auch die Gesangbuch- und Bibelträger wegen Sonntagshehligung anklagen, wenn die Schwere des Pakets nach den natürlichen Regeln zu beurteilen ist, oder auch die Flugblattverbreiter außer Verfolgung lassen.

In neuerer Zeit lebt die Verfolgung von Verteilern sozialdemokratischer Flugblätter wieder auf. Das zeigt der nachstehende am Sonnabend vom Kammergericht entschiedene Fall:

Im November 1909 war Reichstagswahl im Wahlkreise Landsberg-Soldin. Einige Tage vorher, am Sonntag, wurden in Garzig, einem Orte des Kreises, sozialdemokratische Schriften zu

Wahlzwecken verteilt. Dadurch sollte Wötter die Verordnung über die äußere Heiligung der Sonn- und Feiertage übertreten haben. Diese Verordnung vom 4. Juli 1908 (Fassung von 1906) verbietet, gleich den auch in allen anderen Provinzen erlassenen derartigen Verordnungen, für Sonn- und Feiertage alle öffentlich bemerkbaren Arbeiten. W. bestritt u. a. die Anwendbarkeit der Verordnung mit Rücksicht auf § 43 Absatz 3 der Gewerbeordnung, wo bestimmt ist: „Zur Verteilung von Stimmzetteln und Druckschriften zu Wahlzwecken bei der Wahl zu gesetzgebenden Körperschaften ist eine polizeiliche Erlaubnis in der Zeit von der amtlichen Bekanntmachung des Wahltages bis zur Beendigung des Wahltages nicht erforderlich.“ Durch diese Bestimmung seien für die fragliche Zeit auch die Vorschriften über die äußere Heiligung der Sonn- und Feiertage nicht anwendbar, soweit es sich um eine Verteilung von Druckschriften zu Wahlzwecken handele, wie hier. — Die Strafkammer in Landsberg verurteilte jedoch den Angeklagten zu einer Geldstrafe, indem sie ausführte: Der Angeklagte habe die Zettel von Haus zu Haus und in die Wohnungen gebracht. Die Druckschriften habe er zwar unter der Joppe verborgen getragen, es sei aber nach dem Zeugnis des Gendarmen den auf der Straße befindlichen Ortsbewohnern erkennbar gewesen, daß er unter der Joppe eine große Anzahl von Druckschriften verborgen trug, und das habe bei den Ortsbewohnern und Kirchengängern Erregung hervorgerufen. „Zweifellos“ habe sich so das Verteilen der Druckschriften als eine öffentlich bemerkbare Arbeit dargestellt, die geeignet gewesen sei, die äußere Heiligung des Feiertages zu stören. Der § 43, Absatz 3 der Gewerbeordnung siche der Anwendung der angezogenen Verordnung nicht entgegen.

Der Angeklagte legte Revision ein und rügte als einen Rechtsfehler, daß § 43 Absatz 3 der Gewerbeordnung nicht herangezogen sei. Vor dem Kammergericht vertrat den Angeklagten der Rechtsanwalt Rieger.

Das Kammergericht wies die Revision mit folgender Begründung ab: Ohne Rechtsirrtum sei festgestellt worden, daß in dem Verfahren des Angeklagten eine öffentlich bemerkbare Arbeit zu sehen sei. Eine solche sei eine jede mit einer gewissen Anstrengung verbundene, nicht lediglich des Vergnügens wegen unternommene Tätigkeit, die als solche öffentlich in die Erscheinung trete. Nun fügte sich der Angeklagte auf die Bestimmung des § 43 Absatz 3 der Gewerbeordnung. Der Senat siehe aber auf dem Standpunkt, daß diese Bestimmung nicht dazu dienen solle, die Vertreter einer Partei von der Beachtung sonstiger gesetzlicher Vorschriften zu entbinden. Auch die Verteiler von Wahlschriften seien daran gebunden. Wie jeder andere, der Sonn- und Feiertage eine öffentlich bemerkbare Arbeit vornehme, machten sie sich strafbar, wenn sie ihre Wahlschriften in einer Weise verteilten, die es zu einer öffentlich bemerkbaren Arbeit mache. Angeklagter sei mit Recht bestraft worden.

Vorstehendes Urteil verstößt, um mit den Worten des Landgerichts zu sprechen, „zweifellos“ gegen jedes gesunde Rechtsempfinden, aber auch gegen das Recht. Unseren Genossen möchten wir zur Vermeidung ähnlicher Unfälle in der mit keinerlei Unfallverhütungsmahregeln versehenen Justizfabrik zweierlei in Erinnerung rufen:

1. Innerhalb der Zeit, in der die Post Druckschriften austrägt, ist durch Reichsgesetz die Verbreitung von Druckschriften gestattet;
2. in jedem Prozeß wegen vermeintlich strafbarer Flugblattverbreitung trete man vor dem Landgericht Beweis dahin an, daß das Paß Flugblätter nicht schwerer war als eine Bibel, ein Gesangbuch, ein Altensstück, ein Ueberzieher, ein Gewehr;
3. die Flugblätter trage man in einem Umschlage verpackt.

Die Leidensgeschichte eines unehelichen Kindes beschäftigt gestern wieder einmal den Strafrichter. Wegen gefährlicher Körperverletzung war die Frau Marie Krenke aus Friedrichshagen vor der 1. Strafkammer des Landgerichts II angeklagt. — Die Verhandlung entrollte ein überaus trauriges Bild von der Leidensgeschichte eines ohnehin schon schwächlichen und zurückgebliebenen Kindes, welches das „Unglück“ gehabt hat, unehelich auf die Welt zu kommen. Die Angeklagte wurde beschuldigt, ihr vor der Ehe geborenes, jetzt 7 1/2 Jahre altes Kind Emma Nuhn fortgesetzt in barbarischer Weise mit einem Strick, einem Riemen und einem dicken Stod misshandelt zu haben. Bei der geringsten Kleinigkeit wurde das arme Wesen geschlagen und herumgeworfen, so daß es schließlich völlig verschüchtert wurde und trotz der Verhöhnungen seinen Schmerzenslaut von sich gab. Das Kind wurde häufig von Nachbarn befragt, woher es die verschiedenen blauen Flecke habe. Das Mädchen war schon derart verschüchtert, daß es aus Furcht vor neuen Mißhandlungen angeht, es wäre gefallen. Den Brutaltaten der unmenschlichen Mutter wurde schließlich dadurch ein Ziel gesetzt, daß ein Kaufmann Fiedler der Polizei von den Mißhandlungen Mitteilung machte und Anzeige erstattete. Das Kind wurde den Eltern sofort abgenommen und anderweitig in Pflege gegeben, wo es sich noch heute befindet. — Das Gericht erkannte mit Rücksicht darauf, daß es zu den gemeinsten und niederträchtigsten Verfehlungen gehöre, wenn eine Mutter ihr uneheliches Kind in dieser abscheulichen Weise quäle und peigne, auf eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten.

Konfliktverhütung für den Gendarmenwachmeister Jude!

Bekanntlich erschloß der Gendarmenwachmeister Jude den Genossen Zimmermann Hermann in der Nacht zum 28. September, als dieser von einem Jagelabend in Stolpe sich auf dem Heimweg nach Hohen-Neuendorf befand. Die Zivilkammer des Landgerichts III hat am 8. April den Schadensersatzanspruch der Witwe dem Grunde nach für gerechtfertigt erachtet und die Entscheidung über die Höhe dem Endurteil vorbehalten. Jetzt hat die königliche Regierung zu Potsdam zugunsten des Gendarmenwachmeisters Jude den Konflikt erhoben. Die Regierung erachtet den Ueberfall der ruhig ihres Weges ziehenden und das Erschießen des Genossen Hermann als innerhalb der Amtsbefugnisse des Jude oder doch innerhalb der Rotwehre liegend. Wir erwarten vom Oberverwaltungsgericht, daß es dem Rechtsfuß die Anerkennung verweigert, der Tod eines durch einen Gendarmen Erschossenen müsse auch ohne zivilrechtliche Sühne bleiben und das, wiewohl mehrere Landgerichte (eine Strafkammer und die Zivilkammer) die Schuld des Gendarmen festgestellt haben und das Reichsmilitärgericht die Erhebung der Anklage gegen Jude angeordnet hatte. Der Fall zeigt wieder einmal, wie nötig die Beseitigung der Rorschach ist, die der Verwaltungsbehörde gestattet, der Justiz in den Arm zu fallen.

Beleidigungen von der Kanzel herab.

Vor der Stolper Strafkammer betrat der katholische Pfarrer Olschewski aus Bernsdorf und der Schmiedemeister Gora aus Städtitz die Anklagebank. Der Sachverhalt, der der Anklage zugrunde liegt, ist folgender. Gora hatte einen polnischen Verein gegründet, dessen Zeitung er dem Pfarrer anbot. Dieser lehnte aber ab. Als nun in der polnischen Zeitung „Gazeta Robiecia“ ein Artikel erschien, der einige Mißstände rügte, glaubte der Pfarrer, der Urheber sei Gora, und er schickte von der Kanzel Beleidigungen, die Gora auf sich bezog. Darauf schrieb er an den Pfarrer einen Brief in polnischer Sprache, der einige kräftige Ausdrücke enthielt. Die Antwort waren neue Beleidigungen von der Kanzel. Als nun Gora von diesen Vorfällen den Bischof in Kenntnis setzte, wurmte dies den Pfarrer. Wieder wurde die Kanzel benutzt zwecks Beleidigungen, die sich nun auf die Familie ausdehnten. Gora blieb die Antwort nicht schuldig. Nun verweigerte der Pfarrer dem Gora die Beichte. Als sich Gora dann des Hausfriedensbruchs schuldig machte, erstattete der Pfarrer Strafanzeige.

Diese wurde von G. mit einer Klage wegen Beleidigung beantwortet. Die Verurteilung ergab, daß sich beide Teile schuldig gemacht hatten und wurde der Pfarrer Olschewski zu 200 M., der Schmiedemeister Gora zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. Strafverschärfend kam für den Pfarrer in Betracht, daß er als Diener der Kirche und als berufener Vertreter der christlichen Nächstenliebe sich nicht geschämt hatte, die Kanzel zu privaten Beleidigungen zu benutzen, um in scharfster Weise seinem Gefühl, ein Weichling zu schädigen, freien Lauf zu lassen.

Die hineingefallene Polizei.

Der Klageeifer der preussischen Polizei hat in Gußf (Regierungsbezirk Erfurt) einen bösen Reinsfall erlitten. Ein Fabrikant sollte auf seinem Grundstück einen Werkspahl setzen. Er weigerte sich dessen aber, deshalb ordnete die Polizeibehörde diese Arbeit auf Kosten des Fabrikanten an. In dem dabei geflogenen Briefwechsel hatte letzterer in bezug auf die hohe Polizei auch den Ausdruck „grobe Ungehörigkeit“ gebraucht. Darob fühlte sich die Polizei „beleidigt“ und klagte. Vor Gericht stellte sich aber die merkwürdige Tatsache heraus, daß die so feinfühlig Subler Polizei in einem an den Fabrikanten gerichteten Brief denselben Ausdruck gebraucht hatte. Da hier nur eine Beleidigung auf der Stelle erwidert worden war, mußte Freisprechung erfolgen. Die Kosten für den Ueberseifer und für die „grobe Ungehörigkeit“ der Polizei tragen natürlich die Steuerzahler, die dafür in diesem Falle wenigstens einmal durch ungetriebene Schadenfreude über den Reinsfall der Polizei entschädigt werden.

Soziales.

Bericht der süddeutschen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft.

Sehr wenig weiß aus dem Jahre 1909 die verhältnismäßig große Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft zu berichten. Im Berichtsjahre umfaßte sie 12 905 Betriebe, d. h. 412 mehr als im Jahre 1908. Die Zahl der versicherten Personen betrug 207 347 oder 3342 weniger als im Vorjahre. Die Krise machte sich also noch sehr bemerkbar. Die Arbeitslöhne sind etwas gestiegen. Der Durchschnittslohn eines Versicherten betrug im Jahre 1909: 1127 M. gegen 1116 M. im Jahre 1908. Unfälle wurden im Berichtsjahre 13 602 gegen 14 008 im Jahre 1908 angemeldet.

Auf 1000 Versicherte entfielen somit 65,8 Unfälle gegen 65,9 im Vorjahre. Der Bericht erwähnt, daß ebenso die erstmalig entschädigten Unfälle erheblich zurückgegangen seien. Von einem erheblichen Rückgang der Unfälle kann doch wohl keine Rede sein, wenn man bedenkt, daß auch die Zahl der Versicherten sich um mehr als 8000 verringert hat und keine Hochkonjunktur vorhanden war. Entschädigt wurden von den gemeldeten Unfällen nur 2031, gegen 2243 im Vorjahre. Davon waren 1845 Verletzte Erwachsene männlichen und 20 weiblichen Geschlechts, sowie 157 Jugendliche männlichen Geschlechts unter 16 Jahren. Als Folgen der entschädigten Fälle wird berichtet: in 71 Fällen Tod, in nur drei Fällen völlige Erwerbsunfähigkeit, in 719 Fällen teilweise und in 1298 Fällen vorübergehende Erwerbsunfähigkeit. Montags ereigneten sich davon 883 Unfälle, Dienstags 855, Mittwochs 828, Donnerstags 831, Freitags 844 und Sonntags 828, während in 5 Fällen der Tag des Unfalls nicht sicher festzustellen war.

Die Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung hoben zur stillen Freude der Berufsgenossenschaft in 702 Fällen zu ihren Gunsten und nur in 874 Fällen zugunsten der Verletzten entschieden. Im Berichtsjahre schwebten am Reichsversicherungsamt 309 Reklusen der Berufsgenossenschaft und 484 Reklusen der Verletzten bezw. deren Hinterbliebenen. Die Berufsgenossenschaft hatte in 67 Fällen Verluste und in 72 Fällen Gewinne zu verzeichnen. Der Rest der eigenen Reklusen blieb noch unentschieden. Die Verletzten hingegen wurden in 178 Fällen vom Reichsversicherungsamt abgewiesen, ihrer letzten Hoffnung beraubt und hatten nur in 80 Fällen Glück.

Ueber die Jugendarbeit der Drehschleifmaschinenbetriebe sollen noch weitere Konferenzen stattfinden, da bekanntlich keine Berufsgenossenschaft diese gefährlichen Betriebe haben möchte. Für die beteiligten Arbeiter wäre es natürlich ein Schaden, wenn diese Betriebe den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften zugeteilt würden. Dagegen sind durch Beschluß des Reichsversicherungsamts die Gausfeuerhaken, in denen die Uebungslehrlinge überwiegen, künftig nicht mehr der Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft, sondern der Fuhrwerks-Berufsgenossenschaft zu melden. Die ganz neue Industrie der Herstellung von Luftschiffen und Flugmaschinen wurde nach stattgehabter Aussprache der Berufsgenossenschaftsvertreter der Berufsgenossenschaft der Feinmechanik zugesprochen.

Von 12 905 versicherten Betrieben wurden im Berichtsjahre nur 2092 revidiert. Der Bericht vermeidet es, die Gesamtzahlen der vorgefundenen Mängel und Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften anzugeben. Rechnet man nach, so ergibt sich, daß insgesamt 6420 Mängel vorgefunden wurden. Solche Zahlen lassen sich allerdings schwer berechnen. Geht man die einzelnen Verstöße der technischen Aufsichtsbeamten durch, so findet man interessante Angaben. Wenn sich auch die Beamten große Zurückhaltung auferlegen müssen. In Sektion I (Oberbayern) wurden in 437 beschäftigten Betrieben 1055 Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften entdekt. Welchen Schaden die Krankenkassen haben, daß sie im Gegensatz zu den Berufsgenossenschaften nicht das Recht der Lohnbuchrevisionen haben, ergibt sich aus dem vorliegenden Bericht. Wegen unrichtiger Lohnangaben hat die Berufsgenossenschaft allein 276 Unternehmer und wegen Nichtführung eines geordneten Lohnbuchs 787 Unternehmer in Strafe genommen. Der Aufsichtsbeamte der Sektion I hatte 809 Lohnbuchrevisionen vorgenommen und hierbei in 18 Fällen „Fehlbeiträge von insgesamt 26 450 M. festgestellt, für welche die Beiträge nachgehoben wurden.“ In Sektion II (Franken) wurden in 300 Betrieben 1561 Mängel vorgefunden. Der Revisionsbefund war wiederum nicht zufriedenstellend, indem nur in 20 kleineren Betrieben die vorchriftsmäßigen Schutzmittel zur Stelle waren und die übrigen mehr oder weniger mangelhafte Zustände aufzuweisen hatten. Die Lohnbücher waren mangelhaft geführt. Es wird ausgeführt: Die hinterzogenen Lohnsummen, welche teils zur nachträglichen Umlage ausgegeben, teils der Nachmeldung für 1909 hinzugezählt wurden, bezifferten sich auf 165 000 M.“ In Sektion III (Württemberg) wurden 357 Betriebe besichtigt, von denen „in 98 Betrieben Anstände und Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften nicht festzustellen waren, während in den restlichen Betrieben 301 Mängel angetroffen wurden.“ Die Prüfung der Lohnbücher ergab, daß „in 15 Betrieben Lohnhinterziehungen teils von erheblichem Umfange begangen waren.“ In Sektion IV (Baden) waren von 351 beschäftigten Betrieben nur 71 vorhanden, in denen Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften nicht festgestellt werden konnten. In 93 Betrieben waren mangelhafte Lohnbücher, in 88 Betrieben gar keine Lohnbücher vorhanden. Diefelben Mängel führt auch der Beamte der Sektion V (Süd-Lothringen). Der Beamte der Sektion VI (Ostpreußen) hat auch 123 Rentenempfänger revidiert und 1108 Lohnbuchrevisionen vorgenommen. In 129 — meist neuzugegangenen — Betrieben fehlten die Lohnbücher, in 276 Betrieben waren sie mangelhaft geführt.“ Die zu wenig nachgewiesenen Löhne beliefen sich auf 163 150 M.“

Wie würde sich erst eine Lohnbuchrevision seitens der Krankenkassenkontrollen gestalten. Diesen verlegt aber das Gesetz die Lohnbuchrevision, weil eben hier die Unternehmer nicht — „unter sich“ sind.

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Weich, Such und anderen Briefkästen. Diesenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilkräfte bleiben, wollen wir wegen der Ueberweisung von Belegexemplaren sofort ihre Adresse einleihen, da bei verpöbter Befüllung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingeleitet werden.

Eingegangene Druckschriften.

Tier- und Pflanzenleben des Meeres. Von Professor Dr. H. Rabenhof. (Wissenschaft und Bildung Bd. 87.) — **Römische Kultur im Bilde.** Herausgegeben und mit Erläuterungen versehen von Dr. F. Vamer. (Wissenschaft und Bildung Bd. 81.) — **Anleitung zu zoologischen Beobachtungen.** Von Professor Dr. F. Dahl. (Wissenschaft und Bildung Bd. 61.) Gebunden 1 M., in Originalleinenband 1,25 M., pro Band. Verlag von Quelle u. Meyer in Leipzig.

Der heilige Garten. Beiträge zur Erforschung der Kindheit; in Verbindung mit dem Archiv für Alterskinder und Sprechsprache. Von Karl Köhler und Theodor Scheffer. 5. Jahrgang. Heft 2/3. Halbjahrespreis 2 M. Verlegt bei R. G. Th. Scheffer in Leipzig.

Mädchen am Wege. Von Konrad v. Wendau. 92 Seiten. Verlag von Kurt Wendendorff, Berlin W. 30.

Tätigkeitsbericht vom 1. Januar 1909 bis 30. Juni 1910 des Sozialdemokratischen Vereins für den 11. badischen Reichstagswahlkreis. Selbstverlag des Parteisekretariats Mannheim.

Die Fackel. Von Karl Krauß. Preis 18 Nummern portofrei bei direktem Bezug durch das Berliner Bureau der „Fackel“ 4 M. Preis einer Einzelnnummer 30 Pf., einer Doppelnnummer 50 Pf. Verlag Wien III, Dintere Zollamtsstr. 3. Berliner Bureau: Galenslee, Katharinenstr. 5.

Bericht des Vorstandes und des Ausschusses des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands sowie der „Proletarier“-Redaktion an den 10. ordentlichen Verbandstag in Halle, „Volkspart“. Verlag Reister u. Co., Hannover.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Dienstag, den 26. Juli, 8 Uhr abends:

Außerordentl. Generalversammlungen der Wahlvereine.

1. Kreis.

Dräfels Festsäle, Neue Friedrichstr. 35.
Referent: Fritz Kunert.

2. Kreis.

Bockbrauerei, Tempelhofer Berg.
Referent: Richard Fischer.

3. Kreis.

Gewerkschaftshaus, Engelufer 15.
Referent: Heinrich Ströbel.

4. Kreis.

Kellers Festsäle, Koppenstraße 29.
Referent: Hermann Borgmann.

5. Kreis.

Altes Schützenhaus, Linienstr. 5.
Referent: Otto Weiss.

6. Kreis.

Germania-Prachtsäle, Chausseest. 110.
Referent: Georg Ledebour.

Rixdorf.

Soppes Festsäle, Hermannstr. 48/49.
Referent: Gustav Heinrichs.

Charlottenburg.

Volkshaus, Rosinenstraße 3.
Referent: Fritz Zubeil.

Schöneberg.

Rathausäle, Meiningen Straße 8.
Referent: Adolf Hoffmann.

Treptow-Baumschulenweg.

Konfordiasäle (früher Karpfenfeld), Am Treptower Park 69.
Referent: Emil Doeste.

Tages-Ordnung:

1. Der Parteitag in Magdeburg. Diskussion und Delegiertenwahl.
2. Die Brandenburgische Provinzialkonferenz. Diskussion und Delegiertenwahl

(In Rixdorf und Schöneberg außerdem Berichte usw.)

Mitgliedsbuch des betreffenden Wahlvereins legitimiert.

Zahlreichen Besuch erwarten

Die Vorstände.

Zur Beachtung!

Am Dienstag, den 2. August finden außerdem in den 6 Berliner Kreisen die **ordentlichen Generalversammlungen** statt. Tagesordnung: Berichterstattung, Vorstandswahlen, Verbands-Generalversammlung usw.

Wir weisen schon heute darauf hin.

205/15*

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Filiale Groß-Berlin.

Donnerstag, den 28. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus (großer Saal), Engelufer 15:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Verhandlungsangelegenheiten.
2. Der Kampf der Unternehmerverbände gegen die Gewerkschaften. Referent: Reichstagsabgeordneter **Karl Legien**.
3. Bericht für das 2. Vierteljahr 1910. Referent: Kollege **Hoffmann**.
4. Ausschluss der Mitglieder Lehnen und Jolisch.

Das Mitgliedsbuch ist am Saaleingang vorzuzeigen!

288/2

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Col. I. Amt 3, 1209. Charitstraße 3. Col. III. Amt 3, 1987.

Mittwoch, den 27. Juli, abends 8 1/2 Uhr im Dreddener Garten, Dreddener Str. 45:

Versammlung

der Graveure und Ziselierer.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen **Wuschick** über: Thomas Münzer und seine Zeit. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Hohe Beteiligung wird erwartet.

Donnerstag, den 28. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal A. Kürbis, Luisenstr. 26:

Versammlung der autogenischen Schweißer und Brenner.

Tages-Ordnung:
1. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in unserem Beruf. 2. Diskussion. Kollegen! Da eine anderweitige Einladung zu dieser Versammlung nicht ergab, bitten wir die Vertrauensleute und Kollegen, die in ihrem Betrieb beschäftigten Schweißer und Brenner auf die Versammlung aufmerksam zu machen.
Die Ortsverwaltung.

119/1

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zementbranche.

Mittwoch, den 27. Juli, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminhäusern“, Kommandantenstraße 58/59:

General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenericht vom 2. Quartal 1910. 2. Bericht von der Berliner Gewerkschaftskommission. 3. Verschiedenes. 139/6*

Mitgliedsbuch legitimiert. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Sektionsvorstand.

Die Frau und der Sozialismus

von August Bebel.

50. Auflage.

Verbessert, vermehrt und neu bearbeitet.

Jubiläums-Ausgabe

mit Umschlagzeichnung von Erich Schilling.

Preis: Brosch. 2,50 M., geb. 3,- M.

Expedition des „Vorwärts“

Berlin SW. 68, Lindenstr. 89 (Laden).

Die Vorstände.

Innungs-Krankenkasse der Dach-, Schiefer- und Ziegeldecker Berlins.

Die in der Generalversammlung vom 22. April 1910 beschlossene 6. Wd-änderung des Kassentatuts (§ 28 und § 29 Abs. 2) ist genehmigt und tritt vom 25. Juli 1910 ab in Kraft.
Der Vorstand. 277/1
Gustav Mohrdorf, Vorsitzender.

Von der Kasse zurück. 292/2

Dr. Vollmann,

Schleichstr. 40 a.

Hygienische Bedarfsartikel Drogerie Zarcmba, Weinbergsweg 1, dir. a. Kolonialwaren. Billigste Bezugsquelle! Versuch f. zur dauernden Kundenschaft.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Todes-Anzeige.
Am 22. Juli verstarb unser Mitglied, der Arbeiter

Max Salomo
Friedenwälder Straße 13 a.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 26. Juli, nachmittags 4 Uhr, auf dem Anstaltsschhof in Dallwitz statt. 228/15
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse d. deutschen Wagenbauer Bezirk 8 (Gesundbrunnen).
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied

Max Salomo
am Freitag, den 22. Juli, verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 26. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Anstalts-Leichenhalle nach dem Anstaltsschhof in Dallwitz statt. 228/15
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokrat. Wahlverein Rixdorf.

Am 23. d. Mts. verstarb unser Mitglied, der Tischler

Josef Heurich
(21. Bezirk).

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute nachmittags 2 Uhr vom Trauerhaus Heurichstr. 10 aus nach dem neuen Rixdorfer Friedhof, Mariendorfer Weg, statt.
Rege Beteiligung ermahnt
235/10 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Todes-Anzeige.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau

Anna Günther
sage allen Beteiligten meinen herzlichsten Dank. 290/2
Rudolf Günther nebst Tochter.

Hygienische Bedarfsartikel.

Neuzeit. Katalog. Empfehle viel Aerzte u. Prof. grat. u. f. H. Eger, Gummiwarenfabrik Berlin NW. Friedrichstraße 91/9.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer.

Ortsverwaltung Rixdorf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied

Ernst Meier
am 23. Juli verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 26. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des alten Rixdorfer Kirchhofes, Rudower Straße, aus statt. 257/12 Die Ortsverwaltung.

Pianos-Gelegenheitskäufe in gr. Auswahl v. 300 bis 400 M., dar. Schiedmeyer, Biese etc. Garant. **Pianohaus Krause**, Berlin W., Ansbacherstr. 1.

Für Wanderer

empfehlen wir:

Silva-Wanderkarten

Oberpreis Potsdam Rheinsberg Scharmützelsee Strausberg Tegel Teupitz Märktische Schweiz

Starbig Mit Ortsregister und Begebezeichnung Preis p. Karte 75 Pf.

Silva-Wanderkarte

der Umgegend von Berlin mit Ortsregister Starbig 50 Pf., Starbig 1 M.

Silva-Märkischer Wanderatlas

mit Ortsregister u. Begebezeichnung Starbig m. 14 Karten, geb. 1,00 M. 8 " " 22 " " 1,50

Expedition des Vorwärts

Berlin SW., Lindenstr. 89, Laden.

Wegen Aufgabe unserer Verkaufsräume, Hoffstraße 2

Anzugstoffe, Winter-Paletstoffe, Damentuche

pottdillig, unter Preis. 278/2
Koch- u. Seelandgesellschaft m. h. H. Mohrstraße 2.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Mitglieder-Versammlungen.

Tages-Ordnung:
1. Bericht vom Verbandstage.
2. Bericht von der Generalversammlung.
3. Verbandsangelegenheiten.

Tischler (Bezirk Nordosten)

am Mittwoch, den 27. Juli, abends 6 1/2 Uhr (gleich nach Feierabend), bei Becker, Seberstr. 17.

Bürsten- und Pinselmacher

am Mittwoch, den 27. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Bresh, Holzmarktstraße 65.

Perlmutt-, Horn- u. Steinnuß-Knopfarbeiter

am Mittwoch, den 27. Juli, abends 6 Uhr (gleich nach Feierabend), im Gewerkschaftshaus, Engelufer 14/15, Saal 6.

Jalousiearbeiter

am Mittwoch, den 27. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Becker, Seberstr. 17. (Beschlusfassung über den neuen Tarif.)

Stellmacher

am Donnerstag, den 28. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Rosenfelder Hof, Rosenfelder Straße 11/12.

Einsetzer

am Donnerstag, den 28. Juli, abends 8 1/2 Uhr (gleich nach Feierabend), im Gewerkschaftshaus, Engelufer 14/15, Saal 1. (Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmern.) 88/18

Freitag, den 12. August:

Ordentliche Generalversammlung.

Anträge sind bis zum 29. Juli einzureichen. Die Ortsverwaltung.

H. & P. Uder,

Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.

Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik. Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.

Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer. Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen. Sämtliche bekannte Marken Zigaretten zu Originalpreisen.

Amt 4, 3014. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Schöneberg. Heute, Dienstag, den 26. d. M., abends 8 Uhr, findet die Generalversammlung des Wahlvereins in den „Neuen Mathausäfen“, Reiningen Straße 8, statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Bericht der Funktionäre und Neuwahl. 2. Diskussion. 3. Die Budgetbewilligung in Baden. Referent: Landtagsabgeordneter H. D. Hoffmann. 4. Der Tagdebattanten-Parität und Vorschläge zur Wahl eines Delegierten. 5. Anträge zur Kreisgeneralversammlung und Wahl der Delegierten. 6. Verschiedenes.

Der reichhaltigen Tagesordnung wegen wird die Versammlung pünktlich eröffnet. Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Vorstand.

Charlottenburg. Heute, Dienstag, den 26. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im „Volkshaus“, Kojinenstr.: Außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Der Parteitag in Radeburg. Referent Reichstagsabgeordneter Frh. J. J. J. 2. Diskussion. — Zahlreichen und pünktlichen Besuch erwartet.

Der Vorstand.

Rixdorf. Heute abend 8 Uhr findet in Hoppes Kesseln, Hermannstraße 49, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Mitgliedsbuch legitimiert. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Der Vorstand.

Wilmerdorf-Golense. Heute, Dienstagabend, pünktlich 8 1/2 Uhr, hält der Wahlverein im Gesellschaftshaus, Wilhelmstraße 112, seine Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein Vortrag des Reichstagsabgeordneten Daniel Stücken: „Politische Rundschau“ sowie die Neuwahl des Gesamtvorstandes.

Der Vorstand.

Brick-Budow. Heute abend 8 1/2 Uhr findet bei Frh. Werder, Ecke Ringstraße, die Fortsetzung der am 19. d. M. vertagten Generalversammlung statt. Pünktliches Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. Mitgliedsbuch legitimiert.

Lichtenberg. Heute abend 8 1/2 Uhr wird die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins Nieder-Barnim, Bezirk Lichtenberg, im Lokale der Gebr. Arnold, Frankfurter Chaussee 5-6, fortgesetzt. Tagesordnung: Bericht der Kommissionen und Neuwahl derselben, Geschäftliches. Das Mitgliedsbuch legitimiert.

Friedrichshagen. Am Mittwoch, den 27. Juli, abends 8 1/2 Uhr, findet im Restaurant Witwe Lerche, Friedrichstr. 119, unsere Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Georg Schmidt: „Geschichtliches vom preussischen Wahlrecht“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Jessen. Wir machen die Parteigenossen nochmals auf die am Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, im Saale des Genossen H. Kurzner stattfindende Generalversammlung aufmerksam. Tagesordnung: Verlesen des letzten Protokolls; Vereinsmitteilungen; Bericht von der Generalversammlung Groß-Berlin; Neuwahl des gesamten Vorstandes; Wahl eines Delegierten zur Kreisgeneralversammlung und Generalversammlung Groß-Berlin; Anträge und Verschiedenes.

Potsdam. Mittwoch, den 27. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im „Viktoriagarten“, Alte Luisenstr. 37, große Volksversammlung. Tagesordnung: Die politische Lage. Referent Landtagsabgeordneter Dr. Karl Liebknecht. Die Frauenabteilung hält am Dienstagabend bei Glaser, Kaiser-Wilhelm-Straße, ihren Besessenen ab.

Reinickendorf. Heute abend 8 Uhr findet im „Schönholzer Wirt“ (Schaller), Provinzstr. 69, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Der Radeburger Parteitag. Referent Genosse Adolf Domina. Vereinsangelegenheiten. Verschiedenes.

Nieder-Schönhausen-Rosend. Heute, Dienstag, den 26. Juli, abend 8 1/2 Uhr, findet im „Lindengarten“, Lindenstr. 43, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. 2. Bericht aus der Gemeindevertretung. 3. Wahlen zur Bezirksleitung. 4. Vereinsangelegenheiten. 5. Verschiedenes. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Moderne akademische Jugend.

In jenen Universitätsstädten, wo das Korpsstudententum noch tief in seiner ganzen unritterlichen Ueberherberg wurzelt, mocht sich der lebensunerfahrene Student noch Rechte an, die ihn nur zu oft zum „Helden der Straße“, zum eleganten Ruddy stempeln. Das Lied von der alten Buchenberlichkeit hat hier nachgerade die Bedeutung des berühmtesten Gassenhauers angenommen. Dünkelhafter Nachsicht wird genährt durch die Verhätzelung der in lächerlichsten Ehrbegriffen erzogenen und befangenen „Gesellschaft“, sogar durch Kreise, die dem Thron nicht fernstehen. Gelegentlich kommt es, wenn sich der Ruf nach der Pflicht des Staatsanwalts gar nicht überhören läßt, wie bei den allbekannten Robeiten der feudalen Bonner Vorurten, zur Erhebung der Anklage. Aber regelmäßig sind die gegen die mehr als bloß übermütigen jungen Buchen ergehenden Urteile dem Volksempfinden so ins Gesicht schlagend, so unbegreiflich milde, daß sie eher anfernernd als abschreckend wirken. Was macht sich ein Vorurte, der in jedem Jahre aus seines „Alten“ Tasche zwanzigtausend Mark verpulvert, aus einer lumpigen Geldstrafe? Keinen Biffierling! Bei der nächsten günstigen Gelegenheit wischt man den verachteten Speichern und Proteten wieder eins aus. Das gilt ja in diesen Kreisen als eine Heldentat, als ein Vorrecht der Geburt, des Geldes und der „Bildung“. Die liebväterliche Beurteilung des brutalen Bonner Treibens durch die zuständigen Richter, der zur Gewohnheit gewordene, total unangebrachte Hinweis auf die „Zerstörung der Karriere“ im Falle einer Beurteilung zu Gefängnis, hat schnell Schule gemacht. Bald kamen aus anderen Universitätsstädten Meldungen über ähnliche studentische Massenausbreitungen, wegen deren das eingeleitete Strafverfahren schon recht bedeutend länger schwebt als bei der strafrechtlichen Verfolgung der letzten Berliner Straßenprotesten. Voraussetzlich wird man abermals mit einem harmlosen Zwangsgriff ins väterliche Portemonnaie über die „betrunkenen Geschichte“ hinweggehen. Auch in und bei Berlin scheint unter einem Teile der studentischen Jugend der Robeitsgeist wieder erwacht zu sein.

Der Bruder Studio spielt heute im Weltstodleben an der Spree eine ziemlich untergeordnete Rolle. Höchstens in den Straßen des sogenannten „Lateinviertels“ zwischen Weidemannsbrücke und Oranienburger Tor darf er sich noch einigermaßen wichtig machen. So oft sich hiesige Studenten für Robeitshandlungen die Straßen aussuchen, hat zwar der Berliner Schatzmann einen unendlich viel heiligeren Respekt vor der ihm hingehaltenen studentischen Legitimationskarte als vor der gepfefferten Steuerquittung des Kr-

beiters, und auch Berliner Staatsanwälte und Richter lassen gegenüber Mäusen jenen jene schöne Milde walten, die man bei weit geringfügigeren Entgleisungen von Arbeitern vergebens suchen wird. Aber im allgemeinen hielt sich der Berliner Student lange Zeit viel reservierter als noch vor zwei Jahrzehnten. Vielleicht hatte er den für studentische Gängelung und Robeit höchst ungünstigen Berliner Boden der Reichshauptstadt erkannt. Auf den studentischen Verbindungsvereinen im Innern der Stadt geht es zwar nach wie vor höchst radanmäßig zu. Solange die jungen Herren hier hinter dicht verhängenen, abgelegenen Fenstern ihren widerlichen Trinksitteln huldigen und sich mit dem lieben Vieh auf eine Stufe stellen, solange sie die Nachbarschaft in Ruhe lassen, kann es uns recht sein, wenn sie, die zukünftigen Stützen von Thron und Altar, Körper und Geist verhungern. Auf der verrotteten modernen Gesellschaft baut sich mal eine bessere Welt auf. Wird aber jetzt auch in Berlin und Umgebung der studentische Unfug wieder mehr auf die Straße getragen, so soll man rechtzeitig energisch dagegen einschreiten, damit nicht auch das studentische Berlin in den beschämenden Berruf des studentischen Bonn kommt.

Besondere Mogen dieser Art geben uns über die Englische Straße in Charlottenburg zu, wo kleine Villen von studentischen Verbindungen gemietet oder gekauft sind. Der Standal Nacht für Nacht bei offenen Fenstern soll unerträglich sein. Die Erzeße der jugendlichen Sausbrüder dauern bis in die frühen Morgenstunden hinein und werden dann auf der Straße fortgesetzt, wo man eine besonders mutige Tat darin sieht, durch Schlagen mit dem Spazierstock gegen die Fenster die „Philister“ aus dem Schlaf zu wecken. Die Anwohner haben sich wiederholt beklagt. Seitens des Charlottenburger Polizeipräsidiums soll auch eine schriftliche Verfügung ergangen sein mit dem Refrain: Die Straße dient dem Verkehr... ich warne Betrunkenel! Trotzdem geht der Unfug weiter. Arbeiter, die solchen Spektakel machten, hätte man schon längst unsanft beim Kragen genommen und auf ein paar Wochen ins Loch gesteckt. Aber pardon, Herr Präsident, wir leben ja in einem Klassenstaat.

Die Wählerlisten zur Stadtverordnetenwahl

sind bisher zu einem nur sehr kleinen Teile eingesehen worden. Das mag daran liegen, daß in diesem Jahre regelmäßige Ersatzwahlen nicht stattfinden. Immerhin ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß durch Verzug oder Todesfall doch Ersatzwahlen nötig werden. In solchen Fällen wird die jetzt ausliegende Wählerliste zu Grunde gelegt. Die Liste liegt nur noch bis zum 30. Juli, also bis zum Sonnabend aus und kann während der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags im Wahlbureau des Magistrats, Poststr. 16 II, eingesehen werden.

Diejenigen Abonnenten unseres Blattes, die den „Vorwärts“ bisher durch den Spediteur Westphal (Rachf. Gade) bezogen haben, werden ersucht, ihre Adressen an unsere Expedition Lindenstraße 69 einzusenden, damit die Zustellung des „Vorwärts“ vom Mittwoch ab durch die Expedition bewirkt werden kann. Westphal hat, ohne Zahlung zu leisten, seine Expedition aufgegeben.

Die Gedächtnisfeier für den verstorbenen Begründer des Arbeitervereins für Obdachlose, Herrn Gustav Thälde, findet heute nachmittags 8 Uhr in der Sammelhalle des Männerclubs in der Wiesenstraße statt.

Juliführer. Auch am Sonntag hat wieder in Berlin und der Umgebung ein heftiger Sturm getobt. Wenn er auch nicht so gewaltig war als der Orkan in der Nacht zum Sonnabend, so hatte er dennoch zahlreiche Schäden im Gefolge. In der Umgebung machte sich das Unwetter diesmal weit nachteiliger geltend als in Berlin. Auf den Gewässern gingen die Wellen meterhoch und zahlreiche Ruder- und Segelboote wurden in Gefahr gebracht. Auf dem Wannensee und auf der Obersee wurden Boote infolge des Sturmwetters zum Kentern gebracht. Im Freibad bei Grünau wurden mehrere Schwimmer von den Fluten förmlich fortgeschwemmt und tief ins Wasser hineingerissen. In den Obstgärten liegt das Obst, das von den Bäumen heruntergerissen worden ist, zentnerweise auf der Erde. Ganze Äste mit Früchten stelen dem Sturm zum Opfer.

Die am Sonntagnachmittag von Zeit zu Zeit einziehenden Regenschauer beeinträchtigen nicht unerheblich die großen Sommerfeste der Genossen des sechsten und des Teltower Kreises. Des öfteren mußte die Flucht nach den Sälen ergriffen werden, um sich vor dem Regen zu schützen. Der unter den Genossen herrschende Humor setzte sich aber bald über die Unannehmlichkeiten des Tages hinweg.

Aus dem Berliner Innungswesen. Am Freitag haben wir unter der vorstehenden Ueberchrift einen Artikel gebracht, der sich mit dem Geschäftsbericht der ständigen Deputation des Innungsausschusses der vereinigten Innungen zu Berlin beschäftigt. In diesem Artikel ist unter anderem gesagt, daß verschiedene Verufe keine Klagen beim Innungsschiedsgericht hatten, alles Innungen, bei denen nicht einmal ein ordentlicher Gesellenauskunft besthe, geschweige denn Arbeitnehmerbeisitzer beim Schiedsgericht vorhanden seien. Und weil auch dabei die Vergolder genannt sind, ersucht uns der Altgehilfe im Auftrage der Gesellenausschusses der Vergolderinnung zu Berlin um Aufnahme folgender Erklärung: „Für die Vergolder besteht dort seit 8 Jahren ein ordentlicher Gesellenauskunft und ebenso 2 Schiedsgerichtsbeisitzer (Arbeiter), welche vollkommen auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen. Die Geschäftslage im Gewerbe bringt es mit sich, daß wir sehr wenig Klagen haben. Die letzte war vor 6 oder 8 Jahren, jedoch kommen wir mindestens 5mal im Jahr mit der Innung zusammen, um gemeinschaftlich Angelegenheiten zu regeln und sind wir ständig bei den Gesellenprüfungen zugegen.“

Wir sind der Meinung, daß das, was wir in der Innung von gefesedwegen zu verlangen haben, uns auch gegeben wird, damit wir die wünschenswerten Rechte, welche wir dort haben, wenigstens soviel wie möglich im Interesse der Kollegen verwerten können.“

Schiffszusammenstoß im Jungfersee bei Potsdam. In der Nacht zum Sonntag kam es im Jungfersee zu dem Zusammenstoß zweier Personenfahrzeuge, der leicht zu einer größeren Katastrophe hätte führen können. Der Teltower Schraubendampfer „Vabelsberg“ kam gegen 11 Uhr mit einem 40 Personen starken Verein von Reddy, um nach Weelhof zu fahren. Als er die schmale Stelle passierte, wo Jungfersee und Weelhofsee ineinander übergehen, erfolgte plötzlich ein heftiger Anprall, der den Dampfer stark erschütterte. Er war mit dem Dampfer „Siegesfürst“ von der Firma Robert Kied in Berlin zusammengestoßen, dessen 300 Fahrgäste eine Wundschiffahrt unternommen hatten. Die Wirkung des Anpralls zeitigte momentan eine Panik unter den Passagieren, die jedoch durch die Umsicht der beiderseitigen Schiffsführer bald beseitigt wurde. Da der Dampfer „Vabelsberg“ ein starkes Deck erhalten hatte und zu sinken begann, so wurden die auf ihm befindlichen Personen nach dem „Siegesfürst“ herübergeholt und dann an Land gesetzt. „Vabelsberg“ versank allmählich und nur noch die Spitze des Schornsteins ragt aus dem Wasser hervor.

Bei dem Zusammenstoß ging es nicht ohne leichte Verletzungen einiger Personen ab. Drei Damen belamen Ohnmachtsanfälle. Wenn die Schuld an der Kollision beizumessen ist, bedarf noch der Aufklärung. Gestern wurde die Unfallstelle von Neugierigen massenhaft besucht.

Die gesunkene „Vabelsberg“ ist ein Schraubendampfer mit einer Schraube. Sie kann 131 Personen an Bord nehmen und misst in der Länge 21 Meter und in der Breite 8 1/2 Meter. Das Schiff war nicht versichert. Die Kabine des Schiffes liegt unter der Wasserlinie auf der Steuerbordseite im Vordersteck.

Mit den Hebungsarbeiten wurde begonnen. Es werden zu beiden Seiten des Schiffes auf der Werk der Vertikation 2 große Kräne aufgeföhren, an denen Bünde angebracht sind. Der Schiffsrumpf wird in starke Stahlketten gelegt und dann wird der Schiffskörper so weit hochgezogen, daß das Deck leergepumpt werden kann. Nach provisorischer Ausbesserung der Kabine wird die „Vabelsberg“ in das Dock eingeschleppt und repariert.

„Bessere“ Familien.

Im „Berliner Lokal-Anzeiger“ teilt in einer Zuschrift eine Mutter ihre Erfahrungen mit, die sie mit sogenannten „besseren“ Familien gemacht hat. Sie suchte für ihre Tochter auf dem Inseratenwege eine Stelle als Stütze in einer besseren Familie mit Familienanschluss. In den Schreiben, die sie nun von solchen „besseren“ Familien erhielt, fehlte fast überall die Achtungsformel wie „Hochachtung“ usw. Die naekte Unterchrist schien den „besseren“ Herrschaften zu genügen für eine Frau, deren Tochter als „Stütze“ ihr Unterkommen suchen muß. Die Einsenderin meint nun recht überflüssigerweise, wenn sie von einer Familie aus dem Arbeiterstande ein solches Angebot ohne Achtungszeichen erhielt, würde sie es durchaus nicht annehmen.

Sie kann sich beruhigen, die gute Einsenderin, aus Arbeiterkreisen würde sie niemals eine derartige verlegende Rücksichtslosigkeit erfahren, denn wer mit Arbeitern schriftlich zu tun hat, weiß, daß diese mehr als nötig höflich sind. Uebrigens ist dieses Vorkommnis auch ein Beitrag zur „Dienstbotennot“.

Einen schwindehaften Handel mit gestohlenen Rädern hat seit längerer Zeit ein gefährlicher Einbrecher namens Max Garde getrieben, der vielfach wegen Einbruchsdiebstahls verurteilt ist und bei seinen Eltern in der Ulredter Straße 26 wohnte. Er betrieb den verbrecherischen Handel in der bekannten Weise, indem er die gestohlenen Räder auseinandernahm und die einzelnen Teile der verschiedenen Zweiräder zu neuen Fahrrädern zusammensetzte. Um ganz sicher zu gehen, verlegte er den Schornplatz seines Handels vom Norden Berlins nach dem äußersten Süden Rixdorfs, wo er in den hier befindlichen Laubenkolonien, besonders in der Laubenkolonie „Rixdorfer Stadtpart“, die auf diese Weise zusammengesetzten Zweiräder an die Laubenkolonisten verkauft hat. Er erzielte oft ansehnliche Preise dafür und lebte ausschließlich von dem Erlös dieses einträglichen Handels. Schließlich erschien er einem Laubenkolonisten verdächtig. Die Rixdorfer Kriminalpolizei wurde benachrichtigt, welche ihn verhaftete. Es konnten noch fünf Fahrräder beschlagnahmt werden, welche Garde in den letzten Tagen verkauft hat. Die Zahl der umgesetzten Räder ist eine weit größere. Er leugnet alles. Die Fahrräder können bei der Rixdorfer Kriminalpolizei im Zimmer 52 rekonstruiert werden. Bei drei Rädern sind noch die Fabrikmarken kenntlich: Arcona 290 281, Maxine 107 425 und Baumann Germania 549 898. Garde wurde dem Untersuchungsgefängnis zugeführt.

Ein schwerer Banunfall hat sich gestern abend gegen 6 Uhr auf dem Reubaugrundstück an der Ecke der Zimmer- und Wilhelmstraße zugetragen. Der Maurer Albert Darr, Friedrichstraße 9 wohnhaft, war in der Höhe des zweiten Stockwerks damit beschäftigt, an der Außenmauer Backsteine anzulegen. Beim Vorbeugen verlor er plötzlich das Gleichgewicht und stürzte kopfüber in die Tiefe. Mit gebrochenem Schädel blieb der Verunglückte auf dem Bürgersteig liegen. Nachdem er auf der nahen Unfallstation in der Aronensstraße Notverbände erhalten hatte, erfolgte seine Ueberführung nach dem Urban-Frankenhanse, wo er hoffnungslos daniederliegt.

Auffehen erregt die Verhaftung des Theaterdirektors Willi Soendermann aus der Goldammer Straße Nr. 126, der in Künstlerkreisen sehr bekannt ist. Der 41 Jahre alte Mann hatte das Stadttheater in Elbing zwei Jahre lang inne, dann im vergangenen Winter drei Monate hier das Friedrich-Wilhelmstädtische Schauspielhaus in der Chausseestraße wo er wegen schlechten Geschäftsganges die Direktion niederlegte. Dann hatte er im Sommer zwei Monate lang ein Variete in der Dresdener Straße 97, das den Namen „Monopoltheater“ führte. Dieses schloß er vor drei Wochen wegen Mietschulden. Jetzt schweben gegen ihn wegen mehrerer Verträge Unterurteilungen. Für das Commercial-Syndikat, ein Unternehmen zur Vermittlung von Geschäfts- und Grundstücksverläufen, suchte er Kassierer, Bevollmächtigte usw., die Kauttionen von 1000 M. bis 3000 M. stellen mußten. Das Geld eines Opfers in Höhe von 3000 M. wickelte er in Zeitungspapier und einen weißen Vogen ein. Dann legte er es in ein großes Kувert, verschmürte und versiegelte es und legte es dann in seine Altemappe, um mit dem Wanne zur Bank zu gehen und das Geld zu deponieren. Einem Angewandten kam die Manipulation des Soendermann verdächtig vor. Er meldete es der Polizei. Diese hatte das Depot bei der Bank ergründet und nachgesehen, was darin war. Es stellte sich heraus, daß ganz minderwertige Wertpapiere, nicht aber die 3000 M. in dem Kувert waren. Soendermann hatte in seiner Altemappe ein ebensolches Kувert. Dieses hatte er sich zur Täuschung besonders hergerichtet, um es auf der Bank zu deponieren. Als die Kriminalpolizei zur Verhaftung des Soendermann schritt, fand sie in seinem Beside ein weiteres Kувert, welches für ein anderes Opfer bestimmt war. Das Opfer, das ebenfalls 3000 M. hergeben sollte, hatte er sich zum Nachmittags 7 Uhr bestellt. Als etwa 30 Bewerber sich wunderten, daß sie ihre Stellungen nicht erhielten, vertraufete sie Soendermann damit, daß die Konzession noch nicht erteilt sei. Es wurde Anzeige erstattet.

Ein Schot in der Wuhheide. Seine Aufklärung gefunden hat jetzt der am 20. Januar d. J. in der Köpenicker Heide begangene Raubüberfall auf den Geldtransportwagen der Firma Spindler. Die Firma Spindler hatte einen Wagen, der zur Vohnauszahlung das Geld von Berlin nach Spindlersfelde transportierte. Dieser wurde am 20. Januar auf der Fahrt nach dort hin geraubt, wobei den Tätern 8000 M. in die Hände fielen. Die Summe bestand aus lauter Kurant. Es wurden seinerzeit durch die Köpenicker Polizei drei junge Leute verdächtig. Sie wurden verhaftet und längere Zeit in Untersuchungshaft gelassen, später aber mangels Beweises freigesprochen. Durch die von der Berliner Kriminalpolizei angestellten Ermittlungen gelang es, jetzt die wirklichen Täter zu entdecken, die auch der Tat gekündigt sind. Es war der Ruischer Franz Anusit, der früher bei der Firma Spindler beschäftigt war und selbst den Wagen gefahren hatte. Er sahke den Plan, durch den Ueberfall dieses Wagens sich in den Besitz größerer Geldmittel zu setzen. Im Verein mit den „Arbeitern“ Walle und Altdenpfennig fuhr er mit der Bahn in die Nähe von Spindlersfelde. Die drei suchten sich einen Platz in der Heide, wo der Ueberfall stattfinden sollte, und erwarteten die Ankunft des Wagens. Sie öffneten geschickt dessen Schloß während der Fahrt und krochen in den Wagen hinein, um unter den Geldsäcken ihre Auswahl zu treffen. Beim Aussteigen fiel die Klappe des Wagens zu und erst mit großer Anstrengung konnten sie den Wagen von innen öffnen.

nachdem sie sich 8000 Mark bares Geld mitgenommen und in die Tasche gesteckt hatten. Sie verließen dann den Wagen, als ein Wagen von entgegengesetzter Richtung kam. Mit dem schweren Gelde in den Taschen verschwanden sie in der Hitze. Der Kutscher des Spindlerschen Wagens, der von dem Kutscher, der von der anderen Richtung kam, darauf aufmerksam gemacht wurde, schlug Alarm. Die Diebe rannten nun durch die Hitze. Einer kam zu Fall, dabei platzen mehrere Beutel. Das Geld wurde verstreut. Als sie zu Hause ankamen, hatten sie nur noch 600 M. Einen Teil des Geldes hatten sie, da sie mit dem Gelde nicht genug schieben konnten, in aller Eile vergraben und einen Baum gezeichnet, um es zu geeigneter Zeit abzuholen. Ihre späteren Nachforschungen nach dem Gelde blieben jedoch ohne Erfolg. Die Verbrecher befinden sich jetzt in Haft. Die polizeiliche Schatzgräberei hat bisher nichts ergeben.

Auf dem Halessee bei Erkner leuterte am Sonnabend ein mit Berliner Sommergästen besetztes Boot. Die Insassen eines Motorbootes zelteten die Sommergäste und brachten sie pudelnah nach der Wollersdorfer Schleuse.

Auf dem Müggelsee explodierte der Motor eines dem Restaurateur Hecht gehörigen größeren Bootes, das regelmäßig zwischen Friedrichshagen und der Rahnsdorfer Mühle verkehrt. Das hübsche Boot brannte lichterloh. Unter den Fahrgästen brach eine Panik aus. Nur mit Mühe konnten sie verhindert werden, über Bord zu springen. Der Unfall spielte sich in der Nähe des Ufers ab und war gleich bemerkt worden. Mehrere Boote eilten herbei und brachten sämtliche Insassen, darunter eine bewußtlose Frau, in Sicherheit. Das Boot ist stark beschädigt worden.

Der Polizeihund wurde gestern mittag von einem Schuttmann im Tiergarten auf einen auf einer Bank in der Nähe des Großen Sterns eingeschlafenen Mann gehetzt. Ein Herr, der Zeuge des Vorfalles war, unferer Partei vollständig fernsteht, teilt uns den Vorgang unter dem Ausdruck der Empörung mit. Zwar habe der Mann Verletzungen nicht erlitten, allein das Verfahren des Schuttmanns sei unter allen Umständen auf das Schärfste zu missbilligen. In letzter Zeit kommen gerade aus der Gegend des Tiergartens häufig oft Beschwerden über unzulässige Verwendung des Polizeihundes.

Bootsmanns Tod. Ein tragisches Ende fand gestern vormittag der noch im jugendlichen Alter stehende Bootsmann Friedrich Stolze, der auf dem Kahn seines Vaters beschäftigt war. Stolze war beim Auslaufen des Sakrow-Parager Kanals mit dem Abwerfen einer Stahltrasse, an der die Räder eines Schleppzuges hingen, vom dritten Kahn aus beschäftigt. Da der Schleppzug hielt, waren die Drahtseile nicht straff angezogen. Stolze geriet mit dem Fuß in eine Schlinge, die sich beim Anhalten der Trasse gebildet hatte. Durch das plötzliche Anziehen des Schleppdampfers spannte sich das Drahtseil und die Trasse schnitt dem Unglücklichen den Hals glatt ab. Da keine Hilfe zur Stelle war, mußte er verbluten und kam als Leiche in Potsdam an. Die Polizei beschlagnahmte die Leiche und ließ sie nach der Halle auf dem Kirchhof bringen. Der Kahn liegt jetzt an der Längen Brücke, da der Vater gerne die Leiche seines Sohnes mitnehmen möchte.

Leichenfänger haben in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag einen Arbeiter, welcher ermüdet auf einer Bank der Bromenade in der Danziger Straße eingeschlafen war, eine Omega-Uhr Nr. 380 1009 gestohlen. Wenn die Uhr angeboten werden sollte, wird gebeten, den Verkäufer feststellen zu lassen.

Sportpark Treptow. Das Programm des letzten Sonntags (24. Juli) war ein recht reichhaltiges und abwechslungsreiches. Besonders das Stundenrennen ergab zum Schluß eine Disqualifikation des Siegers A. Schulze wegen unvorsichtiger Bekleidung des Schrittmachers und man zog den Zweiten, Pawle, als Sieger auf. — Das Rennen, an dem noch Müller und Hoffmann teilnahmen, verlief ohne besonderes Interesse. Schulze erlangte nach dem 10. Kilometer die Spitze, die bis dahin Pawle inne hatte. Hoffmann lag zu Beginn an aussichtreicher zweiter Stelle, doch kam er durch das Verfliegen seines Motors ganz aus dem Rennen. Müller sprach nie mit. — Schulzes Schrittmacher hatte wieder einmal einen beliebigen Trick angewandt und wurde mit der Länge der Fahrt immer umfangreicher, indem er seinen Lederanzug durch Luft aufblasen ließ und festete dieses Verfahren seinem Fahrer den Sieg. — Ein vorausgegangenes 10 Kilometer-Rennen wurde von Pawle gewonnen. Hoffmann verlor auch hier schon. Ein 20 Kilometer-Rennen mit Tandemführung brachte durch die häufige Abwechslung der Schrittmacher ein buntes Bild zustande, ergab aber kein besonderes Resultat und sah Großmann als Sieger vor Trinks und Fr. Stellbrin. Der Besuch war ein guter trotz des zweifelhaften Wetters. — Resultate: Stundenrennen. 1. Pawle 63,150 Kilometer; 2. Müller, 1600 Meter zurück; 3. Schulze; 4. Hoffmann.

10 Kilometer-Rennen. 1. Pawle, 9 Min. 14 1/2 Sek.; 2. Schulze, 280 Meter; 3. Müller, 580 Meter; 4. Hoffmann, aufgegeben.

20 Kilometer-Rennen mit Tandemführung. 1. Großmann, 25 Min. 24 Sek.; 2. Trinks, 300 Meter; 3. Fr. Stellbrin, 1620 Meter.

Ermunterungsfahren. 1. Höhe, 2. Müller, 3. v. Kaymer. Tandemrennen. 1. Keglaff-Schwab, 2. Heiß-Schmittchen, 3. Hamann-v. Kaymer.

Beim Sommerfest des Zentralwahlvereins Teltow-Deedlow in der Vereinsbrauerei ist am Sonntag ein Damenstirn, ein Kinderstirn, eine Tischdecke, ein Tafelgeschloß, ein Hauschlüssel gefunden worden. Die Gegenstände sind in der Partispedition Rixdorf, Redarstr. 2, abzuholen. Vertauscht worden ist ein graumelierter Sommerpaletot und wird gebeten, denselben in oben genannter Partispedition umzutauschen.

Vorort-Nachrichten.

Rüpend.

Seht die Wählerlisten ein! Vom 15. bis 31. Juli liegen im Rathaus, 2 Treppen, Zimmer 28, wochentags von 7-1 und 2 1/2-4 1/2 Uhr, Sonntag von 9-12 Uhr die Wählerlisten zur Einsichtnahme aus. Eingetragen in die Liste muß jeder sein, der sein Bürgerrechtsgeld bis zum 15. Juli d. J. bezahlt hat. Für diejenigen Genossen, welche keine Zeit haben sollten, selbst die Liste nachzusehen, haben sich folgende Genossen bereit erklärt, dieses zu tun: E. Wähler, Rieker Straße 6. G. Müller, Markt 8. S. Werker, Rosenstr. 10. P. Hein, Rudower Straße 25. E. Decker, Grünauer Straße 1. A. Stippelohl, Schönfelder Straße 5. M. Jahn, Grünauer Straße 70. B. Wolff, Glienicke Straße 33. F. Weber, Bahnhofstr. 15. M. Joppich, Bahnhofstraße 2. J. Janernia, Kaiserin-Augusta-Viktoria-Str. 22. M. Wolze, Kaiserin-Augusta-Viktoria-Str. 18. R. Jinger, Parisindstr. 75. Schöps, Lindenstr. 6. Herke, Raulsdorfer Straße 3. D. Niebach, Müggelheimer Straße 1. A. Tauchert, Müggelheimer Straße 4. E. Bauer, Müggelheimer Str. 42. B. Pose, Marienstr. 11. S. Schulze, Müggelheimer Str. 20. B. Feldler, Müggelheimer Straße 29. Ehrenberg, Elisabethstraße 2. G. Rulack, Rieh 23.

Da in diesem Jahre Ersatzwahlen stattfinden, ist es Pflicht, sich davon zu überzeugen, ob jeder Berechtigte eingetragen ist.

Rixdorf.

Der Unterschlagung von Parteigeldern wird nach einer Notiz, die durch die Presse geht, der Maschinenarbeiter Richard Spann

aus der Wartestraße bezichtigt. Spann war Viertellassierer in Rixdorf und soll als solcher eine nicht unerhebliche für den Wahlverein bestimmte Summe nicht abgeliefert haben. Ingleich verlor Spann das Amt des Bevollmächtigten der freien Hilfskasse der Wagenbauer und scheint sich in dieser Doppelstellung immer ausgehoben zu haben, möchte aber wegen einer in Kürze bevorstehenden Revision Entdeckung fürchten. Er ist infolgedessen geflüchtet und hat an seine Frau einen Brief geschrieben, in dem er begehrt, Treppstern in die Hände gefallen zu sein und Selbstmordabsichten äußert.

Zehlendorf (Wannseebahn)

Aus der Gemeindevertretung. In ihrer Sitzung vom 6. April hatte die Vertretung beschlossen, an Grundwertsteuer 2,8 M. pro Tausend vom bebauten und 3,4 M. pro Tausend vom unbebauten Grundbesitz zu erheben. Der Beschluß war seinerzeit erst nach langwierigen Interessenkämpfen zustande gekommen, die sich nicht nur in der Vertretung vor aller Öffentlichkeit abspielten. Die Hauptkämpfe werden hinter den Kulissen gekämpft werden. Aber schon damals, als eine starke Reizung in der Vertretung bestand, den Grundbesitz so sehr wie irgend möglich zu schonen, hatte der Haus- und Grundbesitzerverein entscheidend eingegriffen und der Vertretung Rotes gelehrt. Dem Votum des Haus- und Grundbesitzervereins hatten sich eine Anzahl Vertreter gefügt und einer stärkeren Belastung des unbebauten Besitzes zugestimmt. Aber es gibt noch stärkere Mächte als Haus- und Grundbesitzervereine. Das sind der Kreisrat und der Bezirksrat. Im wohlverstandenen Interesse der „armen Großgrundbesitzer“ in Zehlendorf, deren gewaltige Ländereien doch nur zu Spekulationszwecken einzuweisen noch der Verwendung nicht erschlossen werden, hat der Kreisrat der Differenzierung der Gemeindegrundsteuer seine Zustimmung verweigert. Er hat ferner, um ganze Arbeit zu machen, der ganzen Steuerfestsetzung der Gemeinde solange seine Genehmigung verweigert, bis der Antrag auf Genehmigung des erforderlichen Nachtrages zur Grundsteuerordnung“ endgültig erledigt ist. Dem Nachtrag hat er denn ebenfalls am 28. Mai die Genehmigung verweigert. Die hiergegen eingelegte Beschwerde ist vom Bezirksrat zurückgewiesen worden mit der etwas eigenartigen Begründung, daß die örtlichen Verhältnisse Zehlendorfs wesentlich andere seien, wie die von Orten des Kreises Teltow, bei denen eine stärkere Belastung des unbebauten Grundbesitzes zugelassen worden sei. In diesen Gemeinden ist das in Frage kommende Gelände baureif oder trägt doch ausgeprägten „Spekulationscharakter“. Das letztere ist natürlich in Zehlendorf nicht der Fall. Das wird aber die armen Besitzer hoffentlich nicht hindern, die gewaltige Wertsteigerung ihres Geländes ruhig zu vertragen und die so auf Kosten der Gesamtheit erzielten hohen Gewinne bei der eintägigen Erschließung als ihr eigenes Verdienst hinzustellen. Um nun wenigstens die übrige Steuerfestsetzung zu retten, — der Gemeindevorstand nimmt an, daß nach der Ablehnung des Nachtrages die beschlossene Steuerfestsetzung ebenfalls nicht genehmigt wird — schlägt der Vorstand vor, die Grundwertsteuer für den unbebauten und bebauten Grundbesitz auf 3 Mark vom Tausend festzusetzen. Natürlich mußte die Vertretung dem zustimmen, da alle Rechtsmittel erschöpft sind, den Beschluß des Kreisrats aufzuheben zu befehlen. Ob man sich dazu aufschwingen wird, im Herbst zeitig genug einen neuen Nachtrag zur Grundsteuerordnung“ zu beschließen, der unabhängig vom Etat die Differenzierung festsetzt, bleibt abzuwarten. Der Vater dieses Gedankens ist schon zu oft mutig zurückgewiesen, so daß man nicht hoffen kann, daß er diesmal seine sonst gute Anregung energisch weiter verfolgen wird.

Da das am 3. Mai er. beschlossene Statut über die Errichtung der Freibank die Genehmigung der Aufsichtsbehörde nicht gefunden hat, wurde für den beanstandeten § 6 eine Änderung beschlossen, die den Wünschen der Aufsichtsbehörde entspricht. Danach steht die Freibank unter der Aufsicht eines mit der Bearbeitung der Reichsbeschaffungen beauftragten Gemeinbediensteten, dem auch nach Anhörung des Eigentümers die Festsetzung des Preises obliegt. Wegen seine Entscheidung steht dem Eigentümer die Beschwerde an den Gemeindevorstand zu. Um die Errichtung einer Volksbadanstalt vorzubereiten, wird eine Kommission von fünf Mitgliedern eingesetzt.

Voghen-Nummeldurg-Stralau.

Die Mitglieder des Jugendheimvereins werden ersucht, zahlreich und pünktlich heute Dienstag, den 28. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Café Bellevue, Nummeldurg, zu erscheinen, wo Genosse Landtagsabgeordneter Liebknecht einen Vortrag über die Jugendheime und ihre Bedeutung für die Arbeiterbewegung halten wird.

Potsdam.

Eine weißliche Leiche wurde gestern am Babelsberger Ufer aus der Havel geborgen. Da bei der circa 20-25jährigen Toten jede Erkennungszeichen fehlten, konnte sie noch nicht rekonstruiert werden.

Vermischtes.

Verheerende Unwetter in Italien.

Ein orkanartiger Sturm richtete in verschiedenen Teilen Italiens fürchterlichen Schaden an. Im Industriegebiet der oberen Provinz Mailand ist der Verlust zahlreicher Menschenleben zu beklagen. Nach den neuesten Meldungen ist in Saronno kein Haus von dem Sturm unbeschädigt geblieben. Drei Personen wurden getötet und mehrere verwundet. — In Solario, einem Teil der Gemeinde Ceriano-Laghetto, zerstörte der Sturm eine Ziegelfabrik. Vierzehn Tote und viele Verletzte sind aus den Trümmern gezogen worden. — In Vusto Arzizio wurde eine Anzahl Arbeiter von herabstürzenden Fabriksteinen verschüttet; etwa 10 von ihnen wurden als Leichen geborgen, andere sollen noch unter den Trümmern begraben liegen. — Auch in Rosciano richtete der Sturm schweren Schaden an. Fünfzehn Personen wurden teils schwer verletzt. — Die telegraphischen und telephonischen Verbindungen sind teilweise zerstört worden. Der Präsekt hat Truppen und Feuerwehreinheiten zur Hilfeleistung abgedenkt und sich selber nach dem heimgesuchten Bezirk begeben.

In den Fabriken von Basanghello wurden acht Personen getötet und viele verletzt. In einer Fabrik zu San Vittore Olona wurden drei Personen getötet und 30 verletzt. In den Fabriken zu Legnano wurden drei Personen getötet und verschiedene verletzt. In der Seidenfabrik zu Rogeno wurden eine Frau getötet und 30 Personen verletzt. In der Weberei zu Galliate wurde eine Frau getötet und 9 Personen verletzt. In einer Fabrik zu Canegrate wurden drei Personen getötet und verschiedene verletzt. Ein kleines Haus in Manera bei Robellasca wurde durch den Wind zerstört, wobei zwei Personen ums Leben kamen. In der Nähe des Bahnhofes Robellasca stürzte ein Haus zusammen, wodurch drei Personen getötet und verschiedene verletzt wurden. In manchen Distrikten wurden die Felder stark verwüstet, Bäume entwurzelt und kleine Häuser zerstört. Insgesamt sind während des Sturmes über

fünfzig Personen ums Leben gekommen und einige Hundert schwerer oder leichter verletzt worden. Saronno und Umgegend wurden am härtesten betroffen, aber auch Vusto Arzizio hat schwer gelitten und ebenso ist in dem Distrikt von Monza der verursachte Schaden sehr groß. — In dem Bezirk von Bergamo wurden nur die Felder verwüstet. — Ueberall sieht man zerstörte Felder, geknickte Bäume, abgetragene Dächer und zusammengefallene Hütten. Der Schaden, den das Unwetter angerichtet hat, ist noch nicht zu übersehen.

Die über die Verheerungen in der Lombardie in Rom eingegangenen Meldungen lassen das Unglück als eine sehr schwere Katastrophe erscheinen. Man schätzt die Zahl der Toten auf 75, die der Verwundeten auf über 200; der angerichtete Schaden ist enorm.

Die Zahl der zerstörten Fabriken ist beträchtlich; unter den infolgedessen brotlos gewordenen Arbeitern herrscht große Not.

Aus Gelsenkirchen meldet uns ein Telegramm vom 25. Juli: Die Emshar ist beständig im Steigen begriffen. Die Niederungen sind vollständig überflutet. Das Gelände von Schloß Grimberg bis Brich ist in einen See verwandelt. Auch die Nebenflüsse der Emshar führen Hochwasser. Man sieht von den Getreidefeldern kaum noch die Wehren über den Wasserspiegel hervorragen. Auch bei Horst sind weite Strecken überflutet. Die neue und die alte Emshar haben sich vereinigt. Die Arbeiten am neuen Emsharbecken mußten eingestellt werden. An verschiedenen Stellen haben sich Dammrutsche ereignet.

Schiffskatastrophe.

Nach einem Telegramm aus Tokio ist der Dampfer „Tetsureimaru“, der zwischen Kobe und Dalm verkehrt, in der Sonntagnacht auf der Höhe von Tschindo (Korea) untergegangen. An Bord befanden sich 246 Passagiere, vierzig Personen sind gerettet, die übrigen werden vermisst. Kriegsschiffe sind abgegangen, um nach den Vermissten zu suchen.

Das Unglück ereignete sich nach einer weiteren Meldung während eines Nebels; als das Schiff sank, gingen die Passagiere ohne jede Panik von Bord auf sechs Boote über. Der Kapitän und der größere Teil der Besatzung hatten keine Zeit, sich zu retten. Sechs Passagiere der ersten Klasse und dreizehn der zweiten Klasse sind unter den Geretteten. Man glaubt, daß 105 Passagiere der dritten Klasse und 59 Soldaten durch Kriegsschiffe gerettet wurden.

Roosevelt und Taft verklagt.

Die „New York World“ veröffentlicht einen scharfen Angriff auf Roosevelt und Taft. Beide Präsidenten haben die beiden Regierungsjachten „Manflower“ und „Clyde“ als Privatjachten betrachtet und vollkommen für ihren eigenen Gebrauch verwendet. Roosevelt soll sich an Bord der „Manflower“ einen Baderaum für 40 000 M. haben einrichten lassen. Die Kosten mußte der Staat tragen. Taft kreuzt gegenwärtig mit der „Manflower“ an der Küste von Maine und bewirkt — gleichfalls auf Staatskosten — mehrere seiner Freunde und seine ganze Familie an Bord.

Diese Verwendung der beiden Regierungsjachten erklärt die „World“ für ungesetzlich. Fünf Jahre hindurch haben die Schiffe an seinen Manövern der Flotte teilgenommen. Ueber 800 000 M. hat ihre Erhaltung während dieser Zeit gekostet. Und wofür ist diese Summe ausgegeben worden? Für das persönliche Vergnügen von Roosevelt und Taft.

Eine neue Sitzwelle in Amerika.

Die dritte Sitzwelle hat New-York heimgeführt. Nach offiziellen Angaben betrug gestern mittag die Temperatur in den Straßen der Stadt 34 Grad Celsius; an einzelnen Stellen war das Quecksilber jedoch bis zu 36,7 Grad Celsius gestiegen. Obgleich ein leichter Südwind etwas Vinderung gewährte, waren zahlreiche Fälle von Hitzschlag zu verzeichnen. Viele der Bewohner haben ihre lustigen Quartiere auf den Dächern, in den Gärten und Parks wieder aufgesucht.

Das „wasserfüchtige“ Mädchen.

Eine drohliche Geschichte hat sich jüngst in einem höher gelegenen Waldorte Thüringens zugetragen. Ein blutjunges Baurgeizhütchen war bis vor wenigen Monaten in einem Kochinstitut untergebracht. Vor kurzem kehrte das Mädchen mit dem Bemerkten, krank zu sein, zu ihren Eltern zurück. Seitens der Eltern wurde ihr Glauben geschenkt und einige Kräfte zu Rate gezogen. Da nun das Mädchen zusehends „boller“ wurde, so wurde auf Wasserjucht kuriert. Ein anderer gab ihr den Rat, noch einige Monate zu warten, es würde dann die Krankheit schon vergehen. Kurzum es wurde alle Mittel und Wege bemüht, um das Mädchen vor dem — Tode zu retten und in seine normale Körpergröße zurück zu bringen. Leute, die ihre wirkliche Krankheit zu verstehen gaben, wurden grob behandelt, so man wollte sie sogar gerichtlich belangen. Zuletzt, als man keine Ursache zu der Krankheit mehr fand, kam man auf den Gedanken, der Küchendienst hätte sich im Unterleib festgesetzt. Und dem war auch so. Vergangene Woche wurde des Mädchens Schleier gelüftet, indem der Küchendienst explodiert und zum nicht geringen Erstaunen ihrer Eltern und Geschwister in Gestalt eines kleinen Erdenbürgers zum Vorschein kam.

Keine Notizen.

Durch die Explosion einer Spirituslampe gerieten die Kleiden des 20jährigen Dienstmädchens Emma Schulz in Landsberg a. W. in Brand. Das arme Mädchen erlitt dabei so schwere Brandwunden am ganzen Körper, daß es bald darauf durch den Tod von den schrecklichen Schmerzen erlöst wurde. Ueber ein Drittel des ganzen Körpers war verbrannt worden.

Eine Rabenmutter. Angeblich wegen Streitigkeiten mit ihrem Mann erdroffelte in Düsseldorf eine Frau Krieger ihre zwei Kinder, einen 6jährigen Knaben und ein einjähriges Mädchen. Sie wurde bald darauf verhaftet.

Vier Personen ertranken. Auf der Kieler Förde sind gestern während der stürmischen Witterung beim Segeln vier Personen ertrunken.

Waldunfall. Sechs Frauen wollten in einem Boote über die Oder bei Hohensaaten fahren. Oberhalb einer Fährte stießen sie vom Ufer ab und kreuzten diese im Strom. Durch die starke Strömung wurde das Boot auf das Fährteil getrieben, es kenterte und sank. Die Insassen stürzten ins Wasser der hochgehenden Oder. Mit vieler Mühe gelang es, zwei Frauen bewußtlos aus dem Wasser zu ziehen. Die Rettung der übrigen vier mißlang. Die Leichen der vier ertrunkenen Frauen konnten noch nicht geborgen werden.

Drei Kinder verbrannt. In einem Rizza benachbarten Dorf verbrannten gestern drei Kinder, während die Mutter bei dem Versuch, die Kinder zu retten, Brandwunden davontrug. Aus Meer gerettet. Aus San Sebastian meldet ein Telegramm: Am Strande entführte eine Welle in der Nähe des nautischen Klubs neun Personen, darunter mehrere Fischer und Kinder. Fünf Personen konnten mit großer Mühe gerettet werden, die übrigen vier ertranken. Wisher sind drei Leichen geborgen worden.

St. Maria im Saure. Sonntag nachmittag gegen 4 Uhr ging über St. Maria ein zweistündiges heftiges Gewitter nieder. Seitdem herrscht ununterbrochener Schneefall, der eine Winterlandschaft bewirkt.

Die Pest auf der Insel St. Maurice. Die der „Daily Mail“ von der Insel St. Maurice gemeldet wird, sind dort in den letzten Tagen drei Todesfälle an Pest zu verzeichnen gewesen.

Die Typhusdepotie in Budapest ist noch in Ruhestellung begriffen. Bis jetzt befinden sich 200 Kranke in den Spitälern und 300 in Privatpflege.

Wald. Auf dem Gute Hellmann bei Appellhausen wurde gestern früh von einem Knaben die Dienstmagd Reher erschossen und der Verwalter Pieper tödlich verletzt.

Weitere Bootsunfälle. In der Danziger Bucht sind gestern nachmittag infolge der stürmischen See vier Fischer ertrunken, darunter Vater und Sohn. Zwei andere Fischer, die gleichfalls ins Wasser gefallen waren, konnten gerettet werden. — Gestern abend unternahm vier Bedienstete des Ringer Hotels „Astersee“ eine Bootsfahrt auf dem Havelsee. In der Mitte des Sees kippte das Boot durch die Unvorsichtigkeit der Insassen um. Alle vier Personen sind ertrunken.

